

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht 2017



Vereinte Nationen



Inhalt

2	Vorwort
3	Überblick
14	Das Potenzial von Daten nutzen
16	Ziel 1: Keine Armut
18	Ziel 2: Kein Hunger
20	Ziel 3: Gesundheit und Wohlergehen
24	Ziel 4: Hochwertige Bildung
26	Ziel 5: Geschlechtergleichheit
30	Ziel 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
32	Ziel 7: Bezahlbare und saubere Energie
34	Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
36	Ziel 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur
38	Ziel 10: Weniger Ungleichheiten
40	Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden
42	Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion
44	Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz
46	Ziel 14: Leben unter Wasser
48	Ziel 15: Leben an Land
50	Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen
54	Ziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele
58	Hinweise für den Leser
59	Regionale Gruppen



Ziele für nachhaltige Entwicklung **Bericht 2017**



Vereinte Nationen
New York, 2017

Vorwort

Mit der Annahme der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gelobten die Staatenlenker der Welt, die Menschheit aus der Armut zu befreien, für die künftigen Generationen eine gesunde Erde zu erhalten und friedliche, inklusive Gesellschaften als Grundlage eines menschenwürdigen Lebens für alle aufzubauen.

Im Kern dieses gemeinsamen Unterfangens steht das Versprechen, niemanden zurückzulassen. Mit ihren 17 integrierten und unteilbaren Zielen und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung ist die Agenda 2030 absichtlich ambitioniert und transformativ. Von entscheidender Bedeutung ist ihre Universalität. Sie nimmt alle Länder in die Pflicht, auch die reichsten, die noch nicht vollständig die Frauenrechte gesichert und die Ungleichheit besiegt haben oder die Umwelt schützen.

Der Umsetzungsprozess hat begonnen, doch die Zeit drängt. Wie dieser Bericht zeigt, sind die Fortschritte in vielen Bereichen bei weitem zu schleppend, um die Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen.

Um die 767 Millionen Menschen, die noch immer von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben, aus der Armut zu befreien und die Ernährung der 793 Millionen Menschen zu sichern, für die Hunger zum Alltag gehört, bedarf es gezielter Maßnahmen. Wir müssen die Müttersterblichkeit doppelt so rasch senken wie bisher. Wir müssen uns entschlossener den nachhaltigen Energien zuwenden und stärker in eine nachhaltige Infrastruktur investieren. Und wir müssen eine hochwertige Bildung für alle erreichen: Könnten bis 2030 alle Kinder in Ländern mit niedrigem Einkommen die obere Sekundarstufe abschließen, so stiege das Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 um 75 Prozent und im Kampf gegen die Armut könnten wir ein volles Jahrzehnt gewinnen.

Die Ungleichheit der Geschlechter ist noch immer tief verwurzelt, was sich daran zeigt, dass die Vertretung der Frauen im politischen Leben und ihre Entscheidungsmacht im eigenen Haushalt nur langsam zunehmen und Frauen und Mädchen in allen Gesellschaften Gewalt ausgesetzt sind, die zumeist straflos bleibt. Junge Menschen leiden nach wie vor in bestürzend hohem Maße unter Arbeitslosigkeit und werden noch immer nicht ausreichend gehört, wenn über ihr Leben und ihre Zukunft beraten wird.

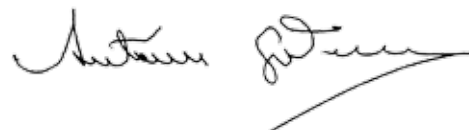
Mehr als 2 Milliarden Menschen leben in Ländern mit übermäßigem Wasserstress. Für 90 Prozent der Stadtbewohner ist Luftverschmutzung ein Gesundheitsrisiko. Die Erderwärmung schreitet mit neuen Rekordtemperaturen, die um etwa 1,1 Grad Celsius höher liegen als in vorindustrieller Zeit, ungebremst voran und trägt so dazu bei, dass extreme Wetterereignisse immer häufiger werden.

Eine nachhaltige Entwicklung hängt zudem grundlegend von der Achtung der Menschenrechte und der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit ab. Niemanden zurücklassen heißt auch, Ungleichheiten in und zwischen den Ländern zu verringern, die am meisten gefährdeten Menschen zu erreichen und mit größerer Entschlossenheit Konflikte zu verhüten und den Frieden aufrechtzuerhalten.

Dieser Bericht ist eine Momentaufnahme des bisher Erreichten. Er macht deutlich, dass politische Führungsverantwortung auf hoher Ebene und neue Partnerschaften unverzichtbar sein werden, um die Dynamik aufrechtzuerhalten, und unterstreicht die Notwendigkeit, über verlässliche, aktuelle, zugängliche und aufgeschlüsselte Daten zu verfügen, um Fortschritte zu messen, fundierte Entscheidungen zu treffen und sicherzustellen, dass jeder mitgezählt wird.

Ziel der Agenda 2030 ist es, das Leben und die Zukunftsaussichten aller Menschen überall zu verbessern. Neben den Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats zur Aufrechterhaltung des Friedens verfügt die Welt nun über einen Fahrplan zur Minderung der Verwundbarkeit, zur Erhöhung der Widerstandskraft und zur Vermeidung bewaffneter Konflikte. In der Tat ist eine nachhaltige und inklusive Entwicklung nicht nur ein eigenständiges Ziel, sondern auch die beste Form der Prävention auf der Welt.

Es liegt nun an uns, Maßnahmen zu mobilisieren, die diese Agenden sinnvoll und spürbar mit Leben erfüllen. Ich rufe die Regierungen und Interessenträger auf, die in dem Bericht aufgezeigten Defizite bei der Umsetzung und Finanzierung wie auch beim politischen Willen anzuerkennen und vereint diese Vision zu erfüllen und das gegebene Versprechen zu halten. Ich für meinen Teil werde alles daransetzen, um die Vereinten Nationen selbst wirksamer und effizienter zu machen, damit sie diese einheitliche Agenda auf kohärente Weise vor Ort unterstützen können. Gemeinsam können wir die gesamte, transformative Vision der Agenda 2030 für alle Menschen verwirklichen.



António GUTERRES
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Dieser Bericht enthält eine Bestandsaufnahme der Fortschritte bei der Verwirklichung der 17 Ziele im zweiten Jahr der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Er basiert auf den neuesten verfügbaren Daten und beleuchtet sowohl das bisher Erreichte als auch die Herausforderungen, die sich der internationalen Gemeinschaft auf dem Weg zur vollen Verwirklichung der Ambitionen und Grundsätze stellen, die in der Agenda 2030 zum Ausdruck kommen.

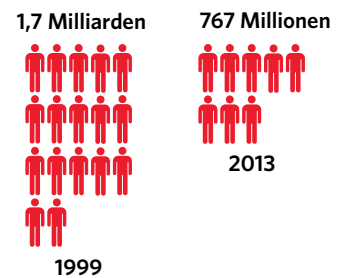
Trotz der in den vergangenen zehn Jahren in allen Bereichen der Entwicklung erzielten beträchtlichen Fortschritte reicht das bisherige Fortschrittstempo nicht aus, um die Nachhaltigkeitsziele und -vorgaben bis 2030 vollständig zu erreichen. Es ist also Eile geboten. Zudem ist die Fortschrittsentwicklung, wie die folgenden Seiten zeigen, nicht immer ausgewogen verlaufen, im Vergleich der Regionen ebenso wie zwischen den Geschlechtern und zwischen Menschen unterschiedlichen Alters, Wohlstandsniveaus und Wohnorts, einschließlich Stadt- und Landbewohnern. Es bedarf rascherer und umfassenderer Fortschritte, um die kühne Vision der Agenda 2030 zu verwirklichen.

Ziel 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden

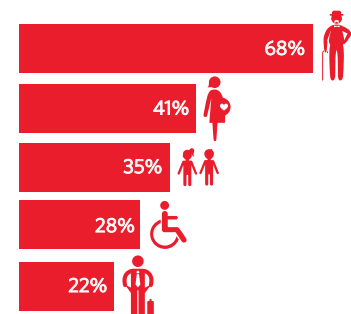
Der Grundgedanke der nachhaltigen Entwicklung besteht darin, Menschen überall auf der Welt so zu unterstützen, dass sie sich aus der Armut in allen ihren Erscheinungsformen befreien können. Der Schwerpunkt des Ziels 1 liegt auf der Beendigung der Armut durch ineinandergreifende Strategien, darunter die Förderung von Sozialschutzsystemen, menschenwürdiger Beschäftigung und der Resilienz der Armen.

- ▶ 2013 lebten etwa 767 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, während es 1999 noch 1,7 Milliarden waren. Damit ist der Anteil der extremen Armut zwischen 1999 und 2013 von weltweit 28 auf 11 Prozent gefallen.
- ▶ 2016 mussten fast 10 Prozent aller Beschäftigten weltweit mit ihren Familien mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Kopf und Tag auskommen. Junge Menschen sind wesentlich stärker von extremer Armut betroffen: 15 Prozent der jungen Arbeitsbevölkerung war extrem arm, verglichen mit 9 Prozent bei Erwachsenen.
- ▶ 2016 erhielten weltweit nur 22 Prozent der Arbeitslosen ein Arbeitslosengeld, 28 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen eine Invalidenrente, 35 Prozent der Kinder sozialen Schutz, 41 Prozent der werdenden Mütter Mutterschutz und 68 Prozent der Menschen im Ruhestandsalter eine Altersrente.
- ▶ Naturgefahren verursachen inzwischen wirtschaftliche Verluste von durchschnittlich 250 bis 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr, wobei kleinere und besonders gefährdete Länder unverhältnismäßig stark betroffen sind.

Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen sank erheblich



Erfassung schwächerer Bevölkerungsgruppen durch Sozialschutzsysteme ist weiter gering

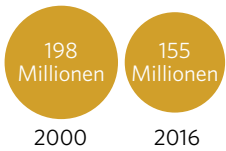


Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Fast zwei Drittel aller Hungernden leben in Afrika südlich der Sahara und Südasien



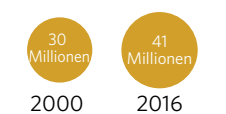
Wachstumshemmung



Zwischen 2000 und 2016 waren **weniger Kinder unter 5 Jahren von Wachstumshemmung betroffen, jedoch mehr von Übergewicht**



Übergewicht

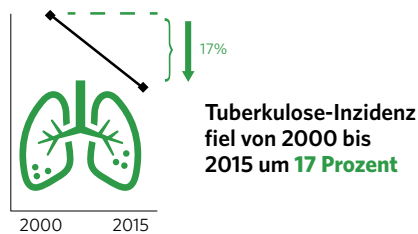
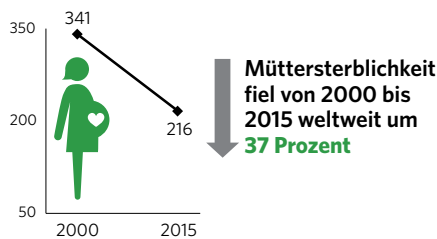


Ziel 2 befasst sich mit einem menschlichen Grundbedarf – dem Zugang zu nahrhaften, gesunden Nahrungsmitteln – und der Frage, wie dieser Bedarf für alle nachhaltig gedeckt werden kann. Hunger lässt sich nicht allein durch höhere Nahrungsmittelproduktion bekämpfen. Gut funktionierende Märkte, höhere Einkommen für Kleinbauern, gleicher Zugang zu Technologie und Grund und Boden sowie zusätzliche Investitionen tragen allesamt zur Schaffung eines dynamischen und produktiven Agrarsektors bei, der Ernährungssicherheit schafft.

- ▶ Der Anteil der Unterernährten sank weltweit von 15 Prozent zwischen 2000 und 2002 auf etwa 11 Prozent zwischen 2014 und 2016. Weltweit waren zwischen 2014 und 2016 793 Millionen Menschen unterernährt, während es zwischen 2000 und 2002 noch 930 Millionen waren.
- ▶ In Südasien und Afrika südlich der Sahara lebten im Zeitraum 2014-2016 63 Prozent aller Unterernährten weltweit.
- ▶ 2016 waren ca. 155 Millionen Kinder unter 5 Jahren von Wachstumshemmung betroffen (für ihr Alter zu klein), 52 Millionen waren von Auszehrung betroffen (für ihre Größe zu leicht), und 41 Millionen waren übergewichtig. Von 2000 bis 2016 fiel der Anteil wachstumsgehemmter Kinder weltweit von 33 auf 23 Prozent.
- ▶ Der Anteil der Agrarhilfe an der sektoral zuordenbaren Hilfe aus den Mitgliedsländern des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe fiel von fast 20 Prozent Mitte der 1980er Jahre auf nur 7 Prozent 2015.

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Todesfälle bei Müttern je 100.000 Lebendgeburten



Risiko, im Alter von 30 bis 70 Jahren an einer dieser vier nichtübertragbaren Krankheiten zu sterben, sank von 2000 bis 2015



Mit Ziel 3 sollen die reproduktive Gesundheit und die Gesundheit von Müttern und Kindern verbessert, übertragbare Krankheiten beendet, nichtübertragbare Krankheiten und andere Gesundheitsrisiken verringert und für alle eine Gesundheitsversorgung und der Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren Medikamenten und Impfstoffen gesichert werden.

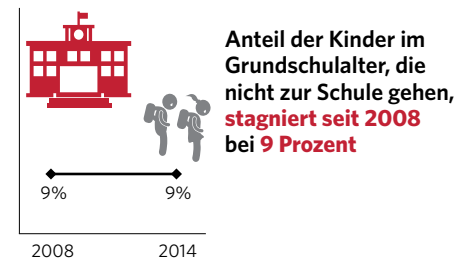
- ▶ Von 2000 bis 2015 fiel die globale Müttersterblichkeitsrate um 37 Prozent und die globale Sterblichkeitsrate für Kinder unter 5 Jahren um 44 Prozent. 2015 starben jedoch weltweit 303.000 Frauen während der Schwangerschaft oder Geburt und 5,9 Millionen Kinder unter fünf Jahren, zumeist aus vermeidbaren Ursachen.
- ▶ Von 2000 bis 2015 ging die HIV-Inzidenz um 46 Prozent, die Tuberkuloseinzidenz um 17 Prozent, die Malariainzidenz um 41 Prozent und die Massen- oder Einzelbehandlung und -betreuung wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten um 21 Prozent zurück.
- ▶ Das Risiko, im Alter zwischen 30 und 70 an einer der vier nichtübertragbaren Hauptkrankheiten – Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes oder chronischer Erkrankung der Atemwege – zu sterben, sank zwischen 2000 und 2015 von 23 auf 19 Prozent, zu langsam, um die Zielvorgabe für 2030 zu erfüllen.
- ▶ 2015 wurden weltweit annähernd 800.000 Selbstmorde verzeichnet; Männer begehen etwa doppelt so häufig Selbstmord wie Frauen.
- ▶ 2013 starben 1,25 Millionen Menschen im Straßenverkehr, 13 Prozent mehr als 2000.
- ▶ 2012 starben weltweit ca. 4,3 Millionen Menschen aufgrund von Raumluftverschmutzung durch das Kochen mit unsauberen Brennstoffen und ineffizienten Technologien; die durch Verkehr, Industrie, Verbrennung von Abfällen und Brennstoffe im Haushalt verursachte Verschmutzung der Außenluft führte zu weiteren 3 Millionen Todesfällen.



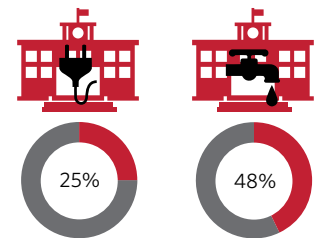
Ziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Ziel 4 soll sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu hochwertiger Bildung und Gelegenheit zu lebenslangem Lernen haben. Dabei geht es nicht nur um Bildungsbeteiligung, sondern auch um die Niveaus von Grundfertigkeiten, die Verfügbarkeit ausgebildeter Lehrkräfte und angemessener Schulausstattung und Disparitäten bei den Bildungsergebnissen.

- ▶ 2014 besuchten weltweit zwei Drittel aller Kinder im Jahr vor dem Erreichen des offiziellen Grundschulalters eine Vor- oder Grundschule, in den ärmsten Ländern hingegen nur 40 Prozent.
- ▶ Trotz erheblicher Fortschritte zwischen 2000 und 2014 gingen 2014 weltweit noch immer 9 Prozent der Kinder im Grundschulalter nicht zur Schule; seit 2008 ist dieser Anteil unverändert.
- ▶ Erhebungen in ausgewählten Ländern aus dem Zeitraum 2007-2015 ergaben für Kinder und Heranwachsende aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte eine höhere Lesekompetenz als für die aus den ärmsten 20 Prozent und bessere Ergebnisse für Kinder in Städten gegenüber denen aus ländlichen Gebieten.
- ▶ Aus Daten für 2011 geht hervor, dass nur etwa ein Viertel der Schulen in Afrika südlich der Sahara Strom, weniger als die Hälfte Trinkwasser und nur 69 Prozent Toiletten hatten (viele ohne getrennte sanitäre Einrichtungen für Mädchen und Jungen).



2011 hatten nur etwa ein Viertel der Schulen in Afrika südlich der Sahara Strom und weniger als die Hälfte eine einfache Trinkwasserversorgung



Ziel 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht weltweit fort und beraubt Frauen und Mädchen ihrer Grundrechte und Chancen. Ziel 5 bedarf energischerer Anstrengungen, einschließlich rechtlicher Rahmen, um die tiefverwurzelte geschlechtsspezifische Diskriminierung zu bekämpfen, die oft auf patriarchalische Einstellungen und entsprechende soziale Normen zurückzuführen ist.

- ▶ Nach Erhebungen in 87 Ländern für den Zeitraum 2005-2016 waren 20 Prozent der Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren, die jemals einen Intimpartner hatten, in den vorangegangenen 12 Monaten körperlicher oder sexueller Gewalt durch Intimpartner ausgesetzt.
- ▶ Um das Jahr 2000 war fast ein Drittel der 20- bis 24-jährigen Frauen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet; 2015 war dieser Anteil auf etwa ein Viertel gesunken.
- ▶ Nach Erhebungen um das Jahr 2015 in 30 Ländern, in denen die Praxis der Genitalverstümmelung konzentriert ist, war über ein Drittel (35 Prozent) der 15- bis 19-jährigen Mädchen davon betroffen.
- ▶ Beruhend auf Daten von 2000 bis 2016 wendeten Frauen im Schnitt fast dreimal so viel Zeit wie Männer für unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit auf.
- ▶ Die Vertretung von Frauen in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern lag 2017 weltweit bei lediglich 23,4 Prozent. In den meisten der 67 Länder, für die Daten für 2009-2015 vorlagen, besetzten Frauen weniger als ein Drittel aller mittleren und oberen Führungspositionen.

Ein Fünftel der Frauen und Mädchen, die je Intimpartner hatten, erlitten durch diese körperliche und/oder sexuelle Gewalt



2015 waren ein Viertel der 20- bis 24-jährigen Frauen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet

In 67 Ländern besetzten Frauen weniger als ein Drittel der mittleren und oberen Führungspositionen



Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten



2015 nutzten **5,2 Milliarden** Menschen eine „sicher verwaltete“ Trinkwasserversorgung



2015 nutzten **2,9 Milliarden** Menschen eine „sicher verwaltete“ Sanitärversorgung



2015 verrichteten **892 Millionen** Menschen weiter ihre Notdurft im Freien



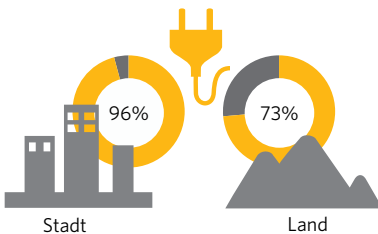
Mehr als 2 Milliarden Menschen sind von Wasserstress betroffen

Mit Ziel 6 sollen die Herausforderungen im Zusammenhang mit Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene sowie mit wasserverbundenen Ökosystemen angegangen werden. Ohne hochwertige, nachhaltige Wasserressourcen und Sanitärversorgung kommt es auch nicht zu Fortschritten in vielen anderen Bereichen der Nachhaltigkeitsziele, einschließlich Gesundheit, Bildung und Armutsbeseitigung.

- ▶ 2015 nutzten 5,2 Milliarden Menschen (71 Prozent der Weltbevölkerung) eine „sicher verwaltete“ Trinkwasserversorgung – eine verbesserte, bei Bedarf verfügbare und nicht kontaminierte Wasserquelle im Haushalt.
- ▶ 2015 nutzten 2,9 Milliarden Menschen (39 Prozent der Weltbevölkerung) eine „sicher verwaltete“ Sanitärversorgung – eine grundlegende Einrichtung zur sicheren Fäkalienentsorgung.
- ▶ Die Notdurftverrichtung im Freien, die 2015 für 892 Millionen Menschen (12 Prozent der Weltbevölkerung) zum Alltag gehörte, stellt weiter ein ernstes Gesundheitsrisiko dar.
- ▶ Weltweit leben mehr als 2 Milliarden Menschen in Ländern mit übermäßigem Wasserstress. In Nordafrika und Westasien sowie in Zentral- und Südasien liegt der Grad an Wasserstress bei über 60 Prozent, was eine künftige Wasserknappheit sehr wahrscheinlich werden lässt.

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Zugang zu Elektrizität ist in **ländlichen Gebieten niedriger** als in städtischen



Über 3 Milliarden Menschen fehlen weiter saubere Brennstoffe und Technologien zum Kochen

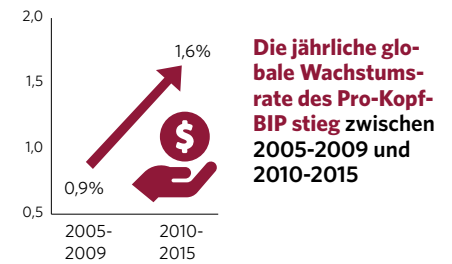
Für den allgemeinen Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und nachhaltiger Energieversorgung müssen der Zugang zu Elektrizität und sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen ausgeweitet sowie die Energieeffizienz verbessert und der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht werden. Es bedarf mutigerer Finanzierungs- und sonstiger Maßnahmen sowie der Bereitschaft der Länder, neue Technologien in weitaus größerem Umfang anzunehmen.

- ▶ Von 2000 bis 2014 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu Elektrizität von 77,6 auf 85,3 Prozent. Dennoch mussten noch 1,06 Milliarden Menschen diese grundlegende Dienstleistung entbehren.
- ▶ Während 2014 96 Prozent der Stadtbewohner Zugang zu Elektrizität hatten, lag der Anteil in ländlichen Gebieten nur bei 73 Prozent.
- ▶ Von 2000 bis 2014 erhöhte sich der Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien von 50 auf 57 Prozent. Mehr als 3 Milliarden Menschen, mehrheitlich in Asien und Afrika südlich der Sahara, kochen jedoch weiter ohne diese Brennstoffe und Technologien und sind hoher Raumluftverschmutzung ausgesetzt.
- ▶ Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieendverbrauch ist zwischen 2010 und 2014 nur leicht von 17,5 auf 18,3 Prozent gestiegen. Die Wasser-, Solar- und Windenergieerzeugung machte den Großteil dieses Anstiegs aus.
- ▶ Die globale Primärenergieintensität sank zwischen 2012 und 2014 um jährlich 2,1 Prozent. Dennoch reichen die Fortschritte nicht aus, um die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz entsprechend der Zielvorgabe zu verdoppeln.

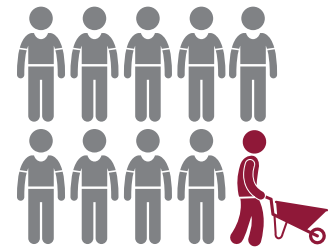
Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Das Wirtschaftswachstum ist eine Haupttriebkraft für die nachhaltige Entwicklung. Ist dieses Wachstum dauerhaft und breitenwirksam, können mehr Menschen der Armut entrichten, weil es mehr Möglichkeiten für volle und produktive Beschäftigung gibt. Damit das Wirtschaftswachstum von heute auch künftigen Generationen zugutekommt, muss es umweltverträglich sein und darf nicht aus einer nicht nachhaltigen Ausbeutung von Ressourcen resultieren.

- ▶ Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP stieg von 0,9 Prozent im Zeitraum 2005-2009 auf 1,6 Prozent im Zeitraum 2010-2015. Das reale BIP-Wachstum in den am wenigsten entwickelten Ländern lag im Zeitraum 2010-2015 bei durchschnittlich 4,9 Prozent und damit unter dem Ziel von mindestens 7 Prozent pro Jahr.
- ▶ Nach der Finanzkrise 2008-2009 verlangsamte sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität (BIP pro Erwerbstätigen) drastisch und betrug zwischen 2009 und 2016 durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr, verglichen mit 2,9 Prozent zwischen 2000 und 2008.
- ▶ Von 2010 bis 2016 sank die weltweite Arbeitslosenquote von 6,1 auf 5,7 Prozent. Trotz allgemeiner Fortschritte waren junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren mit einer Arbeitslosenquote von 12,8 Prozent fast dreimal so häufig arbeitslos wie Erwachsene (4,4 Prozent).
- ▶ Die Anzahl der 5- bis 17-Jährigen, die Kinderarbeit leisten, sank zwischen 2000 und 2012 von 246 auf 168 Millionen. Dennoch leistete 2012 weltweit jedes zehnte Kind Kinderarbeit, und mehr als die Hälfte (85 Millionen) waren gefährlichen Formen der Arbeit ausgesetzt.



Etwa ein Zehntel der Kinder weltweit verrichteten 2012 Kinderarbeit



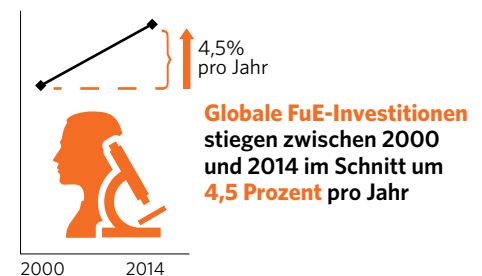
Ziel 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Infrastruktur, Industrialisierung und Innovation sind drei Triebkräfte für Wirtschaftswachstum. Gehen sie mit den Faktoren der Breitenwirksamkeit, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit einher, kann Wirtschaftswachstum die nachhaltige Entwicklung unterstützen.

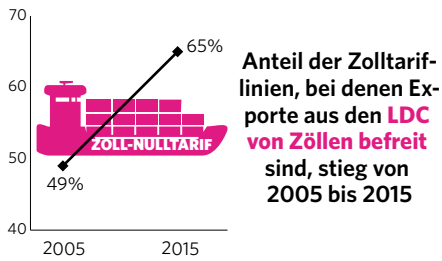
- ▶ Der Lufttransport trug 2015 2,7 Billionen US-Dollar (3,5 Prozent des globalen BIP) zur Weltwirtschaft bei. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), der Binnen- (LLDC) und der kleinen Inselentwicklungsländer (SIDS) am globalen Gesamtvolumen der Passagierflüge und des Güterverkehrs ist sehr gering – nur 1 bis 2,7 Prozent für jede Ländergruppe.
- ▶ Von 2005 bis 2016 wuchs die Pro-Kopf-Wertschöpfung im Fertigungssektor in den LDC zwar um fast 59 Prozent, machte aber weiterhin nur 2 Prozent der Wertschöpfung in Europa und Nordamerika aus.
- ▶ Von 2000 bis 2014 nahm der CO₂-Ausstoß je Wertschöpfungseinheit im Fertigungssektor in den meisten Regionen und allen 10 in der Verarbeitungsindustrie führenden Ländern stetig ab.
- ▶ Von 2000 bis 2014 wuchsen die globalen Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) im Schnitt um 4,5 Prozent pro Jahr und betragen 2014 1,8 Billionen US-Dollar (Kaufkraftparität) – 1,7 Prozent des globalen BIP.
- ▶ Fast alle Menschen werden von Mobilfunknetzen erfasst. 2016 wurden 95 Prozent der Weltbevölkerung mindestens von 2G- und 84 Prozent von 3G-Mobilfunknetzen erfasst.



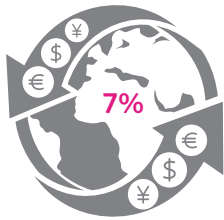
LDC, LLDC und SIDS hatten je einen Anteil von 1 bis 2,7 Prozent am Gesamtvolumen der Passagierflüge und des Güterverkehrs



Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern



Globale Kosten von Heimatüberweisungen lagen im Schnitt über **7 Prozent**



Mit Ziel 10 soll die Ungleichheit in und zwischen Ländern verringert, eine sichere, geordnete und reguläre Migration sichergestellt und die Mitsprache der Entwicklungsländer in den globalen wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungsprozessen verstärkt werden.

- ▶ In 49 von 83 Ländern, für die Daten für den Zeitraum 2011-2015 vorliegen, wuchs das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung schneller als der nationale Durchschnitt, wodurch sich die Einkommensungleichheit verringerte.
- ▶ Die Stimmrechtsanteile der Entwicklungsländer haben sich zwar im Internationalen Währungsfonds erhöht, liegen aber in vielen internationalen Organisationen nach wie vor weit unter ihrem Mitgliederanteil.
- ▶ Im internationalen Handel erhalten am wenigsten entwickelte Länder weiter bevorzugte Zugangsbedingungen: der Anteil der Zolltariflinien, bei denen Exporte aus diesen Ländern von Zöllen befreit sind, stieg von 2005 bis 2015 von 49 auf 65 Prozent.
- ▶ Die Kosten für Heimatüberweisungen liegen mit über 7 Prozent des Überweisungsbetrags deutlich über dem Zielwert von 3 Prozent. Neue und verbesserte Technologien wie Wertkarten und mobile Anbieter haben diese Gebühren zwar auf 2 bis 4 Prozent gesenkt, sind aber noch nicht großflächig verfügbar oder in vielen Überweiskorridoren im Einsatz.

Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähiger und nachhaltig gestalten

9 von 10 Stadtbewohnern atmeten 2014 Luft, die nicht den WHO-Luftqualitätsleitlinien genügte



In Städten in 101 Ländern erreichte die kommunale Abfallsammlung 65 Prozent der Bevölkerung

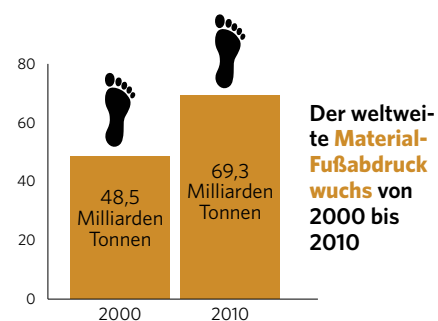
Städte wachsen so schnell wie nie zuvor. 2015 lebten knapp 4 Milliarden Menschen, mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, in Städten. Städte sind Brutstätten der Innovation und tragen zu mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum bei; die rasante Verstädterung birgt jedoch enorme Probleme, darunter unzureichende Wohnraumversorgung, höhere Luftverschmutzung und unzureichende Grundversorgung und Infrastruktur.

- ▶ Der weltweite Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner sank von 2000 bis 2014 von 28 auf 23 Prozent. In Afrika südlich der Sahara lebte jedoch mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Stadtbewohner in Slumverhältnissen.
- ▶ Von 2000 bis 2015 wuchs weltweit die Fläche von Städten rascher als ihre Bevölkerung, mit städtischer Zersiedelung als Folge.
- ▶ Nach Daten aus Städten in 101 Ländern aus den Jahren 2009 bis 2013 erreicht die kommunale Abfallsammlung etwa 65 Prozent der Bevölkerung.
- ▶ 2014 atmeten 9 von 10 Stadtbewohnern Luft ein, deren Qualität nicht dem von der Weltgesundheitsorganisation vorgegebenen Wert für Feinstaubpartikel (PM 2,5) entsprach.
- ▶ Im Mai 2017 hatten 149 Länder städtepolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene ganz oder teilweise umgesetzt, die zumeist den in den Nachhaltigkeitszielen genannten Schwerpunktbereichen folgten.

Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster ermöglichen einen effizienten Ressourceneinsatz und können die Umweltauswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeiten reduzieren. Dieses Ziel richtet sich daher auf eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz und eine Behandlung gefährlicher Chemikalien und Abfälle, die so wenig wie möglich das Leben der Menschen und die Umwelt beeinträchtigt.

- ▶ Weltweit wuchs der Material-Fußabdruck der Menschheit zwischen 2000 und 2010 von 48,5 auf 69,3 Milliarden Tonnen. Im selben Zeitraum wuchs der Material-Fußabdruck pro Kopf von 8 auf 10 Tonnen.
- ▶ 2010 war der Material-Fußabdruck pro Kopf in Australien und Neuseeland am höchsten (35 Tonnen), gefolgt von Europa und Nordamerika (20 Tonnen); in Afrika südlich der Sahara war er am niedrigsten (2,5 Tonnen).
- ▶ 42 Prozent des weltweiten Inlandsmaterialverbrauchs (IMV) entfiel auf Ost- und Südostasien, was auf die rasante Industrialisierung in der Region zurückzuführen ist.
- ▶ Fast alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind Vertragspartei mindestens einer der globalen Übereinkünfte über Chemieabfälle und gefährliche Abfälle. Zwischen 2010 und 2014 kamen jedoch nur 51 Prozent der Vertragsparteien des Stockholmer Übereinkommens, 57 Prozent der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens und 71 Prozent der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens ihren entsprechenden Berichtspflichten voll nach.



2010 entfielen **42 Prozent** des globalen IMV auf Ost- und Südostasien



Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

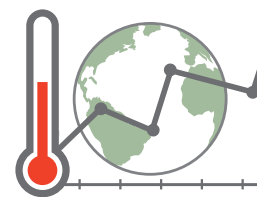
Die Erdtemperatur stieg 2016 weiter an und erreichte einen neuen Rekord von etwa 1,1° C über dem Wert der vorindustriellen Zeit. Die weltweit von Meereis bedeckte Fläche sank auf 4,14 Millionen Quadratkilometer, den zweitniedrigsten Wert überhaupt. Zur Abschwächung des Klimawandels und seiner Auswirkungen muss auf der durch das Übereinkommen von Paris erzeugten Dynamik aufgebaut werden. Zudem bedarf es stärkerer Maßnahmen zum Aufbau der Widerstandskraft gegen klimabedingte Gefahren und Naturkatastrophen und zu deren Eindämmung.

- ▶ Das Übereinkommen von Paris trat am 4. November 2016 in Kraft und steht für eine stärkere Handlungsorientierung zugunsten von Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung.
- ▶ Zum 7. Juni 2017 hatten 148 Vertragsparteien das Übereinkommen ratifiziert; davon hatten 142 Vertragsparteien (141 Länder und die Europäische Kommission) dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ihre ersten national festgelegten Beiträge vorgelegt.
- ▶ Trotz Fortschritten bei der Umsetzung von Strategien der Katastrophenvorsorge steigt die Zahl der durch Naturgefahren verursachten Todesfälle weiter an. Von 1990 bis 2015 starben bei international gemeldeten Naturgefahren mehr als 1,6 Millionen Menschen.
- ▶ Viele Länder haben mit der Umsetzung nationaler und lokaler Strategien der Katastrophenvorsorge begonnen. Im Zeitraum 2014-2015 meldeten die meisten Länder, die Daten einreichten, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen, Rechtsvorschriften zu Schutzgebieten, Projekte und Programme zur Anpassung an den Klimawandel und eine integrierte Planung wesentlich zur Verringerung der tieferen Risikofaktoren beitrugen.

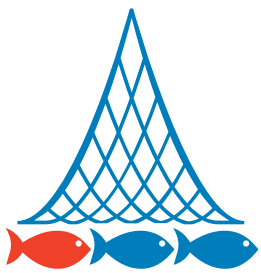


2016 **schrankte** weltweit die **Meereisfläche** auf den zweitniedrigsten Wert überhaupt

2016 setzte die **Erdtemperatur** mit 1,1°C über dem vorindustriellen Wert **einen Rekord**

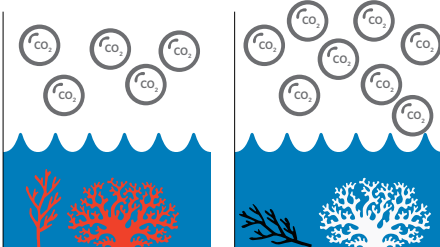


Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen



2013 waren **31 Prozent** der Meeresbestände überfischt

Schätzungen zufolge könnten die Ozeane mit steigender CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bis zum Jahr 2100 fast **150 Prozent saurer** werden

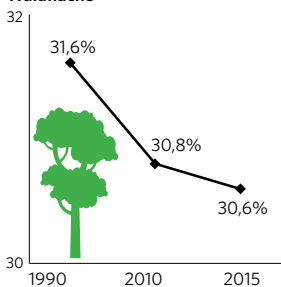


Ozeane bedecken fast drei Viertel der Erde und sind damit ihr größtes Ökosystem. Die jüngsten Teilerfolge beim Schutz der Ozeane geraten durch die zunehmend nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels (darunter die Ozeanversauerung), Überfischung und Meeresverschmutzung in Gefahr.

- ▶ 2017 stehen 13,2 Prozent der nationalen Hoheitsbefugnissen unterliegenden Meeresumwelt, 0,25 Prozent der Meeresumwelt außerhalb dieser Befugnisse und 5,3 Prozent des gesamten weltweiten Meeresraums unter Schutz. Der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind, ist von 2000 bis 2017 von 32 auf 45 Prozent gestiegen.
- ▶ Der Anteil der weltweit überfischten Bestände – die sich also auf einem biologisch nicht nachhaltigen Niveau befinden – stieg von 1974 bis 2013 von 10 auf 31 Prozent.
- ▶ Die Ozeane nehmen bis zu 30 Prozent des jährlichen anthropogenen CO₂-Ausstoßes auf. Das aufgenommene CO₂ hat aber einen erhöhten Säuregehalt des Meerwassers zur Folge, was die Schalen und Skelette vieler Meeresarten, wie etwa Korallen, schwächt. Nach Schätzungen könnten die Ozeane mit steigender CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bis 2100 um fast 150 Prozent saurer werden.
- ▶ 16 Prozent der 63 im Rahmen des Programms zur Bewertung grenzüberschreitender Gewässer evaluierten großen Meeresökosysteme fallen in die „hohe“ oder „höchste“ Risikokategorie für Küsteneutrophierung. Bis 2050 soll die Küsteneutrophierung in 21 Prozent dieser Systeme zunehmen.

Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Waldfläche

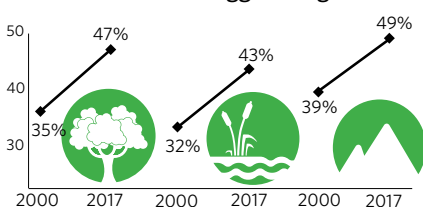


Der weltweite jährliche Netto-Waldverlust lag zwischen 2010 und 2015 **weniger als halb so hoch** wie in den 1990er-Jahren

Geschützte und wiederhergestellte Ökosysteme und ihre biologische Vielfalt können zur Abschwächung des Klimawandels beitragen und die Widerstandskraft gegenüber wachsendem Bevölkerungsdruck und häufigeren Katastrophen erhöhen. Auch bieten gesunde Ökosysteme allen Gemeinschaften vielfältigen Nutzen. Ziel 15 ist auf den Artenschutz und die nachhaltige Nutzung der Ökosysteme gerichtet.

- ▶ Von 2010 bis 2015 war der jährliche Nettowaldverlust weltweit nicht einmal halb so hoch wie in den 1990er Jahren. Der Anteil der Waldflächen sank von 31,6 Prozent im Jahr 1990 auf 30,8 Prozent 2010 und 30,6 Prozent 2015.
- ▶ Von 2000 bis 2017 stieg der als Schutzgebiet ausgewiesene Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete weltweit im Schnitt von 35 auf 47 Prozent (Land), von 32 auf 43 Prozent (Süßwasser) und von 39 auf 49 Prozent (Gebirge).
- ▶ Der Verlust der biologischen Vielfalt geht jedoch erschreckend schnell voran. Korallen, Amphibien und Palmfarne sind aufgrund spezifischer und zunehmender Bedrohungen stark rückgängig. Die durch Klimawandel und lokale Faktoren verursachte Korallenbleiche schädigt die Korallenriffe weltweit; diese könnten bis 2050 ganz verschwinden. Auch für Amphibien ist das Aussterberisiko hoch; 41 Prozent sind bereits bedroht.
- ▶ Wilderei und illegaler Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen vereiteln nach wie vor Erhaltungsmaßnahmen; Berichten zufolge werden fast 7.000 Arten in 120 Ländern illegal gehandelt. 2013 machten Elefanten-Elfenbein, Palisander, Rhinozeroshörner und Reptilien 70 Prozent aller Beschlagnahmen aus.

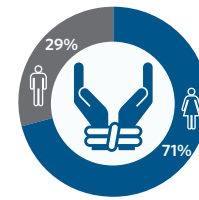
Weltweit sind im Schnitt **mehr** für die Biodiversität besonders wichtige Land-, Süßwasser- und Berggebiete geschützt



Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Frieden, Gerechtigkeit und wirksame, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen sind ein Kernstück der nachhaltigen Entwicklung. Die Fortschritte bei der Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften sind im Vergleich und innerhalb der Länder weiter ungleichmäßig. Die Zahl der Gewaltkonflikte hat zugenommen, und einige besonders schwere Konflikte fordern viele Opfer unter der Zivilbevölkerung und vertreiben Millionen von Menschen aus ihrer Heimat.

- ▶ In Ländern mit höherer Einkommensungleichheit war die Rate vorsätzlicher Tötungen 2015 neunmal höher als in Ländern mit niedriger Einkommensungleichheit.
- ▶ In den 76 Ländern, für die für 2005 bis 2016 Daten vorlagen, waren 80 Prozent der Kinder zwischen 1 und 14 Jahren regelmäßig psychologischer Aggression und/oder körperlicher Züchtigung ausgesetzt.
- ▶ Zwischen 2012 und 2014 zeigten polizeiliche Ermittlungen mehr als 570 verschiedene Menschenhandelswege auf, die kreuz und quer durch die ganze Welt verliefen. Die große Mehrheit der 2014 ermittelten Opfer von Menschenhandel waren Mädchen und Frauen (71 Prozent); mehr als ein Viertel waren Kinder.
- ▶ Der Anteil der Inhaftierten, die nicht vor Gericht gestellt oder wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, lag 2013-2015 bei 31 Prozent weltweit.
- ▶ Nach Angaben für 2005-2016 waren mehr als 18 Prozent der Unternehmen weltweit mindestens einmal zu einer Bestechungszahlung aufgefordert worden. In Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen lag ihr Anteil bei 25 Prozent, in Ländern mit hohem Einkommen bei 4 Prozent.
- ▶ Nach den für den Zeitraum 2010-2016 für 147 Länder gemeldeten Daten wurden die Geburten von 71 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren erfasst, in Afrika südlich der Sahara dagegen nur von 46 Prozent.



2014 waren **mehr als 70 Prozent** der Opfer des Menschenhandels Frauen und Mädchen



Von 2013-2015 waren **fast ein Drittel** der Inhaftierten nicht vor Gericht gestellt oder wegen eines Verbrechens verurteilt worden



Über 18 Prozent aller Unternehmen gaben an, mindestens einmal zu einer Bestechungszahlung aufgefordert worden zu sein

Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

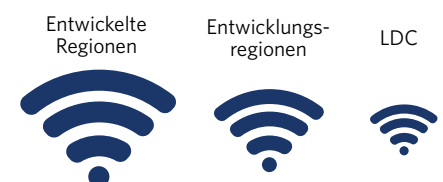
Die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele erfordert ein stärkeres Bekenntnis zu Partnerschaft und Zusammenarbeit sowie Politikkohärenz, ein der nachhaltigen Entwicklung förderliches Umfeld auf allen Ebenen und durch alle Akteure und eine neu belebte Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung. Die Erfüllung der Zielvorgaben für die Umsetzungsmittel ist für die Verwirklichung der Agenda für nachhaltige Entwicklung ebenso entscheidend wie die volle Umsetzung der Aktionsagenda von Addis Abeba.

- ▶ Von 2015 bis 2016 stieg die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) real um 8,9 Prozent auf einen Höchststand von 142,6 Milliarden Dollar. Trotzdem sank die bilaterale Hilfe für am wenigsten entwickelte Länder real um 3,9 Prozent.
- ▶ Der Schuldendienst steigt wieder. In den Ländern mit niedrigem mittlerem Einkommen war er zwischen 2000 und 2011 von 12,9 auf 3,6 Prozent gefallen, bevor er langsam auf 6,1 Prozent im Jahr 2015 anstieg.
- ▶ 2016 lag der Gesamtbetrag internationaler Heimatüberweisungen bei 575 Milliarden Dollar, wovon 75 Prozent in Entwicklungsländer flossen. Überweisungen an Entwicklungsländer nahmen aber im zweiten Jahr in Folge um 2,4 Prozent gegenüber 2015 ab.
- ▶ 2016 hatte ca. 80 Prozent der Bevölkerung in den entwickelten Regionen, 40 Prozent in Entwicklungsregionen und 15 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern Internetzugang.
- ▶ 2014 erhielten Entwicklungsländer 338 Millionen Dollar an finanzieller Hilfe für Statistikzwecke (nur 0,18 Prozent der Gesamt-ODA). Zwischen 2007 und 2016 führten 89 Prozent der Länder oder Gebiete weltweit mindestens eine Volks- und Wohnungszählung durch, 25 Länder hingegen keine.



Die öffentliche Entwicklungshilfe stieg von 2015 auf 2016 um **8,9 Prozent** auf einen neuen Höchststand

2016 war der Bevölkerungsanteil mit Internet-Zugang in den **LDC am niedrigsten**



Armutsbeseitigung und Wohlförderung in einer sich verändernden Welt

Die Beseitigung aller Formen der Armut ist das Herzstück einer nachhaltigen Entwicklung. Armut umfasst Entbehrungen in vielen Bereichen, darunter niedrige Einkommen, Hunger, Krankheit, soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und fehlender Zugang zu grundlegenden Diensten. Obendrein können Entbehrungen in einem Bereich Entbehrungen in anderen Bereichen verschärfen oder verlängern. Armutsbeseitigung und Wohlförderung in einer sich verändernden Welt erfordern einen ganzheitlichen Ansatz, der den Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung trägt. Dieser Abschnitt zeigt einige dieser Zusammenhänge im Kontext des Themas und der Ziele auf, die Gegenstand des hochrangigen politischen Forums über nachhaltige Entwicklung im Juli 2017 sind.

Extrem Arme leben zunehmend in prekären Situationen

Seit 1999 sind fast eine Milliarde Menschen der extremen Armut entronnen, doch lebten 2013 noch immer etwa 767 Millionen Mittellose von weniger als 1,90 Dollar pro Tag. Die Hälfte aller armen Menschen weltweit lebte in Afrika südlich der Sahara, wo 2013 42 Prozent der Bevölkerung unter extremer Armut litt. Ein weiteres Drittel war in Südasien zu Hause. Extrem Arme leben zunehmend in einem prekären Umfeld wie Konfliktzonen und entlegene, schwer erreichbare Gebiete. Zudem ist die Lebenssituation vieler, die sich aus extremer Armut befreien konnten, weiter prekär; sie liegen nur knapp über der Armutsgrenze und können leicht wieder darunter fallen. Sie sind durch wirtschaftliche Volatilität, Naturkatastrophen und andere Schocks gefährdet. Weltweit leben etwa 80 Prozent der Armen in ländlichen Gebieten, und 64 Prozent arbeiten im Agrarsektor. Kinder leiden häufiger als Erwachsene unter Armut. So waren 2013 fast 385 Millionen Menschen in extrem armen Haushalten jünger als 18 Jahre. Ohne ausreichende Sozialschutzsysteme sind sie noch verwundbarer. Gut konzipierte Sozialschutzsysteme können in jeder Lebensphase Armut und Ungleichheit verhindern und mindern helfen. 2016 empfingen nur 45 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine Sozialschutzleistung.

Konflikte und Kriege verschärfen die Armut

Konflikte sind heute die allergrößte Hürde für Armutsbeseitigung und eine nachhaltige Entwicklung. Ende 2016 waren weltweit 65,6 Millionen Menschen durch Krieg, Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat vertrieben. Damit ist ihre Zahl seit 2015 um etwa 300.000 auf den seit Jahrzehnten höchsten Stand gestiegen. 22,5 Millionen von ihnen waren Flüchtlinge, 40,3 Millionen Binnenvertriebene und 2,8 Millionen Asylsuchende.

Etwa die Hälfte der 17,2 Millionen Flüchtlinge unter der Obhut des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind Kinder,

die unverhältnismäßig stark von Konflikten betroffen sind. Wenn Kinder vor Gewalt und Verfolgung fliehen, müssen sie oft das Nötigste entbehren, darunter Gesundheitsversorgung, Bildung, einwandfreies Wasser und Unterkunft. 2015 besuchten 50 Prozent der Flüchtlingskinder im Grundschulalter keine Schule. Viele vertriebene Kinder sind alleine unterwegs oder von ihren Eltern getrennt. Von den Kindern, die 2016 und im Januar und Februar 2017 nach gefährlicher Überfahrt aus Nordafrika in Italien ankamen, waren die weitaus meisten – 92 Prozent – unbegleitet.

Frauen treffen bei der Überwindung der Armut noch immer auf erhebliche strukturelle Hindernisse

Die tief verwurzelte Ungleichheit der Geschlechter hindert Frauen weiter an der Entfaltung ihres vollen Potenzials. So waren 2015 fast 27 Prozent der 20- bis 24-jährigen Frauen vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet – eine gängige Praxis in Südasien und in Afrika südlich der Sahara. In diesen beiden Regionen lebten auch 80 Prozent der Armen der Welt. Kinderheirat ist eng mit verfrühter Mutterschaft und mangelhaftem Zugang zu gesundheitlicher und reproduktionsmedizinischer Versorgung verknüpft. Eine Ehe setzt der Bildung, der Autonomie und dem wirtschaftlichen Potenzial von Mädchen in der Regel ein Ende oder gravierende Schranken.

Auch das Einkommen von Frauen wird durch die Pflege- und Mutterrolle, die ihnen gesellschaftlich zugedacht wird, eingeschränkt. Frauen verbringen fast dreimal so viel Zeit wie Männer mit unbezahlter Hausarbeit. In 45 Ländern, für die Daten vorliegen, bestimmen nur die Hälfte der Frauen selbst über ihre reproduktive Gesundheit. Können Frauen und Mädchen nicht eigenständig über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit entscheiden, erhöht dies in Verbindung mit ungeplanten Schwangerschaften tendenziell die Haushaltsarmut. In vielen Teilen der Welt ist der Zugang von Frauen zu Grund und Boden, Eigentum und Finanzvermögen nach wie vor begrenzt, was ihre wirtschaftlichen Chancen und ihre Fähigkeit, ihre Familien aus der Armut zu befreien, einschränkt.

Überall auf der Welt ist Wohneigentum ein wichtiger Teil des festen Vermögens. Erste Analysen der Daten aus ausgewählten Ländern zeigen, dass das Wohneigentum von Frauen im Wert unter dem von Männern liegt. So sind etwa in Uganda und der Mongolei Frauen mit nur 35 bzw. 37 Prozent des Wohneigentums gegenüber Männern deutlich im Rückstand. In der Provinz KwaZulu-Natal in Südafrika haben zwar fast die Hälfte der Frauen Wohneigentum, doch ist es mit nur etwa einem Drittel des Gesamtwerts der Wohnimmobilien weniger wert als das der Männer.

Selbst in den meisten europäischen Ländern ist die Altersarmut bei Frauen höher als bei Männern. In mehr als der Hälfte der Länder mit verfügbaren Daten liegt das Geschlechtergefälle für Ein-Personen-Haushalte über dem für alle Haushalte. Dies zeigt, dass allein lebende Frauen stärker armutsgefährdet sind.



Frauen sind in Parlamenten und in Führungspositionen weltweit noch immer stark unterrepräsentiert und besetzen in den meisten Regionen jeweils weniger als ein Drittel dieser Stellen.

Die Schädigung der Ozeane bedroht die Fortschritte bei der Armutsbeseitigung

Ozeane bedecken fast drei Viertel der Erde. Knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung lebt an Küsten, und etwa 61 Prozent des globalen Brutto sozialprodukts wird bis zu 100 Kilometern vom Meer entfernt erwirtschaftet. Eine nachhaltige Nutzung der Ozeane kann Ländern Nahrung verschaffen und neben Transport und Handel auch wirtschaftliche Chancen in der Fischerei, im Tourismus und in der Freizeitindustrie eröffnen. Eine angemessene Bewirtschaftung dieser unschätzbaren Ressource kann durch die Erhöhung der Ernährungssicherheit und die Verbesserung der Existenzgrundlagen von Millionen Menschen zur Armutsminderung beitragen. Der Klimawandel und neuere Trends, die eine Versauerung und Eutrophierung der Ozeane, eine Schädigung von Küstengebieten und eine Verringerung der biologischen Vielfalt der Meere zeigen, belasten diese Ressource jedoch zunehmend. 2013 waren fast ein Drittel (31 Prozent) der Meeresbestände überfischt und die Meeresökosysteme weltweit durch die zunehmende Versauerung der Ozeane gefährdet, und bis 2050 wird die Küsteneutrophierung in 21 Prozent der großen Meeresökosysteme zunehmen. Zudem geht das Meereis weltweit zurück und schreitet die Erderwärmung voran, beides Anzeichen für einen anhaltenden Klimawandel mit noch stärkeren Folgeschäden für die Ozeane und viele weitere Ökosysteme.

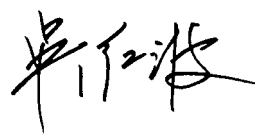
Infrastruktur- und Technologieinvestitionen können armen Landwirten helfen

Eine nachhaltige Landwirtschaft, gekoppelt mit Investitionen in die Agrarproduktivität und Ernährungssicherheit, ist unverzichtbar, um den Hunger zu beenden und Millionen Menschen, einschließlich Kleinbauern, aus extremer Armut zu befreien. Die Erhöhung der Agrarproduktivität und der landwirtschaftlichen Wertschöpfung sowie die Integration von Märkten sind allesamt wichtige Strategien. Die Rolle von Infrastruktur und Technologie kann dabei nicht genug betont werden. Durch Verkehrsinfrastruktur etwa können Landwirte an bestehende Märkte angebunden und neue Märkte geschaffen werden. Wo die Armut noch immer sehr hoch ist, wie in Afrika südlich der Sahara, ist der Luft-, Passagier- und Frachtverkehr sehr begrenzt. Doch die rasche Ausbreitung von Mobilfunkdiensten hilft, einige Hürden zu überwinden. 2016 waren 2G-Mobilfunknetze nahezu universell zugänglich und erfassten 95 Prozent der Weltbevölkerung. Informations- und Kommunikationstechnologien können Landwirten helfen, Absatzmärkte zu finden, Geld zu überweisen und sich wertvolle Informationen, etwa über Wetterverhältnisse und Marktpreise, zu verschaffen.

Armut lässt sich nur beseitigen und Wohlstand nur fördern, wenn die Schwächsten erreicht werden

Um für alle Menschen überall die Armut zu beenden und Wohlstand zu fördern, müssen die schwächeren Bevölkerungsgruppen gestärkt werden. Diese Gruppen sind oft aufgrund von Alter, sozioökonomischer Stellung, Geschlecht, Ethnizität und Wohnort vom Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung, Strom, einwandfreiem Wasser und anderen essenziellen Diensten ausgeschlossen. So lebten 2016 beispielsweise 15 Prozent der jungen arbeitenden Menschen und ihre Familien in extremer Armut, verglichen mit 9 Prozent der erwachsenen Arbeitsbevölkerung. Für Jugendliche lag zudem das Arbeitslosigkeitsrisiko fast dreimal so hoch wie für Erwachsene. 2015 verfügten 85 Prozent der Stadtbevölkerung, hingegen nur 55 Prozent der Landbevölkerung, über eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung. Auch Menschen mit Behinderungen werden ausgegrenzt: 2016 erhielten nur 28 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen eine Invalidenrente.

Für viele dieser verwundbaren Gruppen – Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit HIV, ältere Menschen, indigene Völker, Migranten, Flüchtlinge und Binnenvertriebene – fehlen fundierte aufgeschlüsselte Daten, was ihre Verwundbarkeit noch erhöht, weil das Ausmaß von Entbehrung und Ungleichheit im Dunkeln bleibt. Zudem sind Staaten und die internationale Gemeinschaft seit langem in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, die Diskriminierung von verschiedenen Gruppen präzise zu dokumentieren, weil stringente und umfassende Belegdaten fehlen. Dies erschwert die Planung und Budgetierung notwendiger Dienste und eine wirksame Politik. So stehen beispielsweise Kinder ohne familiäre Betreuung, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen weitgehend im statistischen Abseits. Es gibt zwar erste innovative Ansätze, schwächere Bevölkerungsgruppen sichtbarer zu machen, doch werden mehr Ressourcen und Kapazitäten benötigt, um ihnen den lange versagten Platz auf der Entwicklungsagenda zu sichern.



WU HONGBO

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Das Potenzial von Daten für die nachhaltige Entwicklung nutzen

Zur vollständigen Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und zur Verfolgung der Umsetzung benötigen die Entscheidungsträger genaue, aktuelle, ausreichend aufgeschlüsselte, relevante, zugängliche und leicht nutzbare Daten und Statistiken. Die Datenverfügbarkeit und -qualität sind über die Jahre immer besser geworden. Doch Statistikkapazitäten und Datenkompetenz müssen auf allen Entscheidungsebenen gestärkt werden. Dies erfordert koordinierte Anstrengungen der Bereitsteller und Nutzer von Daten aus vielfältigen Datensystemen sowie eine innovative Gewinnung und Anwendung von Daten und Statistiken zur Bewältigung der vielfachen Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung.

Neue Wege des Kapazitätsaufbaus für bessere Daten



Die traditionellen Wege zum Aufbau statistischer Kapazitäten werden erweitert, um Zusammenarbeit und Synergien über immer komplexere Datensysteme hinweg zu fördern. Ziel ist es, Dateninnovationen in die Prozesse der Erstellung amtlicher Statistiken zu integrieren und sich verstärkt auf die

Bedürfnisse der Nutzer auszurichten. Zudem wird darauf hingewirkt, dass Initiativen zum Aufbau statistischer Kapazitäten von den Ländern selbst ausgehen, langfristig angelegt sind und von den Nutznießern eingeleitet und kollektiv verwaltet werden.

Viele Länder machen dabei Fortschritte. So führte Äquatorialguinea nach dem Start seiner zweiten Nationalen Strategie für die Statistikentwicklung im Juni 2016 ein erweitertes Datenplanungsinstrument (Advanced Data Planning Tool, ADAPT) ein. Es soll im Sinne direkter Ergebnisverantwortung und -berichterstattung die Budgetierung und Überwachung von Entwicklungsaktivitäten erleichtern, die den Leitern wichtiger Ressorts übertragen werden. Ebenso nahmen 2016 die Leiter der nationalen Statistikämter 24 afrikanischer Länder an Schulungen zur Bedeutung aktiver Führung und aktiven Veränderungsmanagements teil.

Innovationen und Synergien in Daten-Ökosystemen

Öffentlich-private Partnerschaften ermöglichen zunehmend die Nutzung großer Datenmengen und anderer nichttraditioneller Datenquellen in der Politikgestaltung, die so in offizielle Statistiken einfließen. Ermöglicht wird dies durch diverse institutionelle Regelungen, darunter die Erstellung von Statistiken durch die Datenanbieter selbst, die direkte Weitergabe privater Daten an Endnutzer, die Weitergabe privater Daten an vertrauenswürdige Dritte und die Auslagerung von Aufgaben. Entscheidend ist, dass die nationalen Statistikämter mit Unterstützung internationaler Organisationen weiter die Entwicklung und Anwendung von Anreizen und Geschäftsmodellen fördern, die wirksame Partnerschaften zur Verbesserung der Verfügbarkeit und Qualität von Daten für die nachhaltige Entwicklung bewirken.

In vielen Teilen der Welt, einschließlich Afrika, Asien und Lateinamerika, setzen diverse öffentliche und private Akteure Dateninnovationsprojekte um – mit vielversprechenden Ergebnissen. So kommt bei der Erhebung und Analyse von Daten für das Management von Katastrophenrisiken und zum Klimawandel die Schwarmauslagerung zum Einsatz. Doch die Nutzung innovativer Technologien und neuer Datenquellen birgt Risiken für das Gemeinwohl sowie institutionelle Probleme. So erfordert die Verzahnung neuer und traditioneller Datenquellen eine modernere Datenaufsicht und solide Rahmen, um die nationale Eigenverantwortung sowie die Schaffung transparenter Mechanismen zu gewährleisten. Über diese Mechanismen können Partner aus dem Privatsektor, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft Daten, Fachwissen und Technologie zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beisteuern.

Innovative, internetgestützte Technologien für die Meldung von Gesundheitsdaten

Immer mehr Länder nutzen routinemäßige Gesundheitsinformationssysteme wie DHIS 2, ein von der WHO entwickeltes Programm. DHIS 2 hat viel bewirkt, da es die Echtzeit-Verfügbarkeit, Nutzung und Analyse von Statistiken aus Gesundheitseinrichtungen verbessert. Über 50 Länder nutzen das System bereits, es entwickelt sich zur bevorzugten zentralisierten Plattform für Gesundheitsdaten. Auch unterstützten im vergangenen Jahr die Partner der Health Data Collaborative die Integration krankheitsspezifischer Daten (u. a. zu HIV-, Tuberkulose- und Malariaprogrammen) in DHIS 2, um die Dopplung von Berichtssystemen zu beenden.

Niemanden zurücklassen

Durchschnittswerte für Staaten und Städte verbergen oft große Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen. Daher bedarf es ausreichend detaillierter und mehrdimensionaler Daten (wie zu Alter, Geschlecht, Wohnort oder Behinderung), um Menschen zu ermitteln, die Not leiden. Globale und nationale Statistiksysteme müssen gewährleisten, dass bei der Datenerfassung und -aufschlüsselung zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Agenda 2030 niemand zurückbleibt.

Dafür müssen nationale Statistiksysteme in Technologien und Kompetenzen zur Erhebung und Integration unterschiedlich detaillierter Daten aus diversen Quellen investieren. Dies bedeutet eine bessere Nutzung traditioneller statistischer Erhebungen, Volkszählungen und administrativer Aufzeichnungen und die Nutzung des Potenzials der Technologie, um neue Datenquellen wie Erdbeobachtung, andere Fernerkundung oder soziale Medien zu erschließen. Auch werden mehr von Bürgern erzeugte Daten genutzt, um die Bedürfnisse und Fortschritte schwächerer Gruppen zu beobachten. Doch es bedarf neuer Methoden, um die Qualität und Verlässlichkeit dieser Daten zu sichern.



Verbesserung der Daten zu Problemen, die sich Kindern mit Behinderungen stellen

Instrumente zur Erhebung robuster und vergleichbarer Daten zu den Barrieren, vor denen Menschen mit Behinderungen stehen, und Maßnahmen, die ihnen zu größerer gesellschaftlicher Teilhabe verhelfen, sind nach wie vor Mangelware. Daher brachte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und seine Partner 2016 ein neues Modul zur Funktionsfähigkeit von Kindern heraus, das in Volkszählungen und Erhebungen angewandt werden kann, mit dem Ziel, international vergleichbare Daten zu gewinnen. Das Modul erfasst Kinder zwischen 2 und 17 Jahren und klassifiziert Funktionsstörungen in den Bereichen Kommunikation, Hören, Sehen, Lernen, Mobilität und Motorik, Verhalten und Emotionen.

für das Datenmanagement erforderlich, um Innovation zu fördern und gleichzeitig für Kontinuität und eine bessere Interoperabilität zwischen den Anbietern, Verwaltern und Nutzern von Daten zu sorgen.

In den letzten Jahren wurde im Rahmen einiger Initiativen überprüft, wie bestehende Datengrundsätze und -standards auf nicht-traditionelle Datenquellen wie Massendaten ausgeweitet werden könnten. Der Schwerpunkt liegt auf neuen Datenstandards, die auf den bestehenden aufbauen, damit sie von öffentlichen wie privaten Interessenträgern leichter übernommen und rasch umfassend angewandt werden.

Der Weg nach vorn beginnt in Kapstadt

Das im Januar 2017 in Kapstadt (Südafrika) abgehaltene erste Weltforum der Vereinten Nationen war der Startschuss für einige Initiativen in diesem Bereich. Es bot zudem eine Plattform für die Vorlage und Überprüfung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung. Der Plan wurde von Mitgliedern der amtlichen Statistiksysteme und anderen Gruppen, einschließlich aus der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und der Wissenschaft, erarbeitet und von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen auf ihrer achtundvierzigsten Tagung angenommen. Der Plan gibt strategische Anleitung für die Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen zum Aufbau statistischer Kapazitäten, die von den Ländern selbst getragen werden und zur Verwirklichung der Agenda 2030 erforderlich sind, und umfasst die nachstehenden sechs strategischen Aktionsbereiche.

Globaler Aktionsplan von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung

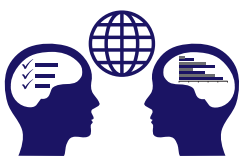
Sechs strategische Bereiche:

- ▶ Koordinierung und strategische Führung in Bezug auf Daten zur nachhaltigen Entwicklung
- ▶ Erneuerung und Modernisierung nationaler Statistiksysteme
- ▶ Stärkung grundlegender statistischer Aktivitäten und Programme
- ▶ Verbreitung und Nutzung von Daten
- ▶ Multi-Akteur-Partnerschaften
- ▶ Mobilisierung und Koordinierung von Ressourcen

Vollständiger Globaler Aktionsplan von Kapstadt in Englisch verfügbar unter:

<https://unstats.un.org/sdgs/hlg/Cape-Town-Global-Action-Plan>

Die Welt durch Daten verstehen



Anschauliche visuelle Informationen erleichtern die Erschließung und Verarbeitung von Daten für eine sachlich fundierte Entscheidungsfindung und Interessenvertretung. Die Visualisierung von Daten und die Verwendung von Geschichten

können Nutzern die Daten zur nachhaltigen Entwicklung näherbringen und ihnen ermöglichen, Muster und Querverbindungen in der heute verfügbaren Fülle von Daten und Statistiken zu entdecken, zu verstehen und zu erklären.

Es gibt heute eine Vielzahl kommerzieller wie quelloffener Rahmen und Instrumente für die Veranschaulichung von Daten. Um sie zu nutzen, müssen nationale Statistiksysteme mit diversen Gemeinschaften von Datenwissenschaftlern und -analysten zusammenwirken, die bereit sind, ihr Fachwissen in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung zu stellen.

Die Datennutzer benötigen außerdem Hilfe dabei, aus der überwältigenden Daten- und Informationsflut, die ihnen tagtäglich begegnet, sinnvolle Schlüsse zu ziehen. Dies lässt sich durch eine verstärkte sektorübergreifende Zusammenarbeit und Weiterbildung der Nutzer erreichen. Des Weiteren müssen die politischen Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit ihre Datenkompetenz erhöhen. Beispielsweise sind das Nationale Statistikinstitut Ruandas und die Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS21) eine Partnerschaft eingegangen, um Schulungen für lokale Hörfunk-, Fernseh-, Presse- und Online-Journalisten wie auch für den Exekutivsekretär des Hohen Medien-Rates Ruandas abzuhalten.

Grundsätze und Steuerung des Umgangs mit Daten



Standards und bewährte Verfahren für den Umgang mit Daten müssen sich parallel zu den verfügbaren Technologien und den Bedürfnissen der Nutzer entwickeln. Die Entwickler und Nutzer

von Daten müssen daher in ständiger Interaktion stehen, im Bewusstsein des Politikkontexts für das Datenökosystem für die Nachhaltigkeitsziele. So sind beispielsweise neue offene Rahmen

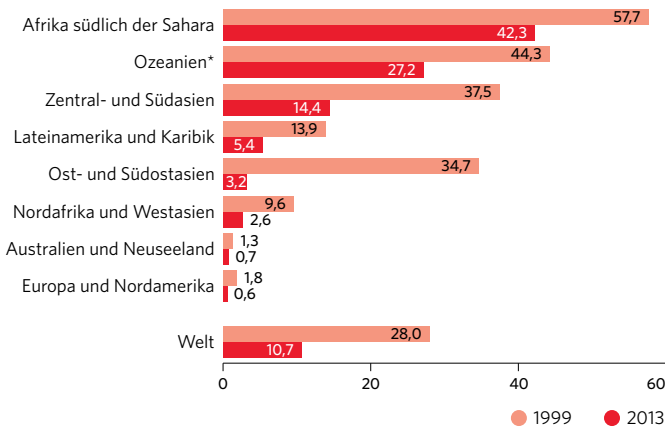


Ziel 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Der Grundgedanke der nachhaltigen Entwicklung besteht darin, Menschen überall auf der Welt so zu unterstützen, dass sie sich aus der Armut in allen ihren Erscheinungsformen befreien können. Der Schwerpunkt des Ziels 1 liegt auf der Beendigung der Armut durch ineinandergreifende Strategien, darunter die Förderung von Sozialschutzsystemen, menschenwürdiger Beschäftigung und der Resilienz der Armen. Zwar wurde seit 2000 der Anteil der extremen Armut weltweit um mehr als die Hälfte gesenkt, doch muss noch mehr getan werden, um das Einkommen der weiter in Armut lebenden Menschen, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, zu erhöhen, ihre Not zu lindern und ihre Resilienz zu stärken. Sozialschutzsysteme müssen erweitert werden, und in katastrophengefährdeten Ländern, die oft zu den ärmsten Ländern der Welt zählen, gilt es Risiken zu mindern.



Anteil der Bevölkerung, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag lebt – 1999 und 2013 (in Prozent)

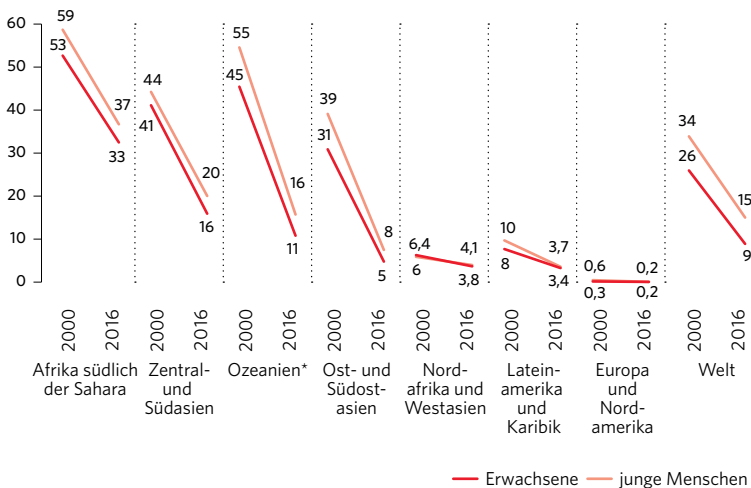


Anmerkung: Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.

Seit 1999 sind zwar fast eine Milliarde Menschen der extremen Armut entkommen, 750 Millionen Menschen jedoch noch nicht

Die internationale Armutsgrenze liegt derzeit bei 1,90 US-Dollar pro Kopf und Tag (Kaufkraftparität von 2011). 2013 lebten circa 767 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, während es 1999 noch 1,7 Milliarden waren. Damit ist der Anteil der extremen Armut zwischen 1999 und 2013 von weltweit 28 auf 11 Prozent gefallen. Die Fortschritte waren in Ost- und Südostasien am größten, wo 1999 noch 35 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut lebten, 2013 hingegen 3 Prozent. In Afrika südlich der Sahara lebten trotz sinkender Armutsrate 2013 noch immer 42 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut. Tatsächlich lebten in dieser Region fast die Hälfte der ärmsten Menschen weltweit, und zusammen mit Südasien waren es 2013 über 80 Prozent.

Anteil der Beschäftigten, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben – gesamt, junge Menschen und Erwachsene – 2000 und 2016 (in Prozent)



Anmerkung: „Erwachsene“ bezeichnet Menschen ab 25 Jahren, „junge Menschen“ die 15- bis 24-Jährigen.

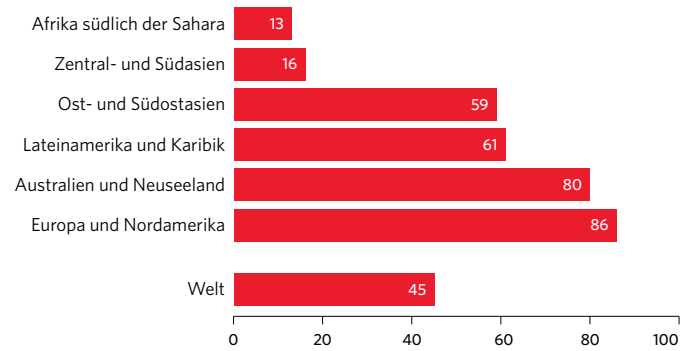
Die Erwerbsarmut ist zwar gesunken, in vielen Regionen jedoch noch immer allgegenwärtig, und sie betrifft unverhältnismäßig viele junge Menschen

Weil Chancen auf menschenwürdige Arbeit fehlen, leben weltweit viele Arbeitende in extremer Armut. Fast 10 Prozent aller Beschäftigten weltweit mussten mit ihren Familien mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Kopf und Tag auskommen. Seit 2000 ist der Anteil der Erwerbsarmen zwar von 28 Prozent um mehr als die Hälfte gesunken, liegt aber in einigen Regionen noch immer hoch. In Afrika südlich der Sahara lebten 2016 noch immer 34 Prozent der Arbeitenden und ihre Familien in extremer Armut. Junge Menschen sind wesentlich stärker von Erwerbsarmut betroffen als Erwachsene: 2016 lebten weltweit 15 Prozent der jungen, hingegen 9 Prozent der erwachsenen Arbeitsbevölkerung unter der internationalen Armutsgrenze. Dieses Muster findet sich in fast allen Regionen.

Nicht einmal die Hälfte der Weltbevölkerung ist von wenigstens einem Sozialschutzsystem erfasst

Beim Schutz der Schwächsten kommt Sozialschutzsystemen eine wichtige Rolle zu. Sie sind unverzichtbar, um Armut und Ungleichheit in allen Lebensphasen zu verhüten und zu verringern. Leistungen für Kinder, Mütter mit Neugeborenen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, arme Menschen und Arbeitslose tragen dazu bei, dass niemand zurückgelassen wird. Vorläufige Daten zeigen, dass 2016 nur 45 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu wenigstens einer Barleistung aus Sozialschutzsystemen hatten und dass dieser Anteil zwischen Ländern und Regionen stark variierte. Am geringsten war der Schutz in Afrika südlich der Sahara, wo etwa 13 Prozent der Bevölkerung von wenigstens einer Sozialschutzleistung erfasst waren, während es in Europa und Nordamerika 86 Prozent waren.

Anteil der Bevölkerung, der von wenigstens einer Sozialschutzleistung erfasst ist – 2016 (in Prozent)

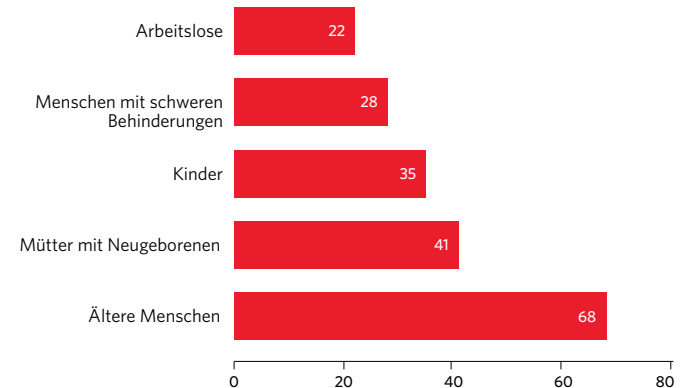


Anmerkung: Die Erfassung bezieht sich auf die durch Beitragssysteme geschützten Personen zuzüglich der Empfänger von beitragsgebundenen und nicht beitragsgebundenen Leistungen, ausgedrückt als Anteil an der Gesamtbevölkerung. Die für Nordafrika, Westasien und Ozeanien* verfügbaren Daten erfassten nur einen geringen Anteil der Bevölkerung und sind daher nicht aufgeführt.

Der soziale Schutz fällt je nach Art der Leistung sehr unterschiedlich aus, und viele schwächere Gruppen bleiben zurück

2016 erhielten 68 Prozent der Menschen im Ruhestandsalter eine Altersrente. Hinter diesem globalen Durchschnitt verbergen sich jedoch große regionale Unterschiede. In Afrika südlich der Sahara lag ihr Anteil 2016 bei nur 22 Prozent, während die Alterssicherung in Europa und Nordamerika fast universell war. Auch für andere schwächere Gesellschaftsgruppen fehlt Sozialschutz. So erhielten 2016 weltweit nur 22 Prozent der Arbeitslosen ein Arbeitslosengeld, 28 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen eine Invalidenrente, 35 Prozent der Kinder sozialen Schutz und 41 Prozent der werdenden Mütter Mutterschutz.

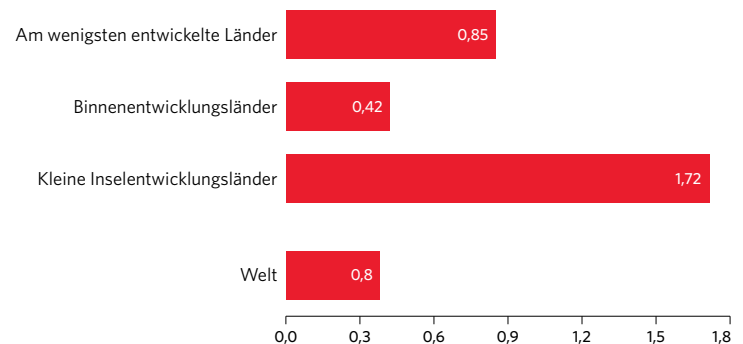
Anteil der Weltbevölkerung, der durch sozialen Basisschutz/Sozialschutzsysteme unterschiedlicher Art erfasst ist – 2016 (in Prozent)



Wahrscheinlichkeitsmodelle prognostizieren für die kleinen Inselentwicklungsländer überproportionale wirtschaftliche Verluste durch Katastrophen

In den am stärksten von Naturgefahren betroffenen Ländern liegen Schlüsselstrategien zur Beendigung der extremen Armut darin, die Resilienz der Armen zu steigern und das Katastrophenrisiko stärker zu mindern. Derzeit verursachen diese Gefahren wirtschaftliche Verluste von durchschnittlich 250 bis 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Schätzungen der künftigen Verluste anhand des mittleren Jahresverlusts (AAL – average annual loss) lassen erwarten, dass die höchsten Verluste vor allem in größeren Volkswirtschaften anfallen werden. Kleinere und besonders gefährdete Länder, insbesondere die kleinen Inselentwicklungsländer, werden jedoch im Verhältnis zur Größe ihrer Wirtschaft unverhältnismäßig stark betroffen sein. Die Verringerung des Katastrophenrisikos, insbesondere in den am stärksten gefährdeten Ländern, sollte stärker gefördert werden.

Mittlerer Jahresverlust im Verhältnis zum BIP 2013 (in Prozent)



Anmerkung: Der mittlere Jahresverlust ist der erwartete/künftige Wert des wirtschaftlichen Verlusts, annualisiert anhand probabilistischer Gefahrenmodelle, die über lange Zeiträume hinweg alle potenziellen Schadensfälle durch Naturgefahren (Erbeben, Wirbelstürme, Sturmfluten und Tsunamis) nach Schwere und Häufigkeit berücksichtigen.



Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Ziel 2 befasst sich mit einem menschlichen Grundbedarf – dem Zugang zu nahrhaften, gesunden Nahrungsmitteln – und der Frage, wie dieser Bedarf für alle nachhaltig gedeckt werden kann. Hunger lässt sich nicht allein durch höhere Nahrungsmittelproduktion bekämpfen. Gut funktionierende Märkte, höhere Einkommen für Kleinbauern, gleicher Zugang zu Technologie und Grund und Boden sowie zusätzliche Investitionen tragen allesamt zur Schaffung eines dynamischen und produktiven Agrarsektors bei, der Ernährungssicherheit schafft.



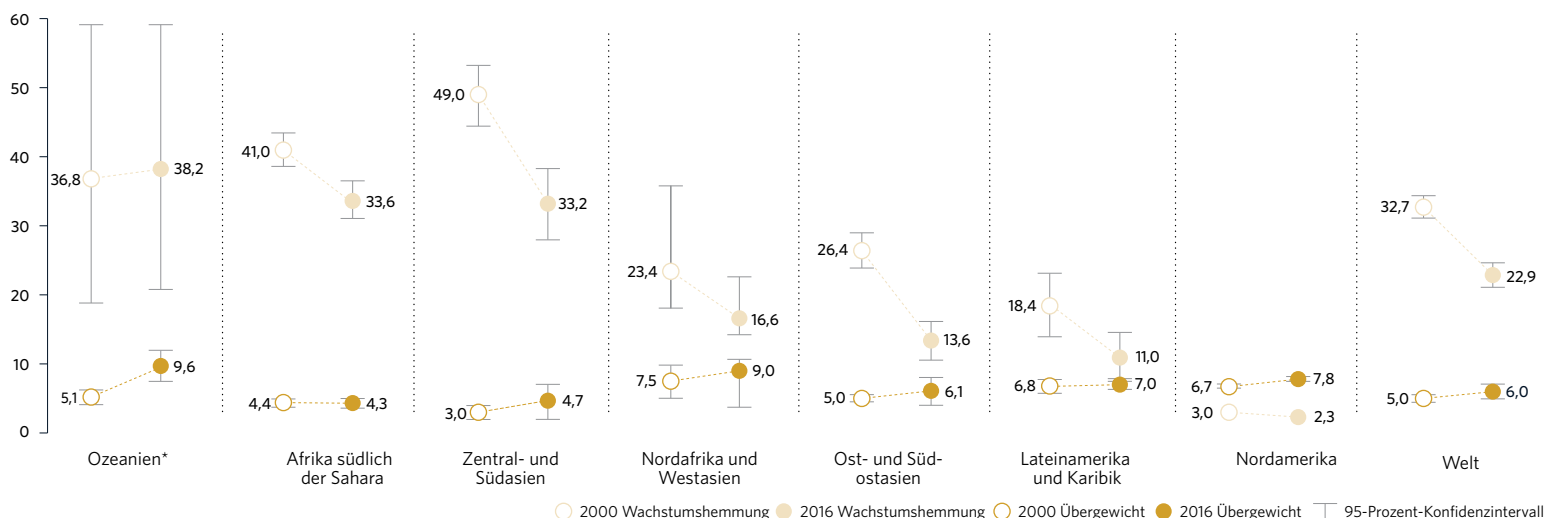
Bestürzend viele Kinder unter 5 Jahren sind fehlernährt

Viel zu viele Kinder unter 5 Jahren leiden unter Wachstumshemmung, Auszehrung oder Übergewicht – alles Ausprägungen von Fehlernährung. Dies erhöht ihr Risiko, an einfachen Infektionen zu sterben, beeinträchtigt ihre kognitive Entwicklung und macht sie später im Leben anfälliger für nicht übertragbare Krankheiten.

2016 waren ca. 155 Millionen Kinder unter 5 Jahren von Wachstumshemmung betroffen (das heißt, sie waren für ihr Alter zu klein), während es 2000 noch 198 Millionen waren. Damit fiel ihr weltweiter Anteil im selben Zeitraum von 32,7 Prozent auf 22,9 Prozent. 2016 lebten drei Viertel dieser Kinder in Südasien oder in Afrika südlich der Sahara.

2016 waren weltweit ca. 52 Millionen Kinder unter 5 Jahren von Auszehrung betroffen (das heißt, sie waren für ihre Größe zu leicht); weltweit lag die Quote bei 7,7 Prozent und mit 14,9 Prozent in Zentral- und Südasien am höchsten. Mehr als die Hälfte aller Kinder mit Auszehrung (27,6 Millionen) lebten in Südasien. Am anderen Ende des Spektrums der Fehlernährung liegt das Übergewicht, das in vielen Regionen ansteigt. Die Zahl der übergewichtigen Kinder unter 5 Jahren wuchs weltweit von 30 Millionen (5 Prozent) im Jahr 2000 auf 41 Millionen (6 Prozent) im Jahr 2016. Ihr Anteil lag 2016 in Ozeanien ohne Australien und Neuseeland mit 9,6 Prozent, in Nordafrika und Westasien mit 9 Prozent und in Nordamerika mit 7,8 Prozent am höchsten.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Übergewicht oder Wachstumshemmung – 2000 und 2016 (in Prozent)



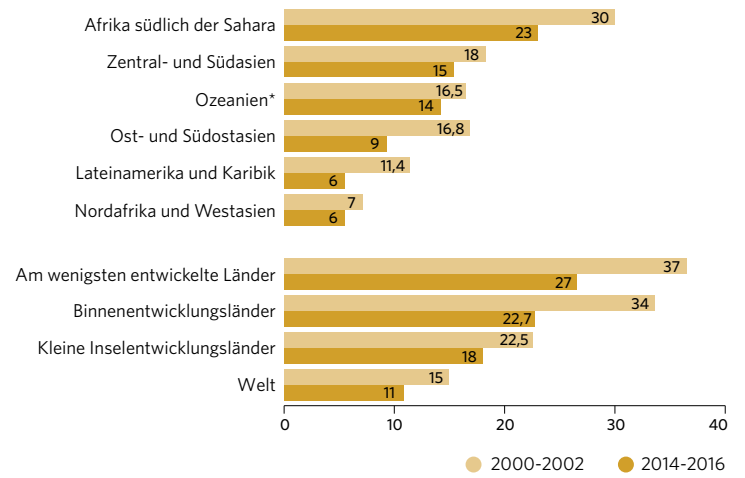
Anmerkung: Die Daten zum Übergewicht für Zentral- und Südasien für 2016 erfassen fortlaufend einen geringen Teil der Population. Für Nordamerika beruht der regionale Durchschnittswert für Wachstumshemmung nur auf Daten aus den Vereinigten Staaten von Amerika, weswegen keine Konfidenzintervalle verfügbar sind.

Ohne raschere Fortschritte wird es auch noch nach 2030 Hunger geben

Mit dem derzeitigen Tempo ist das „Null-Hunger“-Ziel trotz der seit 2000 erzielten großen Erfolge nicht bis 2030 zu erreichen. Der Anteil der Unterernährten sank weltweit von 15 Prozent 2000-2002 auf etwa 11 Prozent 2014-2016. In den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern gab es die größten Fortschritte. Dennoch hungert noch immer jeder Vierte.

Weltweit waren zwischen 2014 und 2016 rund 793 Millionen Menschen unterernährt, gegenüber 930 Millionen zwischen 2000 und 2002. Mit etwa 281 Millionen Unterernährten ist das Problem in Südasien am größten. In Afrika südlich der Sahara ist der Anteil der Hungernden seit 2000 um 7 Prozent gesunken. Dennoch ist die Zahl der Unterernährten in dieser Region aufgrund des starken Bevölkerungswachstums um 16 Millionen auf 218 Millionen gestiegen. Im Zeitraum 2014-2016 lebten in diesen beiden Regionen 63 Prozent aller Unterernährten weltweit.

Anteil der Unterernährten – 2000-2002 und 2014-2016 (in Prozent)



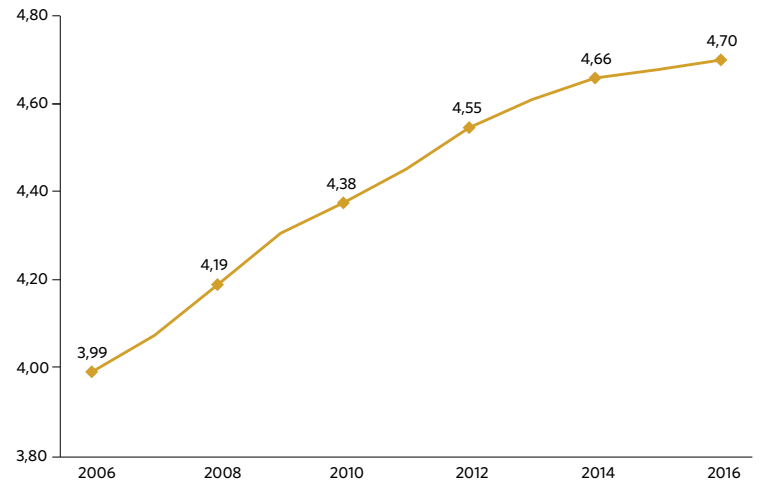
Anmerkung: In Australien und Neuseeland und in Europa und Nordamerika liegt die Hungerprävalenz unter 5 Prozent.

Zur Erreichung der Zielvorgabe, bis 2020 die genetische Vielfalt zu bewahren, muss mehr getan werden

Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen sind für Zuchterfolge ebenso unerlässlich wie für die Steigerung der Fähigkeit zur Anpassung an Umweltveränderungen und Veränderungen des menschlichen Bedarfs. Zudem könnten die Bewahrung und Konservierung des genetischen Materials lebender Pflanzen und Tieren dem Aussterben entgegenwirken.

Ende 2016 lagerten in 602 Genbanken in 82 Ländern und in 14 regionalen und internationalen Zentren 4,7 Millionen Saatgutproben und anderes pflanzengenetisches Material. In den vergangenen 11 Jahren wuchsen die Bestände der Genbanken langsamer. Nach Angaben aus 128 Ländern wurde zwar tiergenetisches Material für 15 Prozent der nationalen Zuchtpopulationen kryokonserviert, doch reicht das gelagerte Material nur zur Wiederherstellung von 7 Prozent dieser Populationen. Die Konservierung der entsprechenden Ressourcen muss rasch besser werden, um die Zielvorgabe zu erreichen.

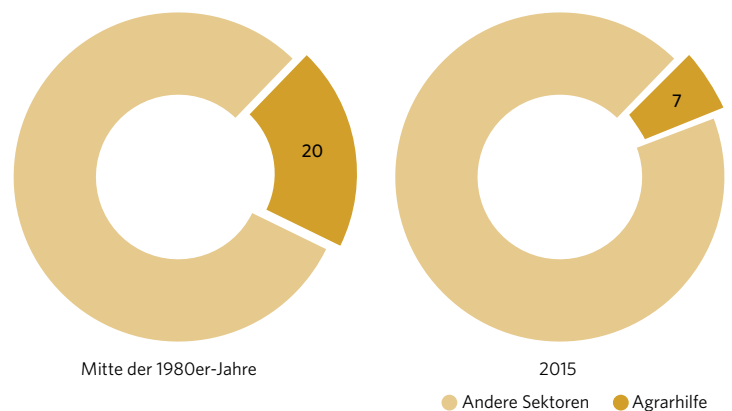
Zahl der Akzessionen pflanzengenetischer Ressourcen in Erhaltungseinrichtungen zur mittel- bis langfristigen sicheren Lagerung – 2006-2016 (in Millionen)



Ausländische wie inländische öffentliche Agrarinvestitionen liegen zurück

Investitionen in die Landwirtschaft gelten allgemein als eines der wirksamsten Mittel gegen Armut, für bessere Ernährungssicherheit und gegen Hunger und Fehlernährung. Dennoch sind die ausländischen wie auch die inländischen öffentlichen Agrarinvestitionen rückläufig. Der Anteil der Agrarhilfe an der sektoral zuordenbaren Hilfe der Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD/DAC) ist von fast 20 Prozent Mitte der 1980er Jahre auf nur 7 Prozent im Jahr 2015 gefallen. Dieser Anteil ist schon seit Ende der 1990er Jahre unverändert, da Finanzmittel heute statt in Infrastruktur und Produktion stärker in soziale Sektoren fließen. Auch die Staatsausgaben für den Agrarsektor entsprachen nicht dem Anteil des Sektors am BIP. Der globale Agrarorientierungsindex, also das Verhältnis des Agraranteils an den Staatsausgaben zum Agraranteil am BIP, fiel von 0,38 im Jahr 2001 auf 0,24 im Jahr 2013 und auf 0,21 im Jahr 2015.

Anteil der Agrarhilfe an der gesamten sektoral zuordenbaren OECD/DAC-Hilfe – Mitte der 1980er-Jahre und 2015 (in Prozent)



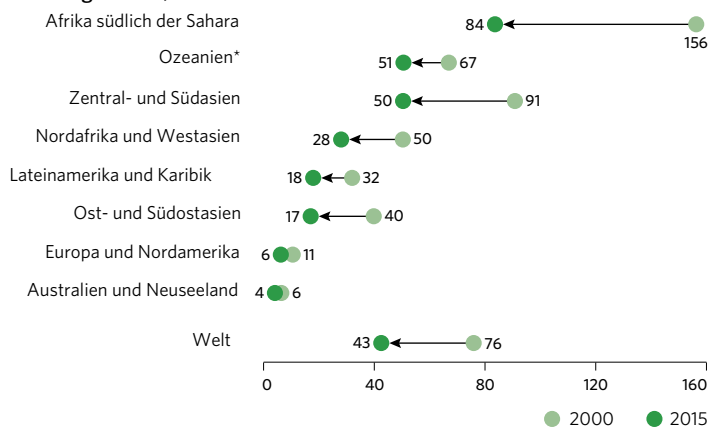


Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

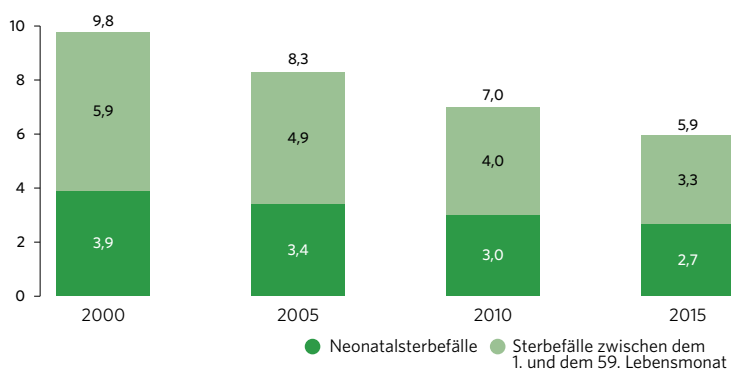
In den letzten 15 Jahren haben sich die reproduktive Gesundheit und die Gesundheit von Müttern und Kindern deutlich verbessert. Die Inzidenz übertragbarer Krankheiten ist ebenso zurückgegangen wie die Zahl vorzeitiger Todesfälle durch nichtübertragbare Krankheiten. Durch eine bessere Versorgung im Bereich der Mütter- und der reproduktiven Gesundheit, Programme für die gezielte Beseitigung und Bekämpfung von Krankheiten, einschließlich einer höheren Behandlungs- und Impfdichte, und mehr Finanzmittel für medizinische Forschung und Basisgesundheitsdienste in Entwicklungsländern sind Gesundheitsdienste leistungsfähiger geworden. Zur Erfüllung der Zielvorgaben für 2030 müssen diese Interventionen jedoch erweitert werden, vor allem in den Regionen mit der höchsten Krankheitslast.



Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren – 2000 und 2015 (Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten)



Anzahl der weltweiten Sterbefälle in den ersten 28 Lebenstagen (Neonatalsterbefälle) und zwischen dem ersten und dem 59. Lebensmonat – 2000-2015 (in Millionen)



Anmerkung: Aufgrund von Auf- oder Abrundung der Einzelwerte ergibt sich nicht immer die angegebene Gesamtsumme.

Die Kindersterblichkeit ist seit 2000 rasch gefallen, doch muss die Neugeborenensterblichkeit schneller gesenkt werden

Bei der Verringerung der Kindersterblichkeit wurden erhebliche Fortschritte erzielt. 2015 lag die globale Sterblichkeitsrate für Kinder unter 5 Jahren bei 43 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten – ein Rückgang um 44 Prozent seit 2000. Damit starben 2015 5,9 Millionen Kinder unter 5 Jahren, während es 2000 noch 9,8 Millionen waren. Die Unterschiede sind jedoch trotz der in allen Regionen erzielten Fortschritte nach wie vor erheblich. Afrika südlich der Sahara hatte auch 2015 mit 84 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten die höchste Sterblichkeitsrate für Kinder unter 5 Jahren; sie lag etwa doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt.

Kinder sind in den ersten 28 Lebenstagen (als Neugeborene) am stärksten gefährdet. Um die Kindersterblichkeit noch weiter zu verringern, muss dieser entscheidenden Lebensphase, für die sich Fortschritte langsamer einstellen, mehr Aufmerksamkeit gelten. 2015 lag die Sterblichkeitsrate von Neugeborenen weltweit bei 19 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten und damit um 37 Prozent niedriger als 2000. 2015 starben etwa 2,7 Millionen Kinder im ersten Lebensmonat. Die Neugeborenensterblichkeit war 2015 in Zentral- und Südasien und in Afrika südlich der Sahara mit je 29 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten weiter am höchsten.

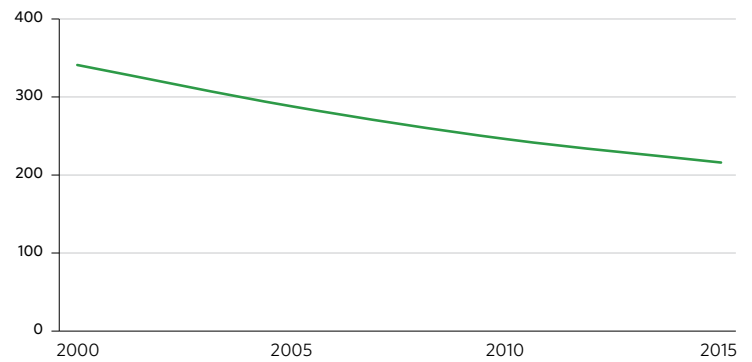
Aufgrund des geringeren Fortschritts bei Neugeborenen stieg deren Anteil an allen Todesfällen bei Kindern unter fünf Jahren von 40 Prozent im Jahr 2000 auf 45 Prozent im Jahr 2015. Durch eine hochwertige Versorgung von Mutter und Kind im Umfeld der Geburt ließen sich schätzungsweise 40 Prozent der Todesfälle von Neugeborenen vermeiden.

Um die Zielvorgabe für 2030 zu erreichen, muss die Müttersterblichkeit doppelt so rasch gesenkt werden

2015 starben weltweit ca. 303.000 Frauen an Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt. Damit lag die globale Müttersterblichkeitsrate 2015 bei 216 Todesfällen je 1.000.000 Lebendgeburten, also um 37 Prozent niedriger als 2000. Zur Erreichung der Zielvorgabe, die weltweite Müttersterblichkeit bis 2030 auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten zu senken, muss der Rückgang weltweit jedes Jahr mindestens 7,5 Prozent betragen, also mehr als doppelt so hoch liegen wie zwischen 2000 und 2015.

Die meisten Todesfälle bei Müttern lassen sich durch Schwangerenvorsorge und eine fachkundige Betreuung der Entbindung sowie durch Betreuung und Unterstützung in den Wochen nach der Geburt verhindern. In Afrika südlich der Sahara fand 2016 nur bei der Hälfte der Lebendgeburten eine fachkundige geburtshilfliche Betreuung statt.

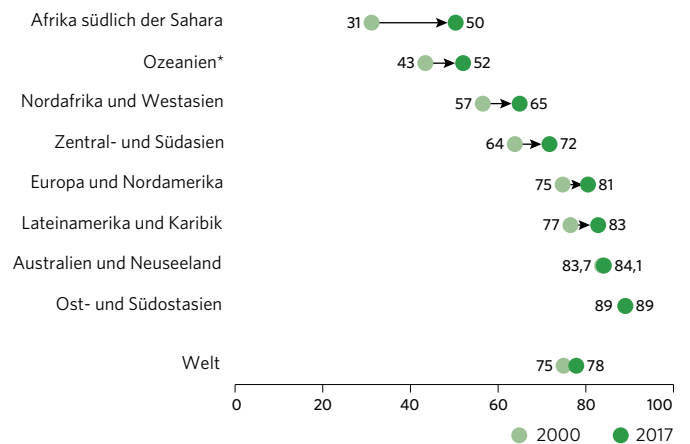
Müttersterblichkeitsrate weltweit – 2000-2015 (Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten)



Trotz Fortschritten nutzen in Afrika südlich der Sahara und Ozeanien* nur die Hälfte der verheirateten Frauen moderne Familienplanungsmethoden

Für weitere Verbesserungen der Gesundheit und des Wohlergehens von Frauen und Kindern ist ein universeller Zugang zu Familienplanung zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften unverzichtbar. Schätzungen zufolge konnten 2017 weltweit 78 Prozent der verheirateten oder in Partnerschaft lebenden Mädchen und Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) ihren Familienplanungsbedarf durch moderne Verhütungsmethoden decken. Hinter diesem globalen Durchschnittswert verbergen sich große regionale Unterschiede. So nutzten 2017 in Afrika südlich der Sahara und in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) schätzungsweise die Hälfte der verheirateten oder in Partnerschaft lebenden Frauen mit Familienplanungsbedarf keine modernen Verhütungsmethoden. Selbst dies ist jedoch in Afrika südlich der Sahara ein großer Fortschritt, denn dort konnten seit 2000 zusätzliche 19 Prozent der verheirateten oder in Partnerschaft lebenden Frauen diesen Bedarf durch moderne Methoden decken.

Anteil der 15-49-jährigen verheirateten oder in Partnerschaft lebenden Frauen, die ihren Familienplanungsbedarf durch moderne Verhütungsmethoden decken können – 2000 und 2017 (Schätzung) (in Prozent)

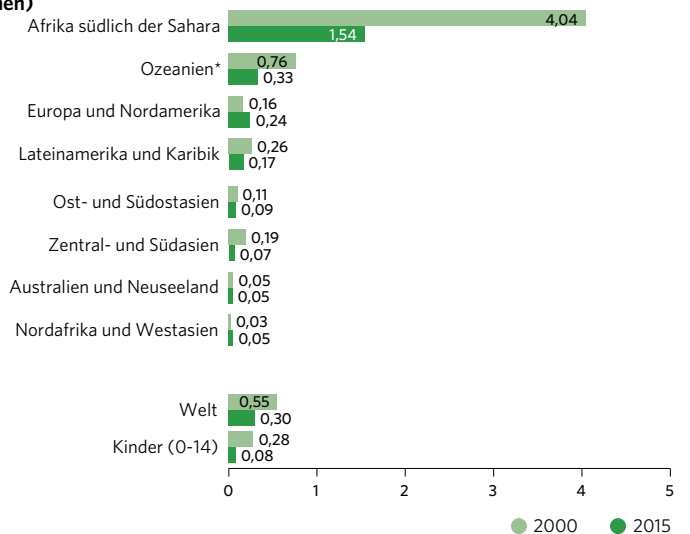


Programme für die gezielte Beseitigung und Bekämpfung von Krankheiten verringern Neuinfektionen mit übertragbaren Krankheiten

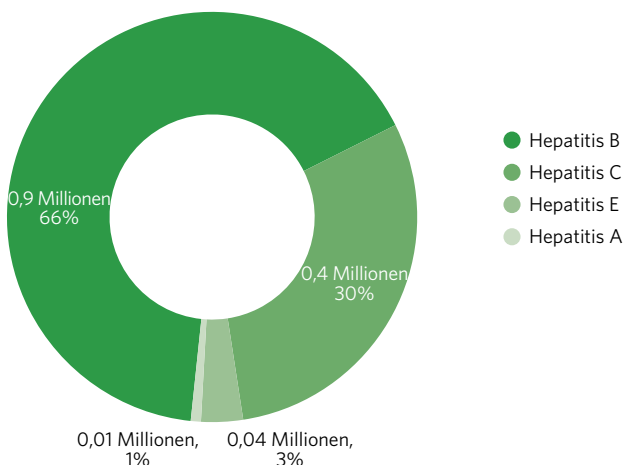
2015 haben sich weltweit ca. 2,1 Millionen Menschen neu mit dem HIV infiziert. Dies entspricht 0,3 Neuinfektionen je 1.000 HIV-negativer Menschen und stellt einen Rückgang um 46 Prozent seit 2000 dar. Dank der raschen Ausweitung des Zugangs zu antiretroviralen Medikamenten zur Prävention der Mutter-Kind-Übertragung ist die HIV-Neuinfektionsrate bei Kindern unter 15 Jahren zwischen 2000 und 2015 um 72 Prozent zurückgegangen. In Afrika südlich der Sahara ist die Neuinfektionsrate seit 2000 um 62 Prozent gesunken. Dennoch hatte diese Region mit 1,5 Neuinfektionen je 1.000 HIV-negativer Menschen auch 2015 die höchste HIV-Inzidenz.

Programme für die gezielte Beseitigung und Bekämpfung von Krankheiten halfen auch die Inzidenz anderer übertragbarer Krankheiten zu verringern. So ist die Tuberkuloseinzidenz 2015 mit 142 neuen Fällen je 100.000 Menschen gegenüber 2000 um 17 Prozent gesunken. Die globale Malaria-Inzidenzrate lag 2015 bei 94 Fällen je 1.000 Gefährdeten; ein Rückgang um 41 Prozent seit 2000. Eine Massen- oder Einzelbehandlung und -betreuung wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten war 2015 für 1,6 Milliarden Menschen, also 21 Prozent weniger als 2010, erforderlich.

Inzidenzrate für HIV – 2000 und 2015 (neue Fälle je 100.000 HIV-negative Menschen)



Anzahl und Anteil der auf eine Hepatitis-Virusinfektion zurückgeführten Todesfälle – 2015 (in Millionen und in Prozent)

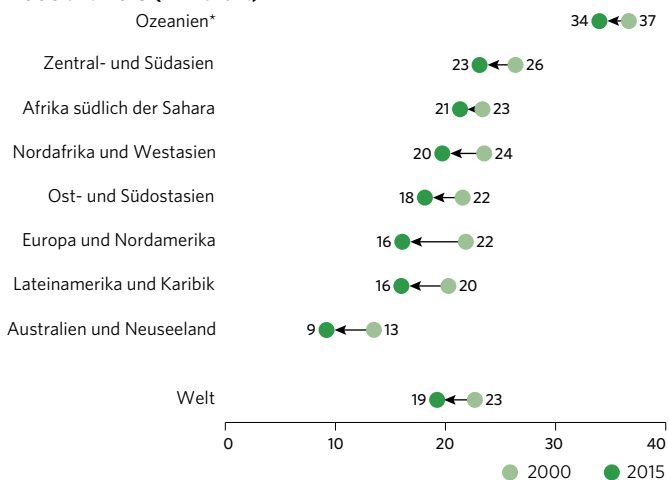


Mehr Menschen sterben an Hepatitis, doch die Inzidenz geht durch die Impfung von Säuglingen gegen Hepatitis B stark zurück

Unbehandelte chronische Virushepatitis kann lebensbedrohlich verlaufen. Von 2000 bis 2015 stieg die Gesamtzahl der Hepatitis-Todesfälle um 22 Prozent auf ca. 1,34 Millionen. Etwa 900.000 dieser Fälle gingen auf Hepatitis-B-Infektionen zurück. Nur ein besserer Zugang zu Hepatitis-Tests und -Behandlung kann den Anstieg der Sterblichkeit beenden. 2015 wurden von den ca. 257 Millionen mit Hepatitis B Infizierten nur 9 Prozent diagnostiziert und von diesen nur 8 Prozent behandelt.

Eine höhere Impfdichte ermöglichte einen frühen Erfolg im weltweiten Kampf gegen die Virushepatitis. 2015 wurden 84 Prozent der Einjährigen gegen Hepatitis B geimpft, gegenüber nur 29 Prozent im Jahr 2000. Damit lag die globale Prävalenz einer Hepatitis-B-Virusinfektion bei unter Fünfjährigen 2015 bei 1,3 Prozent und damit deutlich unter dem Wert von 4,7 Prozent in der Zeit vor der Impfung (1980er bis frühe 2000er Jahre).

Wahrscheinlichkeit, im Alter zwischen 30 und 70 Jahren an Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen, chronischen Erkrankungen der Atemwege oder Diabetes zu sterben – 2000 und 2015 (in Prozent)

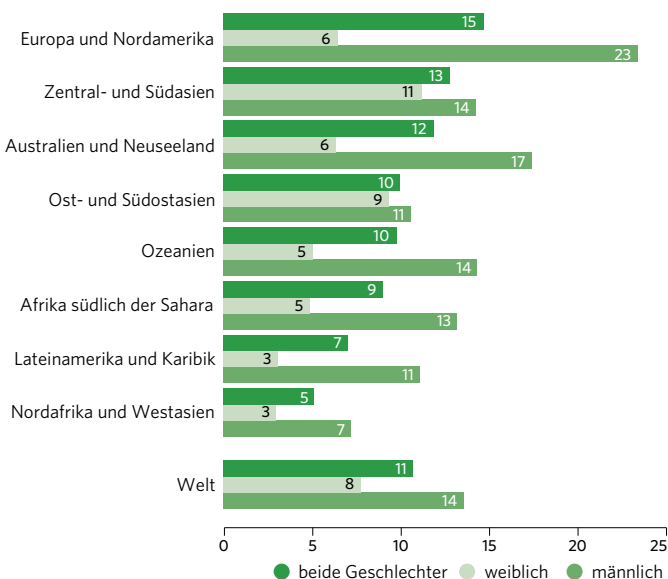


Die durch Krebs-, Herz- und chronische Atemwegserkrankungen und Diabetes verursachten vorzeitigen Todesfälle gehen zurück, jedoch nicht rasch genug, um die Zielvorgabe für 2030 zu erfüllen

Weltweit starben 2015 schätzungsweise 30 Millionen Menschen vorzeitig, also vor Vollendung ihres 70. Lebensjahrs. Über die Hälfte dieser Todesfälle (56 Prozent) wurden nichtübertragbaren Krankheiten zugeschrieben; über drei Viertel (13 Millionen) entfielen auf Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen, Diabetes und chronische Erkrankungen der Atemwege. Das Risiko, im Alter zwischen 30 und 70 Jahren an einer dieser vier Krankheiten zu sterben, sank zwischen 2000 und 2015 von 23 auf 19 Prozent. Doch auch diese großen Fortschritte reichen nicht, um die Frühsterblichkeit aufgrund dieser vier nichtübertragbaren Krankheiten gemäß der Zielvorgabe bis 2030 um ein Drittel zu senken.

In Ozeanien ohne Australien und Neuseeland war das Risiko, vorzeitig an einer dieser vier Krankheiten zu sterben, 2015 mit 34 Prozent am höchsten. Viele dieser Todesfälle ließen sich durch geringeren Tabak- und Alkoholkonsum, die Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Betätigung und eine allgemeine Gesundheitsversorgung vermeiden.

Suizidsterblichkeit, nach Geschlecht – 2015 (Todesfälle je 100.000 Menschen)



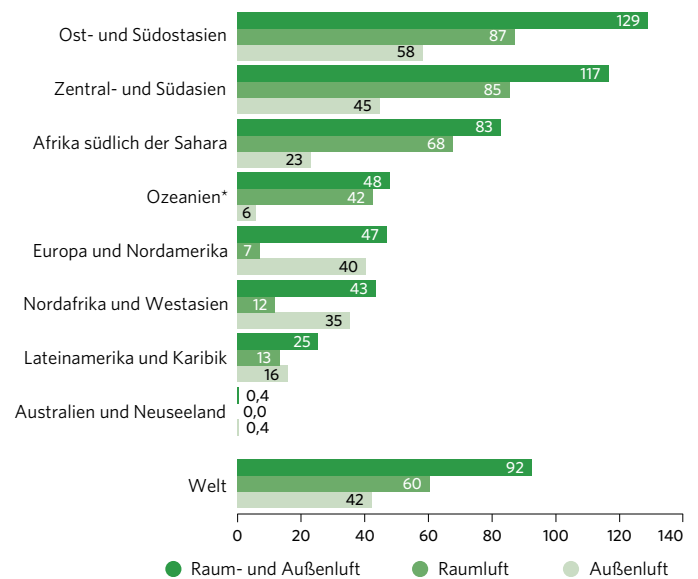
Für Männer besteht ein höheres Selbstmordrisiko

Psychische Erkrankungen, darunter Depression, können zu Selbstmord führen. 2015 wurden annähernd 800.000 Selbstmorde verzeichnet, was einer jährlichen globalen Rate von 11 Fällen je 100.000 Menschen entspricht. Männer begehen etwa doppelt so häufig Selbstmord wie Frauen. 2015 lag die Suizidsterblichkeit bei 14 Fällen je 100.000 Männern gegenüber 8 Fällen je 100.000 Frauen. Dieser geschlechtsbedingte Unterschied besteht in allen Regionen, wobei der relative Unterschied in Europa und Nordamerika sowie in Lateinamerika und der Karibik am größten ist. In diesen Regionen begehen Männer viermal häufiger Selbstmord als Frauen. Im Gegensatz dazu ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern in Zentral- und Südasien sowie in Ost- und Südostasien wegen der deutlich höheren Selbstmordraten bei Frauen in diesen beiden Regionen wesentlich geringer. Weltweit gehört Selbstmord zu den führenden Todesursachen von Männern und Frauen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren.

Raum- und Außenluftverschmutzung stellen große umweltbedingte Gesundheitsrisiken dar

Die Verschmutzung der Raumluft ebenso wie der Außenluft erhöht das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfällen, chronischen obstruktiven Lungenerkrankungen, Lungenkrebs und akuten Atemwegsinfektionen. 2012 starben weltweit ca. 4,3 Millionen Menschen aufgrund von Raumluftverschmutzung durch das Kochen mit ineffizienten Brennstoffen und Technologien. Die höchsten Sterblichkeitsraten aufgrund von Raumluftverschmutzung finden sich in den meisten Teilen Asiens und Afrikas südlich der Sahara, wo sie zwischen 68 und 87 Todesfällen je 100.000 Menschen gegenüber 60 weltweit liegen. Frauen und Kleinkinder, die in der Regel mehr Zeit in geschlossenen Räumen und in Herdnähe verbringen, sind der Raumluftverschmutzung besonders stark ausgesetzt. Die durch Verkehr, Industrie, Stromerzeugung, die Verbrennung von Abfällen und Brennstoffen im Haushalt verursachte Verschmutzung der Außenluft führte zu ca. 3 Millionen Todesfällen.

Auf die Verschmutzung von Raum- und Außenluft zurückführbare Sterblichkeitsrate – 2012 (Todesfälle je 100.000 Menschen)

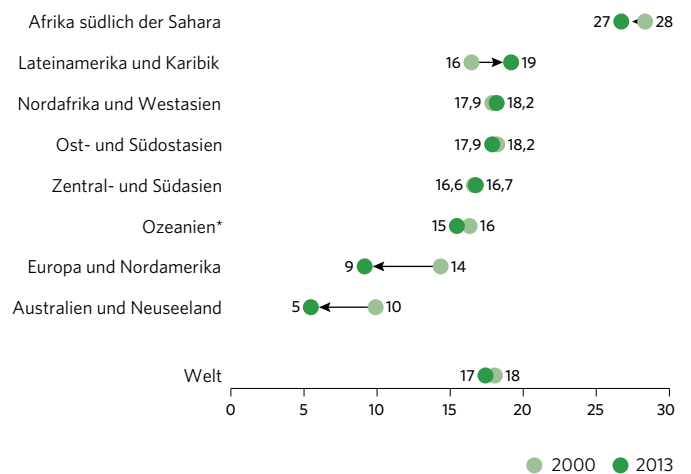


Die Zahl der Verkehrstoten ist seit 2000 gestiegen, jedoch langsamer als die Zahl der Fahrzeuge

Die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen bis 2020 zu halbieren, ist angesichts des weltweiten drastischen Anstiegs der Fahrzeugzulassungen zwischen 2000 und 2013 (um 90 Prozent) ein ambitioniertes Ziel. 2013 starben 1,25 Millionen Menschen im Straßenverkehr; 13 Prozent mehr als 2000. Dieser Anstieg ist im Verhältnis zu dem der Fahrzeuge auf den Straßen relativ gering, worin sich die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Verbesserung der weltweiten Straßenverkehrssicherheit zeigt.

2013 gab es in Australien und Neuseeland, Europa und Nordamerika sowie in Afrika südlich der Sahara weniger Verkehrstote zu beklagen als 2000, in Lateinamerika und der Karibik hingegen mehr. In Afrika südlich der Sahara war die Sterblichkeitsrate 2013 mit 27 Todesfällen je 100.000 Menschen gegenüber weltweit 17 Todesfällen je 100.000 Menschen am höchsten. Am niedrigsten war sie in Australien und Neuseeland (5 Todesfälle je 100.000 Menschen), gefolgt von Europa und Nordamerika mit 9 Todesfällen je 100.000 Menschen.

Zahl der Verkehrstoten – 2000 und 2013 (Todesfälle je 100.000 Menschen)

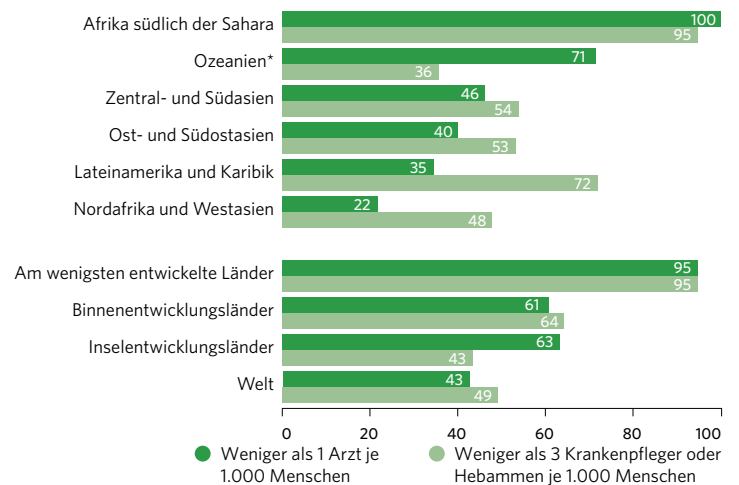


Zur Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung gilt es, ein Defizit von 18 Millionen Gesundheitsfachkräften bis 2030 abzuwenden

Die Verwirklichung von Ziel 3 stellt hohe Anforderungen an Gesundheitspersonal weltweit und erfordert hohe und strategische Investitionen. Laut den Daten für 2005-2015 kommen auf 1.000 Menschen in mehr als 40 Prozent aller Länder weniger als ein Arzt und in etwa der Hälfte der Länder weniger als drei Krankenpfleger oder Hebammen.

Bis 2030 werden ca. 18 Millionen Gesundheitsfachkräfte mehr benötigt, um für all die Gesundheitsdienste, die zur Sicherung der Gesundheit aller erforderlich sind, eine hohe und wirksame Erfassungsdichte zu erzielen. In Afrika südlich der Sahara und den am wenigsten entwickelten Ländern mit im Schnitt weniger als einem Arzt und weniger als drei Krankenpflegern oder Hebammen je 1.000 Menschen ist der starke Fachkräftemangel fast überall sehr ernst. Ohne gezielte Maßnahmen könnte sich dies vielerorts durch erhöhte Abwanderung von Fachkräften in Länder mit hohem Einkommen und größerer Nachfrage noch verschärfen, zulasten der ohnehin schwachen Gesundheitssysteme.

Anteil der mit Gesundheitsfachkräften unterversorgten Länder – 2005-2015 (neueste verfügbare Daten) (in Prozent)



Anmerkung: Ein Land mit weniger als einem Arzt und weniger als 3 Krankenpflegern oder Hebammen je 1.000 Menschen gilt als mit Gesundheitsfachkräften unterversorgt. In allen Ländern der Regionen Europa und Nordamerika und Australien und Neuseeland, für die Daten vorlagen, kommen mindestens ein Arzt und mindestens 3 Krankenpfleger oder Hebammen auf 1.000 Menschen.

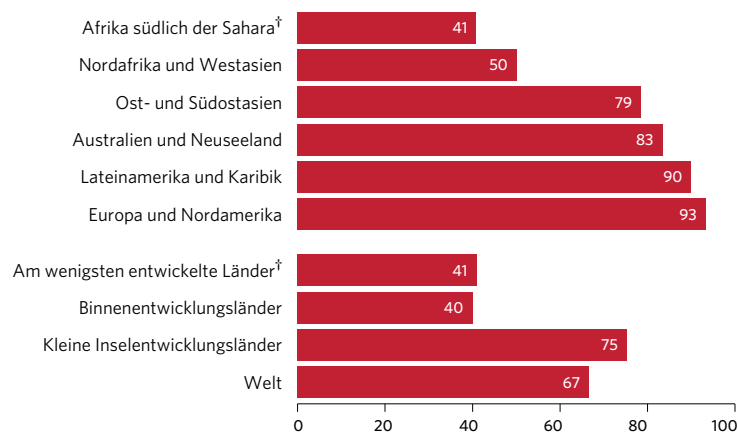


Ziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen sind unabdingbar für ein erfülltes und produktives Leben aller Menschen und für nachhaltige Entwicklung. Trotz viel höherer Bildungsbeteiligung gehen noch immer Millionen Kinder nicht zur Schule, vor allem dort, wo das Bevölkerungswachstum die Bildungssysteme überlastet. Auch wenn mehr Kinder zur Schule gehen, erwerben viele nicht die Grundfertigkeiten. Hochwertige Bildung wird durch den Mangel an ausgebildeten Lehrern und angemessener Schulausstattung erschwert. Die Erreichung dieses Ziels erfordert – vor allem in Afrika südlich der Sahara und Südasien – erhöhte Anstrengungen für schwächere Gruppen, insbesondere Menschen mit Behinderungen, indigene Bevölkerungsgruppen, Flüchtlinge und Arme auf dem Land.



Anteil der Kinder, die sich ein Jahr vor Erreichen des offiziellen Grundschul-eintrittsalters an strukturiertem Lernen beteiligen – 2014 (in Prozent)

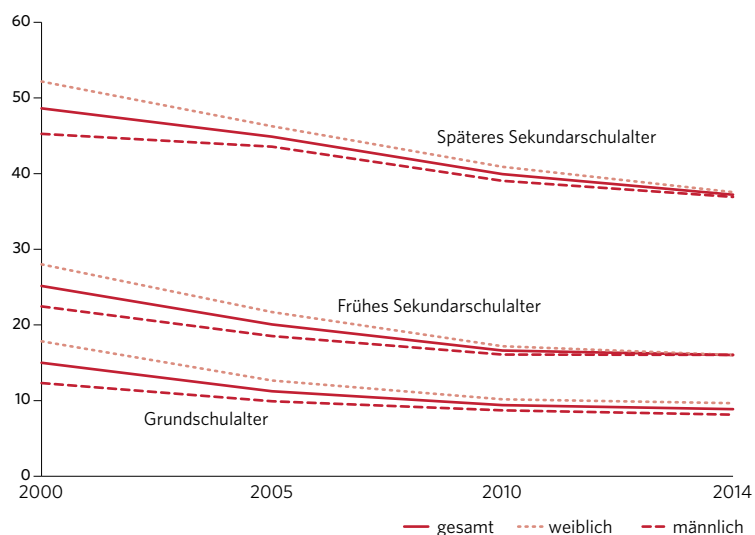


† Beruht auf Daten von 2013.

In den ärmsten Ländern sind 60 Prozent der Kinder ein Jahr vor Grundschulbeginn bildungsfern

Die frühe Kindheit ist für die kognitive Entwicklung kritisch. Wenn Kinder schon strukturiert lernen, bevor sie offiziell mit der Grundschule beginnen, fördert das nachweislich ihre soziale, emotionale und intellektuelle Entwicklung und ihre Vorbereitung auf das Lernen in der Grundschule und danach. Die Vorschulbildung gilt in der Tat als wichtiger Bestandteil eines ganzheitlichen und robusten Bildungssystems. 2014 besuchten weltweit zwei Drittel aller Kinder im Jahr vor dem Erreichen des offiziellen Grundschulalters eine Vor- oder Grundschule. In Afrika südlich der Sahara, den am wenigsten entwickelten und den Binnenentwicklungsländern waren es jedoch lediglich 40 Prozent, gegenüber 90 Prozent in Europa und Nordamerika und in Lateinamerika und der Karibik.

Anteil der Kinder im Schulalter, die weltweit keine Schule besuchen, nach Bildungsebene und Geschlecht – 2000-2014 (in Prozent)



Trotz Fortschritten bei der Bildungsbeteiligung gehen über eine Viertelmilliarde Kinder, Heranwachsende und Jugendliche im Schulalter nicht zur Schule

Trotz erheblicher Fortschritte zwischen 2000 und 2014 gingen 2014 weltweit noch immer 9 Prozent der Kinder im Grundschulalter nicht zur Schule. Dieser Anteil widerspiegelt vereinzelte Exklusion und schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen und ist seit 2008 unverändert. Der Anteil derjenigen im frühen oder späteren Sekundarschulalter, die keine Schule besuchen, hat zwar abgenommen, liegt aber noch immer über dem für Kinder im Grundschulalter. Dies zeigt, dass es schwierig ist, Schüler in der Schule zu halten, und dass Jugendliche an sich weniger Gelegenheiten zum Schulbesuch haben.

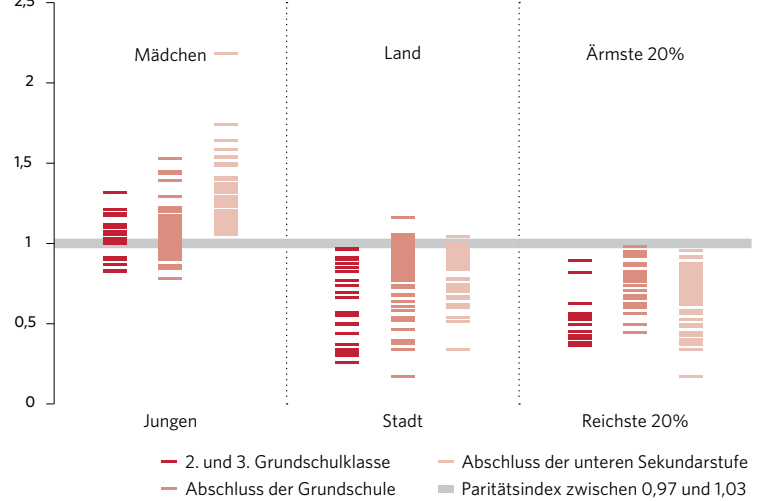
Damit besuchten 2014 61 Millionen Kinder im Grundschulalter, 60 Millionen Heranwachsende im frühen Sekundarschulalter und 142 Millionen Jugendliche im späteren Sekundarschulalter, insgesamt also rund 263 Millionen, keine Schule. Sie lebten vorwiegend in Afrika südlich der Sahara und in Südasien, wo die Bildungssysteme nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Tatsächlich entfielen auf diese beiden Regionen über 70 Prozent aller derjenigen, die weltweit keine Schule, gleichviel welcher Ebene, besuchen.

Armut, Geschlecht und Wohnort beeinflussen allesamt die Lesekompetenz

Zwar besuchen mehr Kinder als je zuvor eine Schule, viele erwerben jedoch nicht die grundlegenden Fertigkeiten. So haben z. B. in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara und Lateinamerikas und der Karibik nur etwa die Hälfte der Kinder nach Abschluss der Grundschule eine Mindestkompetenz im Lesen und Rechnen.

Neuere Evaluierungen der Lesekompetenz zeigen, dass Ungleichheit ein großes Problem ist. Die aus diesen Evaluierungen abgeleiteten Paritätsindizes ergaben für Kinder und Heranwachsende aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte eine höhere Lesekompetenz als für die aus den ärmsten 20 Prozent und bessere Ergebnisse für Kinder in Städten gegenüber denen aus ländlichen Gebieten. Sie zeigten auch, dass zwar weniger Mädchen als Jungen im Schulalter eine Schule besuchten, sie aber nach Abschluss der Grundschule und der unteren Sekundarstufe eine höhere Lesekompetenz hatten.

Paritätsindizes nach Geschlecht, Wohnort und Wohlstand für Kinder und Heranwachsende mit mindestens minimaler Lesekompetenz – 2007-2015 (neueste verfügbare Daten)



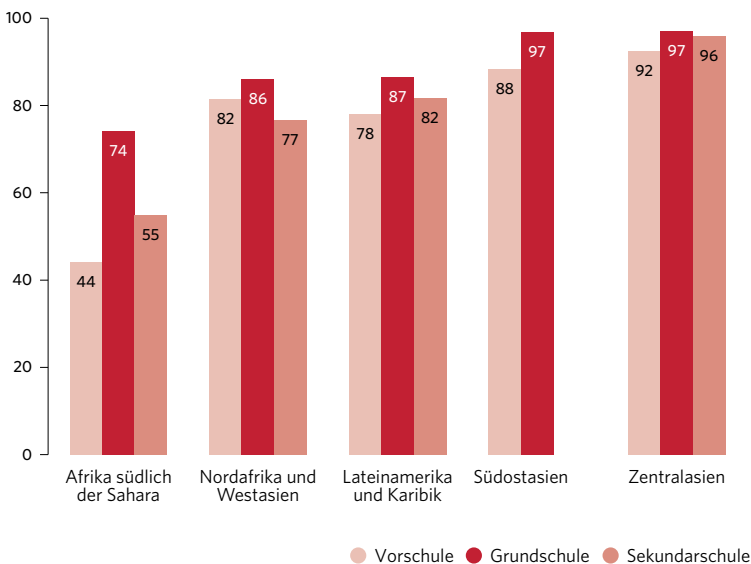
Anmerkung: Ein Paritätsindex kleiner als Eins zeigt einen komparativen Vorteil für die Subpopulation im unteren Segment des Diagramms (d. h. Jungen, Stadt und Reichste 20%). Die Paritätsspanne liegt zwischen 0,97 und 1,03.

Der Mangel an ausgebildeten Lehrern und angemessener Schulausstattung gefährdet eine hochwertige Bildung für alle, vor allem in Afrika südlich der Sahara

In einigen Regionen, vor allem in Afrika südlich der Sahara, gefährden der Mangel an ausgebildeten Lehrern und der schlechte Zustand der Schulen das Ziel einer hochwertigen Bildung für alle. Der Anteil ausgebildeter Lehrer ist in Afrika südlich der Sahara auf allen drei Schulebenen mit 44 Prozent in den Vorschulen, 74 Prozent in den Grundschulen und 55 Prozent in den Sekundarschulen am niedrigsten. In Zentralasien hingegen liegt dieser Anteil mit über 90 Prozent auf allen drei Bildungsebenen am höchsten.

In Afrika südlich der Sahara fehlt in Schulen oft eine Grundausrüstung, die in anderen Teilen der Welt schon lange selbstverständlich ist. Nur etwa ein Viertel der Schulen in der Region haben Strom, und weniger als die Hälfte eine einfache Trinkwasserversorgung. Zwar haben 69 Prozent Toiletten, doch sind die sanitären Einrichtungen für Mädchen und Jungen oft nicht getrennt. Nach Daten aus 65 Entwicklungsländern liegt der Medianwert für den Anteil der Grund- und Sekundarschulen mit Computer- und Internet-Zugang für pädagogische Zwecke über 70 Prozent. In vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara liegt dieser Anteil jedoch unter 40 Prozent.

Anteil der ausgebildeten Lehrer nach Bildungsebene – 2011 oder neueste verfügbare Daten (in Prozent)



Anmerkung: Daten für Sekundarschulbildung in Südostasien liegen nicht vor.

Anteil der Schulen mit Zugang zu Computern für pädagogische Zwecke – 2014 oder letztes verfügbares Jahr (in Prozent)



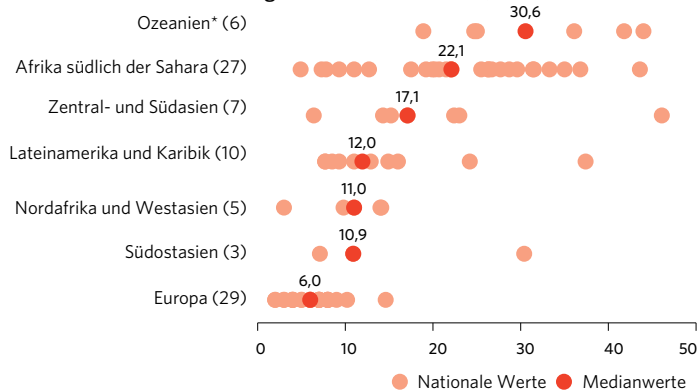


Ziel 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Selbstbestimmung der Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten positiv entwickelt. Bei der Bildungsbeteiligung zeigten sich zwar auf allen Ebenen Fortschritte, in einigen Regionen und Ländern ist das Geschlechtergefälle auf den höheren Bildungsebenen jedoch enorm. Die Müttersterblichkeit ist gesunken, und Entbindungen werden öfter fachkundig betreut. Im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der reproduktiven Rechte wurden Fortschritte erzielt. Die Zahl der Frühschwangerschaften hat abgenommen. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht jedoch weltweit fort und beraubt Frauen und Mädchen ihrer Grundrechte und Chancen. Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen erfordert energischere Anstrengungen, einschließlich rechtlicher Rahmen, um die tiefverwurzelte geschlechtsspezifische Diskriminierung zu bekämpfen, die oft auf patriarchalische Einstellungen und entsprechende soziale Normen zurückzuführen ist.



Anteil der Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren, die jemals einen Intimpartner hatten und die in den vorangegangenen 12 Monaten körperlicher oder sexueller Gewalt durch einen aktuellen oder früheren Intimpartner ausgesetzt waren – 2005-2016 (neueste verfügbare Daten) (in Prozent)



Anmerkung: Die Zahlen beruhen auf verfügbaren Daten für den Zeitraum 2005-2016 aus 87 Ländern mit 43 Prozent der Weltbevölkerung. Die Zahl der Länder für jede Region steht in Klammern.

Von Intimpartnern ausgehende Gewalt gegen Frauen und Mädchen gibt es in allen Regionen

Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind in allen Regionen verbreitet und gehen oft von Intimpartnern aus. Diese Gewalt kann besonders traumatisch und destabilisierend sein. Bei Erhebungen, die zwischen 2005 und 2016 in 87 Ländern (davon 30 in Entwicklungsregionen) durchgeführt wurden, gaben 19 Prozent der 15-49-jährigen Mädchen und Frauen an, sie hätten in den 12 Monaten vor der Erhebung körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erlitten.

Die Prävalenz der Gewalt gegen Frauen variiert innerhalb und zwischen Regionen. In den Ländern mit verfügbaren Daten lag die Gewalt durch Intimpartner zwischen 19 und 44 Prozent, am höchsten in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland). In Europa ist die Prävalenz insgesamt niedriger und betrug für die meisten der 29 Länder, für die Daten vorlagen, unter 10 Prozent.

Im Extremfall kann Gewalt gegen Frauen und Mädchen zum Tod führen. Fast die Hälfte aller Frauen, jedoch nur 6 Prozent der Männer, die 2012 weltweit Opfer einer vorsätzlichen Tötung waren, wurden von einem Intimpartner oder einem Familienmitglied getötet.

Soziale Akzeptanz und weit verbreitete Straflosigkeit für die Täter gehören zu den größten Herausforderungen, die zu Gewalt gegen Frauen beitragen. So sind beispielsweise in 37 Ländern Vergewaltigter von der Strafverfolgung ausgenommen, wenn sie das Opfer nach der Tat heiraten oder mit ihm verheiratet sind.

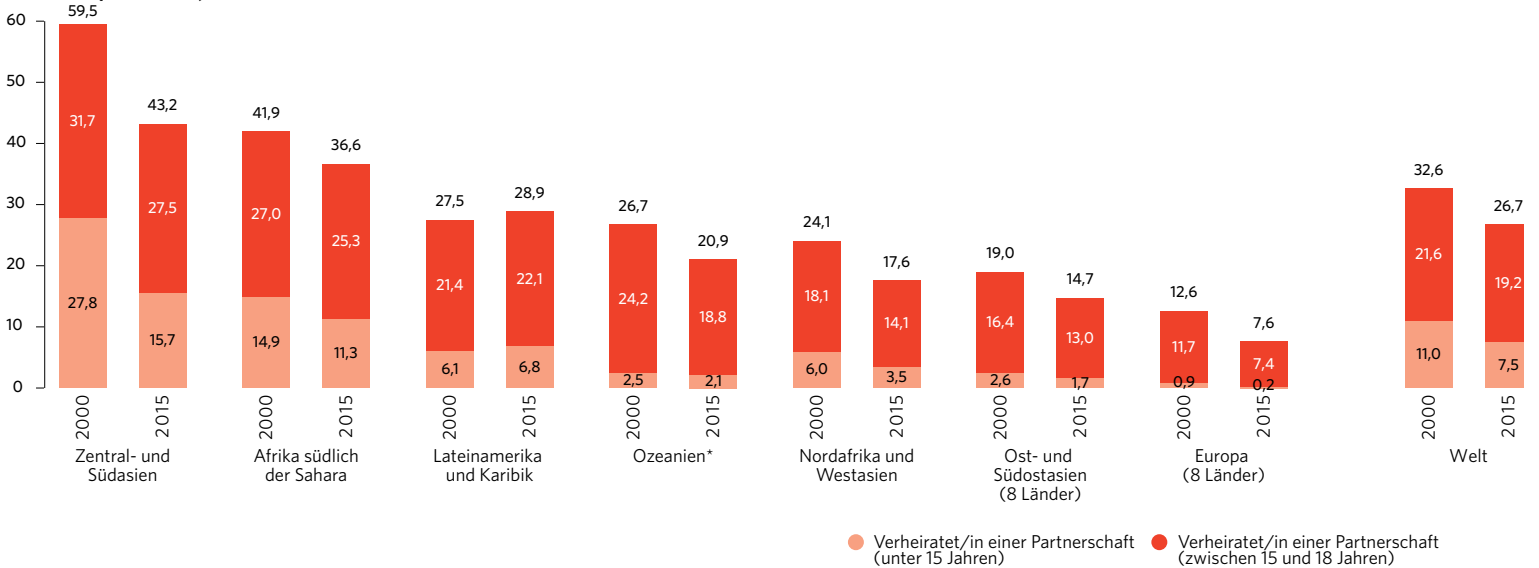
Kinderheirat geht langsam zurück, ist in Südasien und Afrika südlich der Sahara aber weiter weit verbreitet

Kinderheirat verletzt die Rechte des Kindes so, dass oft lebenslange Benachteiligung und Entbehrung entstehen, insbesondere für Mädchen. Sie haben in der Regel geringe Chancen auf Bildung oder Beschäftigung, sind einem höheren Risiko häuslicher Gewalt und anderer Übergriffe gegen ihre körperliche und geistige Gesundheit ausgesetzt und haben im Haushalt nur wenig Entscheidungsmacht, vor allem wenn sie mit älteren Männern verheiratet sind.

Die Praxis der Kinderheirat geht langsam zurück. 2015 waren knapp ein Viertel der 20- bis 24-jährigen Frauen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet; um 2000 waren es ein Drittel. Die Verheiratung von Mädchen unter 15 Jahren ist stärker gesunken, nämlich von 11 Prozent um 2000 auf 8 Prozent um 2015. Die Fortschritte waren jedoch nach Regionen und Ländern unterschiedlich.

In Südasien fiel der Anteil der Frauen, die vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet waren, um etwa 27 Prozent, für die Altersgruppe unter 15 Jahren um etwa 44 Prozent. In Afrika südlich der Sahara fielen diese Anteile um 13 bzw. 24 Prozent. Dennoch ist die Frühverheiratung in diesen Regionen weiter weit verbreitet, und mehr als ein Drittel der Frauen gaben an, vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet gewesen zu sein. Die 10 Länder mit der höchsten Prävalenz von Kinderheirat befinden sich in diesen beiden Regionen.

Anteil der 20- bis 24-jährigen Frauen, die vor Erreichen des 15. bzw. 18. Lebensjahres verheiratet waren oder in einer Partnerschaft lebten – 1990 und 2015 (in Prozent)



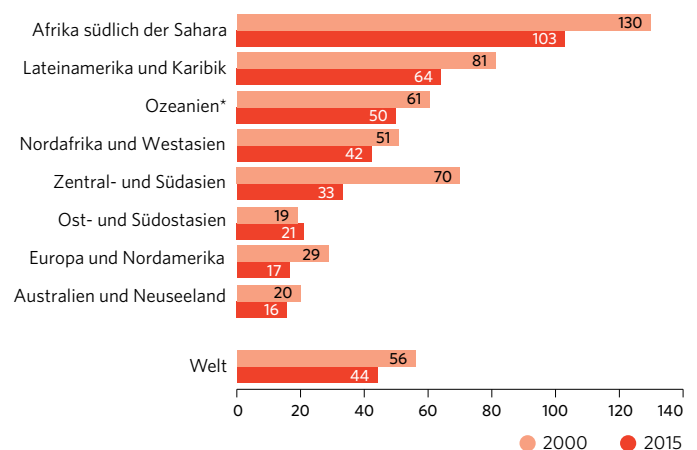
Anmerkung: Die Werte für 2015 beziehen sich auf die letzten verfügbaren, zwischen 2010-2016 erhobenen Daten für 120 Länder mit 64 Prozent der weiblichen Weltbevölkerung im Alter zwischen 20 und 24 Jahren. Für Regionen, in denen weniger als 50 Prozent dieser Population erfasst sind, steht die Zahl der Länder, für die die Daten vorlagen, in Klammern.

Trotz Fortschritten werden noch immer viele Jugendliche in Afrika südlich der Sahara Mütter

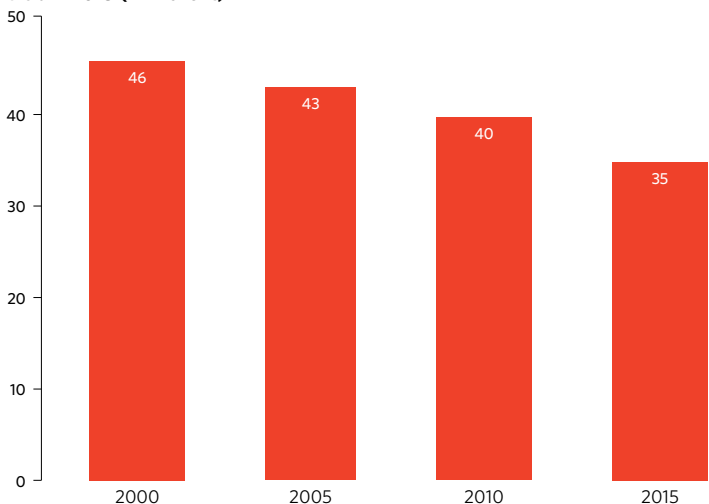
Die Kinderheirat ist eng mit früher Mutterschaft und dem damit einhergehenden Verlust von Chancen verbunden. Die Zielvorgabe 3.7 fordert den allgemeinen Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung, Information und Aufklärung, was helfen würde, Schwangerschaften bei Jugendlichen und ungewollte Schwangerschaften zu verhindern.

Eine Verringerung der Geburtenrate bei Jugendlichen ist für die Gesundheit und das Wohl heranwachsender Mädchen und für ihre sozialen und wirtschaftlichen Aussichten entscheidend. Die Zahl der Schwangerschaften bei Jugendlichen ist zwischen 2002 und 2015 weltweit um 21 Prozent gesunken. Die größten Fortschritte verzeichneten Zentral- und Südasien, wo die Geburtenrate bei Jugendlichen um mehr als 50 Prozent sank, was vor allem auf Fortschritte in Südasien zurückging. Trotz Fortschritten in Afrika südlich der Sahara und in Lateinamerika und der Karibik lagen die Raten dort noch immer am höchsten.

Geburtenrate bei Jugendlichen – 2000 und 2015 (Zahl der Lebendgeburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren)



Anteil der 15- bis 19-jährigen Mädchen, die in den 30 Ländern mit repräsentativen Prävalenzdaten einer Verstümmelung ihrer Genitalien unterzogen wurden – um 2000 bis um 2015 (in Prozent)



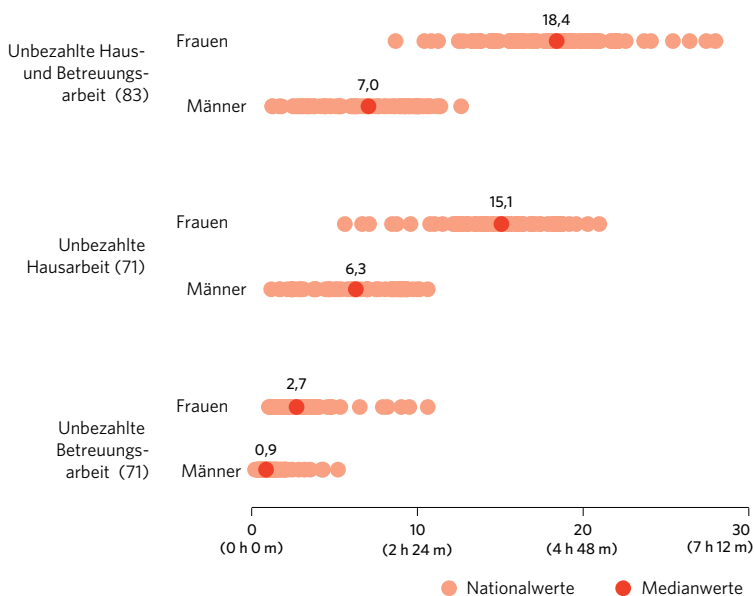
Anmerkung: Die Zahlen sind nach der Bevölkerung gewichtete Durchschnitte auf der Grundlage von Vergleichsdaten aus 30 Ländern, in denen die Praxis konzentriert ist und für die repräsentative Prävalenzdaten vorliegen. Die Werte für 2015 beziehen sich auf die letzten verfügbaren, zwischen 2010 und 2016 erhobenen Daten.

Trotz allgemeiner Fortschritte ist die Prävalenz der Verstümmelung der weiblichen Genitalien in einigen Ländern weiter hoch

Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien ist eine Menschenrechtsverletzung, von der Mädchen und Frauen weltweit betroffen sind, insbesondere jedoch in Gemeinschaften, wo die Praxis als soziale Norm fortbesteht. Sie kann zu starken Schmerzen, übermäßigen Blutungen, Infektionen (einschließlich HIV), Unfruchtbarkeit, Komplikationen bei der Geburt und manchmal zum Tod führen. Die genaue Zahl der weltweit betroffenen Mädchen und Frauen ist unbekannt, doch in den 30 Ländern (die Hälfte davon in Westafrika), in denen die Praxis konzentriert ist und für die national repräsentative Prävalenzdaten vorliegen, wurden mindestens 200 Millionen Frauen dieser Praxis unterzogen.

Seit etwa 2000 sind die Prävalenzraten für diese schädliche Praxis um 24 Prozent gesunken, und einige Länder haben rasche Fortschritte erzielt. In anderen Ländern, für die Daten vorlagen, ist die Genitalverstümmelung noch immer weit verbreitet. In den 30 Ländern, in denen die Praxis konzentriert ist, wurde die Genitalverstümmelung durchschnittlich bei über einem Drittel der Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren vorgenommen, 2000 hingegen noch bei fast der Hälfte.

Anteil der für unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit aufgewendeten Zeit, Frauen und Männer – 2000-2016 (neueste verfügbare Daten) (in Prozent an Zeit pro Tag)



Anmerkung: Die Zahlen beruhen auf verfügbaren Daten für 83 Länder und Gebiete für den Zeitraum 2000-2016. Nach unbezahlter Hausarbeit und unbezahlter Betreuungsarbeit aufgeschlüsselte Daten stehen nur für 71 Länder zur Verfügung. Die Zahl der für die jeweilige Art der unbezahlten Arbeit erfassten Länder und Gebiete steht in Klammern.

Frauen wenden fast dreimal so viel Zeit wie Männer für unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit auf

Die Zeit, die Frauen für unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit aufwenden, beschneidet ihre Fähigkeit, anderen Aktivitäten wie Bildung und bezahlter Arbeit nachzugehen. Nach in 83 Ländern und Gebieten erhobenen Daten wenden Frauen fast dreimal so viel Zeit wie Männer für unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit auf.

Für eine Untergruppe von Ländern, hauptsächlich in Lateinamerika und Europa, deuten die Daten darauf hin, dass dieser Unterschied dann zunimmt, wenn Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit kleine Kinder im Haus haben. Frauen verbringen mehr Zeit als Männer mit der Betreuung von Familienmitgliedern, insbesondere Kindern. Da sich Betreuungstätigkeiten oft mit häuslichen Pflichten überschneiden, lassen sie sich in Zeitbudgeterhebungen nur schwer erfassen.

Die Korridore der politischen und wirtschaftlichen Macht werden noch immer von Männern beherrscht

Die Formulierung einer wirksamen Politik zur Gleichstellung der Geschlechter erfordert breite politische Partizipation, doch lag die Vertretung von Frauen in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern 2017 weltweit bei lediglich 23,4 Prozent und nur 10 Prozentpunkte höher als 2000.

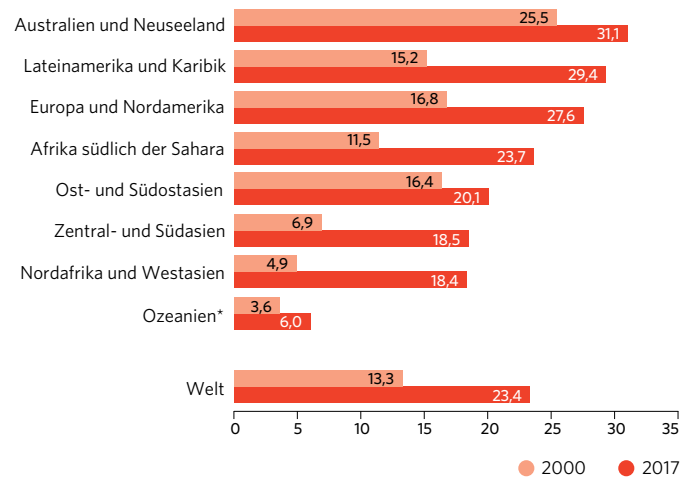
Selbst in den beiden Regionen mit der höchsten Vertretung von Frauen – Australien und Neuseeland und Lateinamerika und die Karibik – hatten Frauen weniger als ein Drittel der Parlamentssitze inne. In Nordafrika und Westasien waren die Fortschritte beeindruckend: Zwischen 2002 und 2017 hat sich der Sitzanteil der Frauen dort fast vervierfacht. Dennoch haben Frauen in der Region immer noch weniger als ein Fünftel der Parlamentssitze inne.

Die langsamen Fortschritte legen nahe, dass stärkerer politischer Wille und ambitioniertere Maßnahmen erforderlich sind. Quoten zur Stärkung der politischen Partizipation und der Selbstbestimmung der Frauen waren hilfreich. 75 von 190 Ländern (39 Prozent) haben ein Quotensystem eingeführt, um die Vertretung von Frauen zu erhöhen, und der Erfolg der Strategie hat sich 2016 in Wahlergebnissen gezeigt. Quoten können jedoch der Vertretung von Frauen eine künstliche Obergrenze setzen, daher sollten sie regelmäßig überprüft und aktualisiert werden, um kontinuierliche Fortschritte zu gewährleisten.

Auch in Führungspositionen, vor allem auf der mittleren und oberen Führungsebene, sind Frauen unterrepräsentiert. In den meisten der 67 Länder, für die Daten für 2009-2015 vorlagen, besetzten Frauen weniger als ein Drittel aller mittleren und oberen Führungspositionen. In einigen Ländern zeigen sich leichte Verbesserungen.

In den vergangenen zehn Jahren ist in etwa der Hälfte der Länder mit vorhandenen Daten der Frauenanteil auf der mittleren und oberen Führungsebene gestiegen. Dennoch liegt ihr Anteil in allen untersuchten Ländern weiter deutlich niedriger als ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Die Daten deuten auch darauf hin, dass Frauen stärker auf der unteren als auf der mittleren oder oberen Führungsebene vertreten sind und daher die „gläserne Decke“ durchbrechen müssen, um in Spitzenpositionen vorzustoßen.

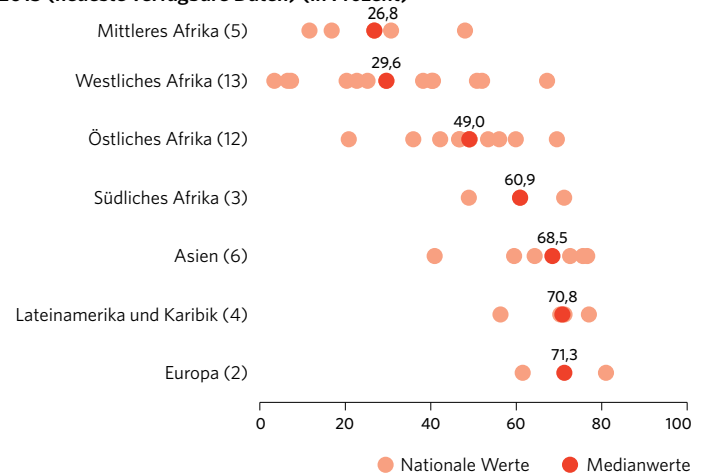
Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten (Einkammerparlamente oder Unterhäuser) – 2000 und 2017 (in Prozent)



Nur die Hälfte der Frauen in ausgewählten Ländern entscheiden selbst über sexuelle Beziehungen, die Verwendung von Verhütungsmitteln und die Gesundheitsversorgung

Die Entscheidungsfreiheit von Frauen und Mädchen in Bezug auf sexuelle Beziehungen, die Verwendung von Verhütungsmitteln und den Zugang zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ist für die Stärkung ihrer Selbstbestimmung und die volle Ausübung ihrer reproduktiven Rechte unerlässlich. In 45 Ländern, für die Daten vorlagen, 43 davon in Entwicklungsregionen, treffen knapp über die Hälfte (52 Prozent) der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen im Alter von 15-49 Jahren selbst fundierte Entscheidungen über sexuelle Beziehungen, die Verwendung von Verhütungsmitteln und Gesundheitsdienste.

Anteil der 15- bis 49-jährigen verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen, die selbst fundierte Entscheidungen über sexuelle Beziehungen, die Verwendung von Verhütungsmitteln und die Gesundheitsversorgung treffen – 2007-2015 (neueste verfügbare Daten) (in Prozent)



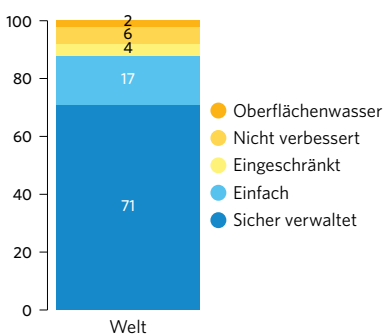
Anmerkung: Die Zahlen beruhen auf verfügbaren Daten für den Zeitraum 2007-2015 aus 45 Ländern mit 7 Prozent der Weltbevölkerung. Die Zahl der in jeder Region vertretenen Länder steht in Klammern.

Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

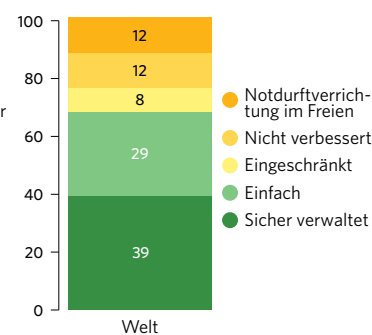
Nachhaltige Wasserressourcen sind für die menschliche Gesundheit, die ökologische Nachhaltigkeit und den wirtschaftlichen Wohlstand unerlässlich. Da diese lebenswichtige Ressource in Gefahr ist, müssen die Herausforderungen in Zusammenhang mit Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene für die Bevölkerung und für wasserverbundene Ökosysteme unbedingt angegangen werden. Derzeit sind mehr als 2 Milliarden Menschen von Wasserstress betroffen. Diese Zahl wird durch das Bevölkerungswachstum und die Auswirkungen des Klimawandels nur noch weiter steigen. Der universelle Zugang zu Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene sowie die Gewährleistung der sicheren Verwaltung dieser Versorgung bleiben große Herausforderungen, deren Bewältigung für weitere Fortschritte bei Gesundheit, Bildung und Armutsbeseitigung entscheidend ist.



Bevölkerungsanteil der Nutzer unterschiedlicher Trinkwasserversorgungsarten – 2015 (in Prozent)



Bevölkerungsanteil der Nutzer unterschiedlicher Sanitärversorgungsarten – 2015 (in Prozent)



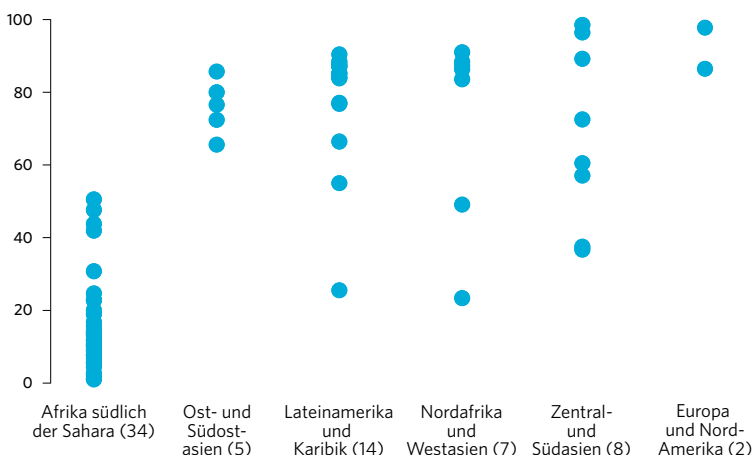
Ein neues Messkonzept für Fortschritte bei Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene zeigt die verbleibenden Herausforderungen im Detail

Eine „sicher verwaltete“ Trinkwasserversorgung – eine verbesserte, nach Bedarf verfügbare und nicht kontaminierte Wasserquelle im Haushalt – ist eine ambitionierte neue Stufe auf der Skala für die Verfolgung der Fortschritte beim Trinkwasser-Nachhaltigkeitsziel. Dieses neue Konzept zeigt für 2015, dass 5,2 Milliarden Menschen eine „sicher verwaltete“ Trinkwasserversorgung und weitere 1,3 Milliarden Menschen eine „einfache“ Versorgung, also eine verbesserte Wasserquelle in höchstens 30 Minuten Entfernung (Hin- und Rückweg und Wasserbeschaffung), nutzten. Die Versorgung weiterer 263 Millionen Menschen wurde als „eingeschränkt“ eingestuft, weil sie mehr als 30 Minuten brauchten, um Wasser aus einer verbesserten Quelle zu beschaffen. Die Hauptlast der Wasserbeschaffung tragen in den meisten Ländern die Frauen und Mädchen.

Auch die neue Skala für die globale Überwachung der Sanitärversorgung umfasst einen höheren Versorgungsgrad, der die Entsorgung und Aufbereitung von Fäkalien einbezieht. 2015 nutzten 2,9 Milliarden Menschen eine „sicher verwaltete“ Sanitärversorgung, definiert als grundlegende Einrichtung zur sicheren Fäkalienentsorgung. Weitere 2,1 Milliarden Menschen nutzten eine „einfache“ Versorgung – eine verbesserte, nicht gemeinschaftlich genutzte Einrichtung – und 600 Millionen Menschen eine „eingeschränkte“ Versorgung – eine mit anderen Haushalten gemeinsam genutzte verbesserte Einrichtung.

Nach vergleichbaren Daten aus 70 Ländern gab es 2015 bei der Hygieneversorgung, definiert als das Vorhandensein einer Gelegenheit im Haushalt zum Händewaschen mit Wasser und Seife, erhebliche regionale Unterschiede. In den 34 Ländern Afrikas südlich der Sahara, für die Daten vorlagen, verfügten 2015 im Durchschnitt weniger als 20 Prozent der Bevölkerung über eine solche Gelegenheit. In den 14 Ländern Lateinamerikas und der Karibik, für die Daten vorlagen, lag die Hygieneversorgung im Durchschnitt bei über 75 Prozent.

Anteil der Bevölkerung mit einfacher Gelegenheit zum Händewaschen – 2015 (in Prozent)

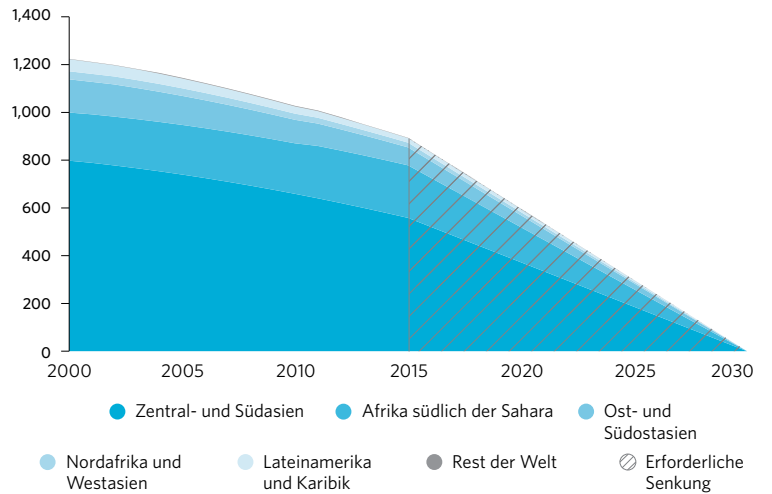


Anmerkung: Die Grafik beruht auf Daten für 70 Länder.

Um der Notdurftverrichtung im Freien ein Ende zu setzen, bedarf es insbesondere in ländlichen Gebieten Südasiens und Afrikas südlich der Sahara rascherer Fortschritte

Die Notdurftverrichtung im Freien, die 2015 für 892 Millionen Menschen (12 Prozent der Weltbevölkerung) zum Alltag gehörte, stellt weiter ein ernstes Gesundheitsrisiko dar. Sie trägt zu Durchfallerkrankungen und zur Verbreitung von Darmparasiten bei, was Kinder anfälliger für Fehlernährung macht. Die Notdurftverrichtung im Freien kann zu Wasserverschmutzung führen und setzt zudem Mädchen und Frauen der Gefahr körperlicher Angriffe aus. Um bis 2030 der Notdurftverrichtung im Freien ein Ende zu setzen und den Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen für alle zu verwirklichen, bedarf es insbesondere in Südasien und Afrika südlich der Sahara erheblich rascherer Fortschritte. 2015 lebten neun von zehn Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichteten, in ländlichen Gebieten.

Anzahl der Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichten – 2000-2015, und zur Beendigung der Notdurftverrichtung im Freien bis 2030 erforderliche Senkung

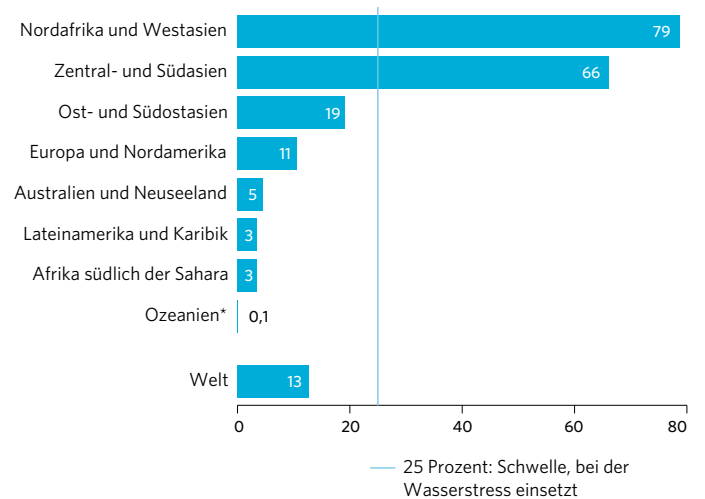


Anmerkung: „Rest der Welt“ umfasst Australien und Neuseeland, Europa und Nordamerika und Ozeanien*.

Wasserstress macht eine effizientere Wassernutzung und Nahrungsmittelproduktion noch dringender

Weltweit leiden über 2 Milliarden Menschen unter Wasserstress, der dann eintritt, wenn das Verhältnis des entnommenen Süßwassers zu den gesamten erneuerbaren Süßwasserressourcen über 25 Prozent liegt. Bevölkerungswachstum und steigende Auswirkungen des Klimawandels werden die Lage wohl erschweren. In Nordafrika und Westasien sowie in Zentral- und Südasien herrscht ein Wasserstress von über 60 Prozent, was eine künftige Wasserknappheit sehr wahrscheinlich macht, insbesondere in bestimmten Subregionen und Jahreszeiten. Den größten Wasserverbrauch haben Landwirtschaft, Industrie und Kommunen. Weltweit entfallen fast 70 Prozent der Wasserentnahme auf die Landwirtschaft, in einigen Entwicklungsländern sogar 95 Prozent. Dies ist eine große Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung, zumal die Agrarproduktion zur Deckung des weltweiten Nahrungsmittelbedarfs voraussichtlich deutlich steigen wird. Daher muss in der Nahrungsmittelproduktion sowie in allen Sektoren Wasser geschont und effizienter genutzt werden.

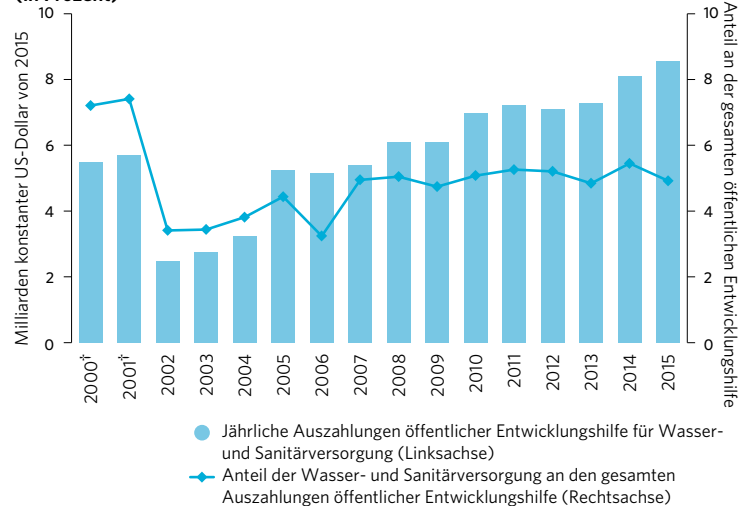
Grad an Wasserstress: Süßwasserentnahme im Verhältnis zum Süßwasservorkommen – um 2014 (in Prozent)



Fortschritte im Wassersektor erfordern unbedingt die Mobilisierung ausreichender Finanzmittel

Die öffentliche Entwicklungshilfe für den Wassersektor umfasst Hilfe für die Trinkwasser- und Sanitärversorgung und die Hygiene sowie für andere Bereiche wie Wasserressourcen für die Landwirtschaft, Hochwasserschutz und Wasserkraft. 2015 wurden 8,6 Milliarden Dollar an öffentlicher Entwicklungshilfe für den Wassersektor ausgezahlt, was einem realen Zuwachs von 64 Prozent seit 2005 entspricht. Auf Afrika südlich der Sahara entfielen 2015 31 Prozent der weltweiten Auszahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe für die Wasser- und Sanitärversorgung – mehr als doppelt so viel wie vor 10 Jahren. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für den Wassersektor an den gesamten Zahlungen blieb jedoch seit 2005 mit etwa 5 Prozent relativ konstant. Die Länder kommen bei der Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung und Hygiene stetig voran. Zur Erreichung von Ziel 6 bis 2030 wird jedoch die Mobilisierung ausreichender Finanzmittel entscheidend sein, sei es über neue Quellen oder eine bessere Nutzung der bestehenden.

Jährliche Auszahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe für den Wassersektor – 2000-2015 (in Milliarden konstanter US-Dollar von 2015) und Anteil des Wassersektors an den gesamten Auszahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe – 2000-2015 (in Prozent)



† Die Daten für 2000 und 2001 beruhen auf Zusagen.

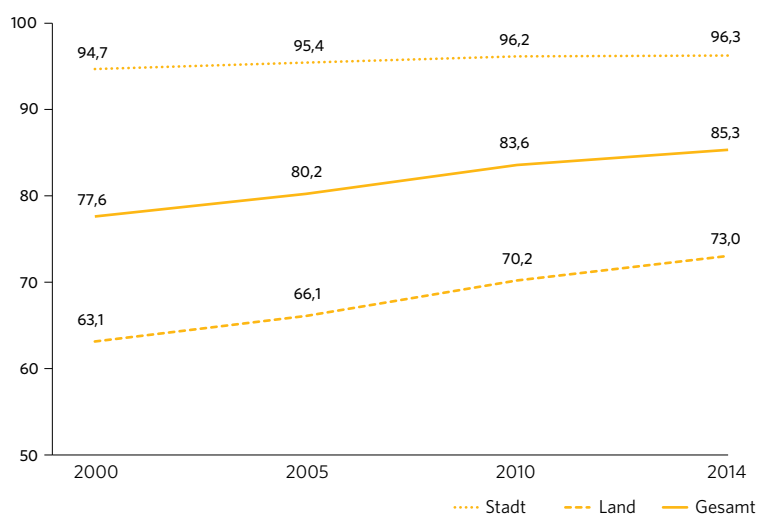


Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Für den allgemeinen Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und nachhaltiger Energieversorgung müssen der Zugang zu Elektrizität und sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen ausgeweitet sowie die Energieeffizienz verbessert und der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht werden. In allen diesen Bereichen reichen die Fortschritte jedoch nicht aus, um das Ziel bis 2030 zu erreichen. Es bedarf zusätzlicher Finanzmittel und ambitionierterer Maßnahmen sowie der Bereitschaft der Länder, neue Technologien in weitaus größerem Umfang anzunehmen.



Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Elektrizität, je Haushalt und gesamt – 2000-2014 (in Prozent)



Über einer Milliarde Menschen, zumeist in ländlichen Gebieten, entgehen die Vorteile der Elektrizität

Ein verlässlicher und bezahlbarer Zugang zu Elektrizität rettet und verbessert Leben. Mit Elektrizität werden Computer in Schulen betrieben, Telefone geladen, Nahrungsmittel gekühlt und Unternehmen und wesentliche Infrastruktur funktionsfähig gehalten, um nur einige der zahlreichen Vorteile zu nennen. 2014 hatten 85,3 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu Elektrizität – eine Steigerung gegenüber 77,6 Prozent im Jahr 2000, die sich jedoch in den letzten Jahren verlangsamt hat. Während 2014 96 Prozent der Stadtbewohner Zugang zu Elektrizität hatten, lag der Anteil in ländlichen Gebieten nur bei 73 Prozent.

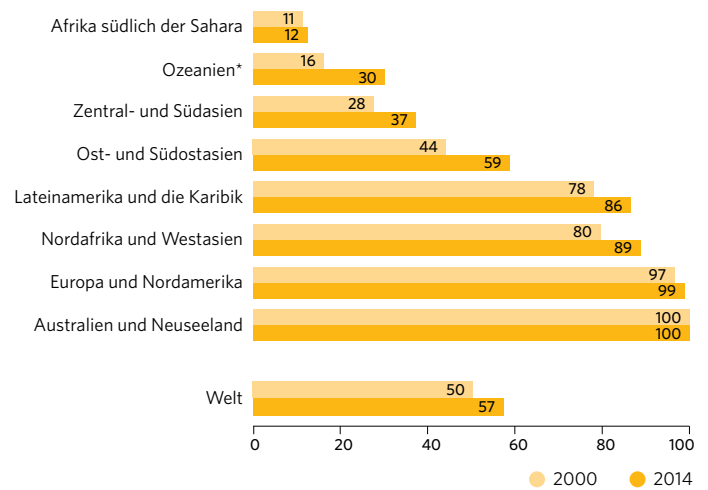
Weltweit mussten noch 1,06 Milliarden Menschen, 80 Prozent von ihnen auf nur 20 Länder verteilt, diese grundlegende Dienstleistung entbehren. Mehr als die Hälfte der Menschen ohne Zugang zu Elektrizität lebten in Afrika südlich der Sahara. Diese Region wies mit durchschnittlich 37 Prozent, jedoch nur 17 Prozent in ländlichen Gebieten, insgesamt die niedrigste Elektrifizierungsrate auf. Eine große Herausforderung besteht darin, die Elektrifizierung rascher voranzutreiben als die Bevölkerung wächst. Obwohl jedes Jahr etwa 86 Millionen Menschen erstmals Zugang zu Elektrizität erlangen, blieb dieser Zuwachs in manchen Gebieten hinter dem Bevölkerungswachstum zurück.

Etwa drei Milliarden Menschen haben weiter keinen Zugang zu sauberen und sicheren Brennstoffen und Technologien zum Kochen

Fehlender Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen schadet der Gesundheit, und jährlich sterben Millionen Menschen durch Raumluftverschmutzung. Von 2000 bis 2014 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu diesen Brennstoffen und Technologien (z. B. Gas und Elektrizität) von 50 auf 57 Prozent und damit deutlich langsamer als die Elektrifizierung. Etwa 3 Milliarden Menschen, mehrheitlich in Asien und Afrika südlich der Sahara, kochen weiter ohne saubere Brennstoffe und Technologien. Ländliche Gebiete (22 Prozent Zugang) lagen weit hinter städtischen (78 Prozent) – ein viel größerer Unterschied als beim Zugang zu Elektrizität.

Zwischen 2012 und 2014 erlangten weltweit 80 Millionen Menschen Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen, was jedoch vom Bevölkerungswachstum aufgewogen wurde. Die derzeitige Steigerung von 0,46 Prozent pro Jahr liegt weit unter den 2,66 Prozent pro Jahr, die für den allgemeinen Zugang bis 2030 erforderlich sind.

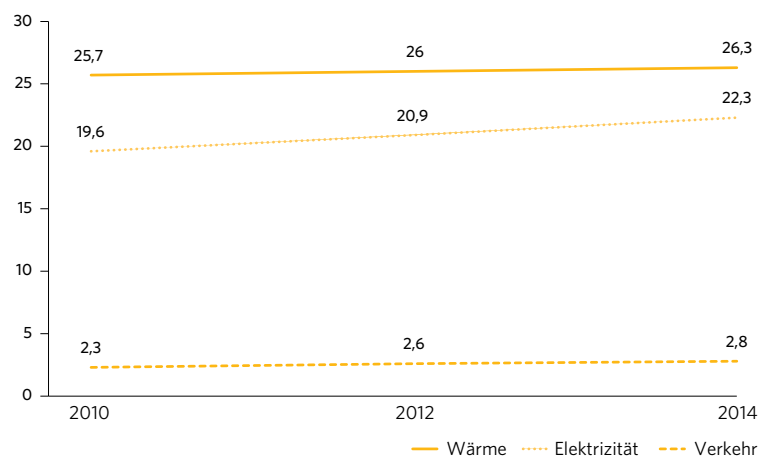
Anteil der Bevölkerung, die zum Kochen primär saubere Brennstoffe und Technologien verwendet – 2000 und 2014 (in Prozent)



Während die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen rasch ansteigt, gibt es im Wärme- und Verkehrssektor keine vergleichbaren Fortschritte

Der Anteil der erneuerbaren Energien am weltweiten Energieendverbrauch ist zwischen 2010 und 2014 nur leicht von 17,5 Prozent auf 18,3 Prozent gestiegen. Dank technologischer Fortschritte und sinkender Kosten hat sich jedoch die Erzeugung von Wind- und Sonnenenergie im selben Zeitraum mehr als verdoppelt. Der Zuwachs bei den erneuerbaren Energien ging hauptsächlich auf den Elektrizitätssektor zurück, und der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung stieg folglich von 19,6 Prozent im Jahr 2010 auf 22,3 Prozent im Jahr 2014. Elektrizität stellt jedoch nur 20 Prozent des gesamten Energieendverbrauchs. Der Schlüssel zum Ausbau erneuerbarer Energien liegt in der Erhöhung ihres Anteils im Wärme- und Verkehrssektor, auf den die restlichen 80 Prozent des Energieverbrauchs entfallen. Im genannten Zeitraum stieg jedoch der Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmesektor lediglich von 25,7 Prozent auf 26,3 Prozent, und im Verkehrssektor war ihr Anteil 2014 mit 2,8 Prozent weiter sehr gering.

Weltweiter Anteil der erneuerbaren Energien im Wärme-, Elektrizitäts- und Verkehrssektor – 2010-2014 (in Prozent)

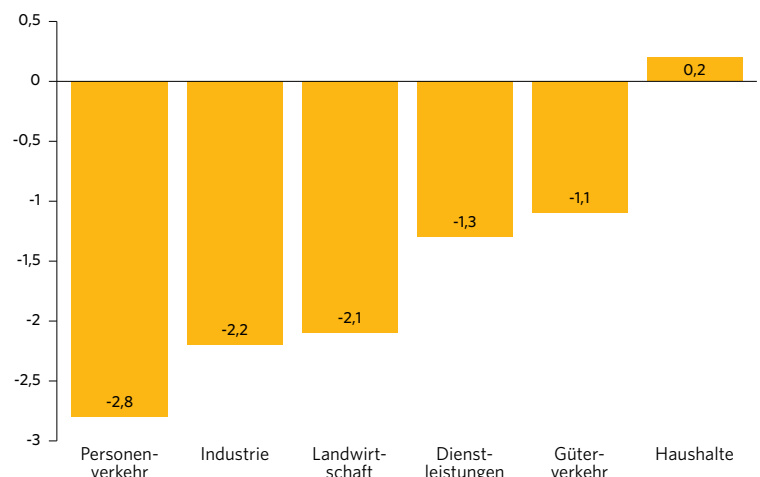


Trotz gesunkener Energieintensität reichen die Fortschritte für die Erreichung des Ziels noch nicht aus

Eine Senkung der Energieintensität (Energieverbrauch je BIP-Einheit) kann die Energienachfrage verringern, die Umweltlast der Energieerzeugung vermindern und die Energiekosten senken. Die globale Primärenergieintensität sank zwischen 2012 und 2014 um jährlich 2,1 Prozent. In diesem Zeitraum reduzierten drei Viertel der 20 Länder mit dem weltweit höchsten Energieverbrauch ihre Energieintensität. Die damit verbundenen Einsparungen entsprachen 2014 dem kombinierten Gesamtenergieverbrauch Brasiliens und Pakistans. Dennoch reichen die Fortschritte nicht aus, um die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz entsprechend der Zielvorgabe zu verdoppeln.

Industrie und Personenverkehr trugen durch Effizienzsteigerungen zur Senkung der globalen Energieintensität um jährlich 2,2 bzw. 2,8 Prozent zwischen 2012 und 2014 bei. Im Verkehrssektor, insbesondere im Personenverkehr, half die weite Verbreitung von Kraftstoffeffizienz-Standards die Senkung der Energieintensität zu beschleunigen. Im Gegensatz dazu stieg die Energieintensität in den Haushalten im Zeitverlauf an.

Kumulierte jährliche Zuwachsrate der Endenergieintensität in Endverbrauchssektoren – 2012-2014 (in Prozent)

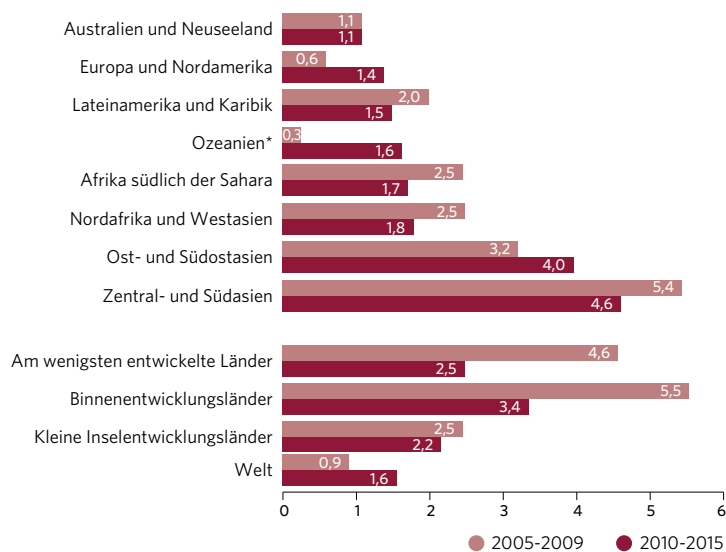


Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Ein dauerhaftes und breitenwirksames Wirtschaftswachstum treibt die Entwicklung voran, indem es mehr Ressourcen für Bildung, Gesundheit, Privatkonsum sowie Verkehrs-, Wasser- und Energieinfrastruktur schafft. Wirtschaftswachstum kann auch zu neuen und besseren Beschäftigungsmöglichkeiten führen. Ein hohes reales Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten ist jedoch nicht einfach, und nur wenige der am wenigsten entwickelten Länder sind dem Ziel eines durchschnittlichen jährlichen Wachstums des realen BIP um 7 Prozent durchgängig nahegekommen. Zudem ist Wirtschaftswachstum nicht unbedingt nachhaltig, wenn Länder deswegen ihre natürlichen Ressourcen erschöpfen und so die Last der Umweltzerstörung und -schädigung auf künftige Generationen abwälzen.



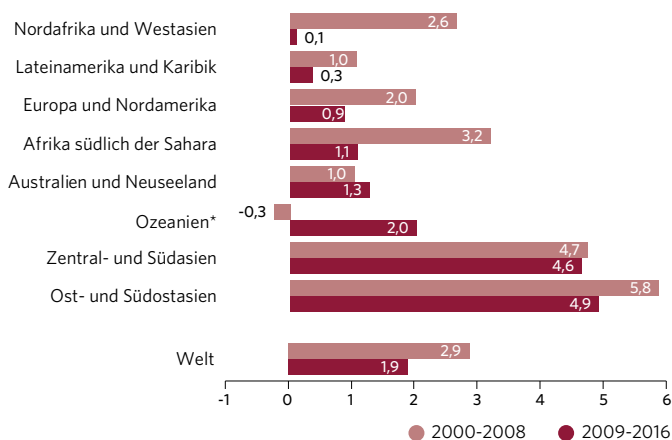
Jährliches Durchschnittswachstum des realen Pro-Kopf-BIP – 2005-2009 und 2010-2015 (in Prozent)



Ein anhaltend hohes reales Wirtschaftswachstum entzieht sich den am wenigsten entwickelten Ländern weiter

Das reale Pro-Kopf-BIP wuchs weltweit im Zeitraum 2010-2015 um durchschnittlich 1,6 Prozent und damit fast doppelt so stark wie im Zeitraum 2005-2009 (0,9 Prozent) und nicht ganz so stark wie im Zeitraum 2000-2004 (1,8 Prozent). In Zentral- und Südasien sowie in Ost- und Südostasien stieg es zwischen 2010 und 2015 mit 4,6 bzw. 4,0 Prozent am schnellsten. Hingegen verlangsamte sich sein durchschnittlicher Anstieg im selben Zeitraum in den am wenigsten entwickelten Ländern auf 2,5 Prozent, in den Binnenentwicklungsländern auf 3,4 Prozent und in den kleinen Inselentwicklungsländern auf 2,2 Prozent. Insgesamt lag das Wachstum des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern im Zeitraum 2010-2015 bei durchschnittlich 4,9 Prozent, gegenüber 7,1 Prozent im Zeitraum 2005-2009. Die Fortschritte müssen beschleunigt werden, damit die am wenigsten entwickelten Länder die Zielvorgabe eines jährlichen Wachstums des realen BIP von mindestens 7 Prozent erreichen.

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP je Erwerbstätigen – 2000-2008 und 2009-2016 (in Prozent)



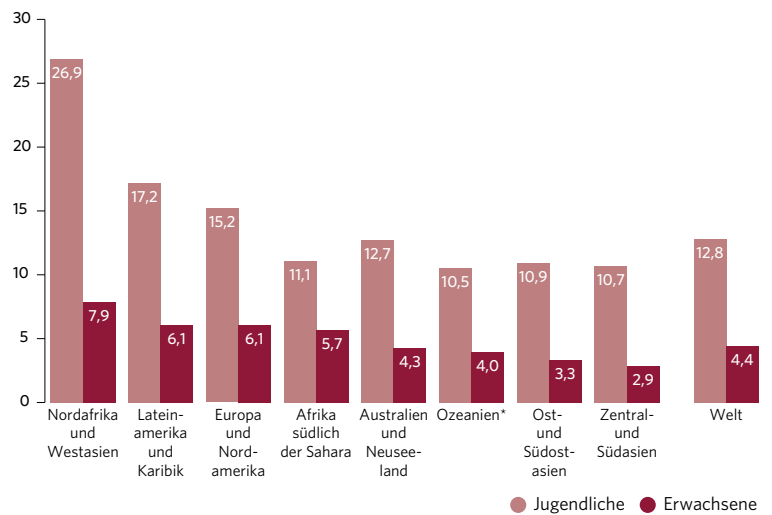
Die Arbeitsproduktivität steigt in fast allen Regionen weiter langsamer als vor der Finanzkrise

Nach der Finanzkrise 2008-2009 verlangsamte sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität (BIP pro Erwerbstätigen) drastisch und betrug zwischen 2009 und 2016 durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr, während es zwischen 2000 und 2008 bei 2,9 Prozent pro Jahr gelegen hatte. Dieses Phänomen betraf fast alle Regionen der Welt, mit Ausnahme Ozeaniens (ohne Australien und Neuseeland), und war in Nordafrika und Westasien, Afrika südlich der Sahara und Europa und Nordamerika am deutlichsten. Steigt die Arbeitsproduktivität, so führt dies zu einer nachhaltigen Erhöhung des Lebensstandards und der Reallöhne. Daher ist die Verlangsamung eine negative Entwicklung für die Weltwirtschaft und für viele Arbeitsmärkte in aller Welt.

Jugendarbeitslosigkeit ist ein weltweites Problem

Die weltweite Arbeitslosenquote lag 2016 mit 5,7 Prozent leicht niedriger als 2010 mit 6,1 Prozent. In allen Altersgruppen sind Frauen eher arbeitslos als Männer. 2016 waren junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren mit einer Arbeitslosenquote von 12,8 Prozent fast dreimal so häufig arbeitslos wie Erwachsene (4,4 Prozent). In Nordafrika und Westasien waren 2016 mehr als ein Viertel, in Lateinamerika und der Karibik und in Europa und Nordamerika mehr als 15 Prozent der jungen Menschen arbeitslos. Des Weiteren steht in etwa drei Vierteln der Länder, für die Daten vorliegen, mehr als ein Zehntel der jungen Menschen weder im Bildungssystem noch in einem Beschäftigungsverhältnis. Davon sind in fast 70 Prozent der Länder, für die Daten vorliegen, junge Frauen stärker betroffen als junge Männer.

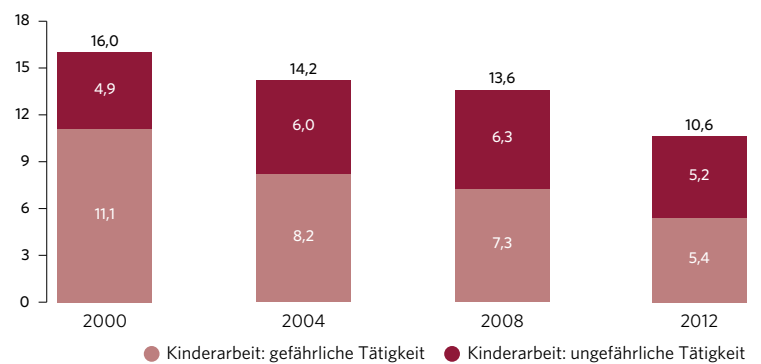
Arbeitslosenquote, Jugendliche und Erwachsene – 2016 (in Prozent)



Obwohl sich die Lage bessert, leistet noch immer jedes zehnte Kind Kinderarbeit

Die Anzahl der 5- bis 17-Jährigen, die weltweit Kinderarbeit leisten, sank zwischen 2000 und 2012 von 246 auf 168 Millionen. Dennoch gibt Kinderarbeit weiter Anlass zu großer Besorgnis. 2012 leistete weltweit jedes zehnte Kind Kinderarbeit, und mehr als die Hälfte (85 Millionen) waren gefährlichen Formen der Arbeit ausgesetzt. Von den Kindern, die Kinderarbeit verrichteten, waren etwa 59 Prozent in der Landwirtschaft tätig. Im Zeitraum 2000 bis 2012 sank die Anzahl der Mädchen, die Kinderarbeit leisteten, um 40 Prozent, die der Jungen um 25 Prozent. In Afrika südlich der Sahara war Kinderarbeit am häufigsten und betraf mehr als ein Fünftel der Kinder (21,4 Prozent oder 59 Millionen).

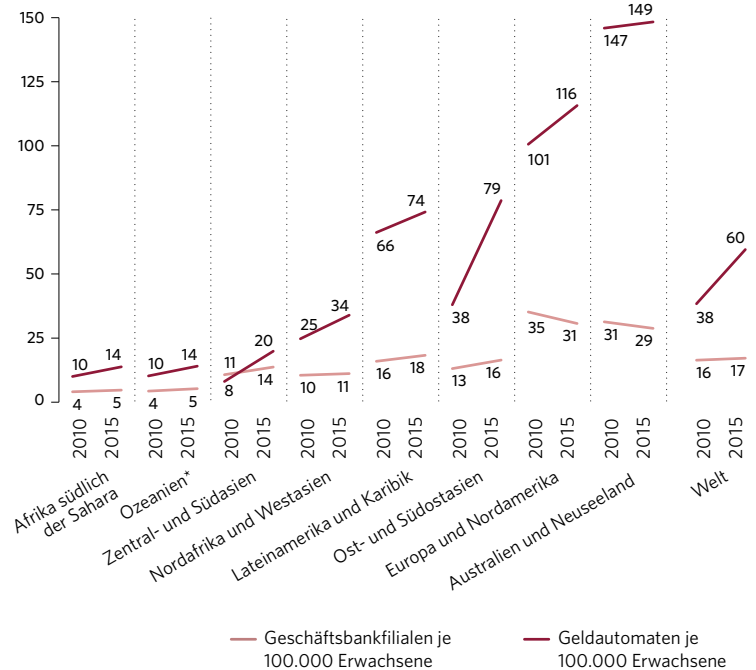
Anteil der Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren, die Kinderarbeit leisten, nach gefährlicher und ungefährlicher Tätigkeit – 2000-2012 (in Prozent)



Das rasch wachsende Netz von Geldautomaten eröffnet in vielen unterversorgten Regionen Zugang zu Finanzdienstleistungen

Der Zugang zu Finanzdienstleistungen ermöglicht es Einzelpersonen und Unternehmen, mit Schwankungen des Einkommens, der Einnahmen und der liquiden Mittel umzugehen, Vermögenswerte anzusammeln und produktive Investitionen zu tätigen. Der Zugang zu Geldautomaten ist zwischen 2010 und 2015 weltweit um 55 Prozent gestiegen, die Zahl der Geschäftsbankfilialen hingegen nur um 5 Prozent, was auf einen höheren digitalen Zugang zu Finanzdienstleistungen zurückgeht. 2015 kamen auf 100.000 Erwachsene 60 Geldautomaten und 17 Geschäftsbankfilialen. Beide Arten des Zugangs sind in Afrika südlich der Sahara und in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) im Vergleich zu anderen Regionen weniger verfügbar und nehmen langsamer zu. Zwischen 2011 und 2014 eröffneten 700 Millionen Erwachsene erstmals ein Konto, und der Anteil der Erwachsenen mit einem Konto bei einer Finanzinstitution stieg von 51 auf 61 Prozent. In Australien und Neuseeland sowie in Europa und Nordamerika sind Geldautomaten fast flächendeckend zugänglich, während die Zahl der Geschäftsbankfilialen abgenommen hat.

Anzahl der Geldautomaten und Geschäftsbankfilialen je 100.000 Erwachsene – 2010 und 2015

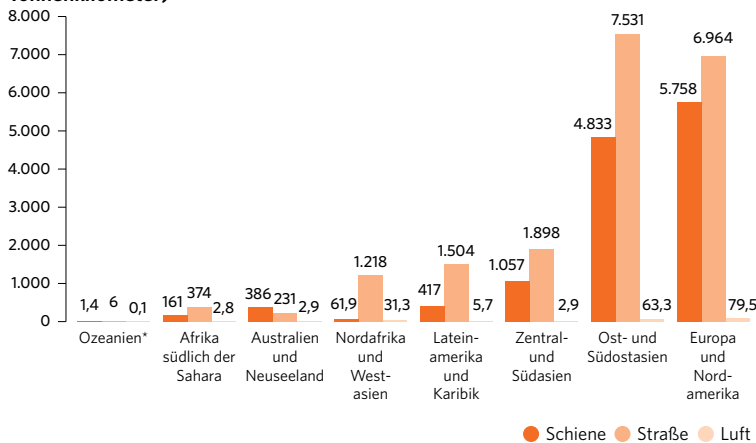


Ziel 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Infrastrukturinvestitionen, die Förderung einer breitenwirksamen, nachhaltigen Industrialisierung und die Unterstützung von technologischer Entwicklung, Forschung und Innovation sind drei Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung. Diese Kräfte können Ländern bei der Armutsminderung helfen, indem sie Arbeitsplätze sowie Anreize für Wachstum und für den Bau und die Sanierung physischer Einrichtungen schaffen, die für das Funktionieren von Unternehmen und Gesellschaft unerlässlich sind. In jedem dieser drei Bereiche der nachhaltigen Entwicklung gab es in den letzten Jahren stetige Verbesserungen. In den am wenigsten entwickelten Ländern wird jedoch wieder mehr investiert werden müssen, um Infrastruktur aufzubauen und in diesen Ländern bis 2030 den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt zu verdoppeln.



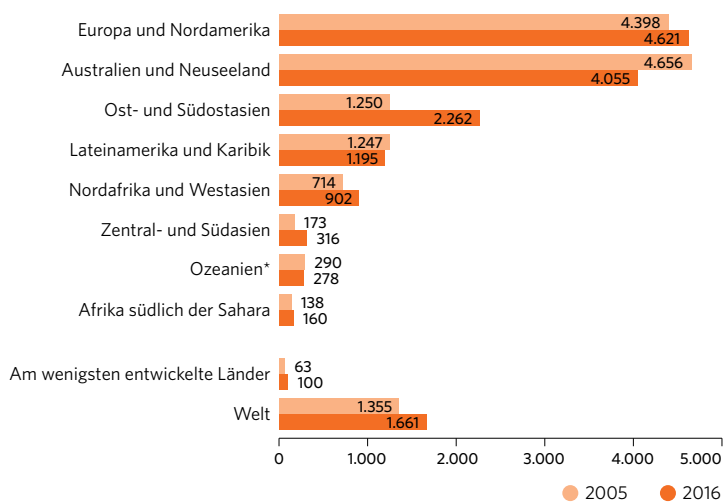
Güterverkehr auf dem Schienen-, Straßen- und Luftweg – 2015 (in Milliarden Tonnenkilometer)



Verkehrsverbindungen schaffen unverzichtbaren Anschluss an globale Märkte, sind jedoch in einigen Regionen noch mangelhaft

Effiziente Verkehrsverbindungen fördern die Wirtschaftsentwicklung. Lufttransportdienste trugen 2015 direkt und indirekt ca. 2,7 Billionen Dollar oder 3,5 Prozent des globalen BIP zur Weltwirtschaft bei. Die Beförderung von Gütern auf der Straße ist mit 61 Prozent des gesamten Güterverkehrs weltweit weiter vorherrschend. Der größte Teil des gesamten globalen Güterverkehrs (alle Verkehrsmittel) entfällt auf Europa und Nordamerika und Ost- und Südostasien, während Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) und Afrika südlich der Sahara nur einen kleinen Bruchteil ausmachen. Beim Personenverkehr ist ein ähnliches Muster zu erkennen. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnen- und der kleinen Inselentwicklungsländer am globalen Gesamtvolumen der Passagierflüge und des Güterverkehrs ist sehr gering und beträgt für jede Ländergruppe nur zwischen 1 und 2,7 Prozent.

Pro-Kopf-Wertschöpfung – 2005 und 2016 (in konstanten US-Dollar von 2010)



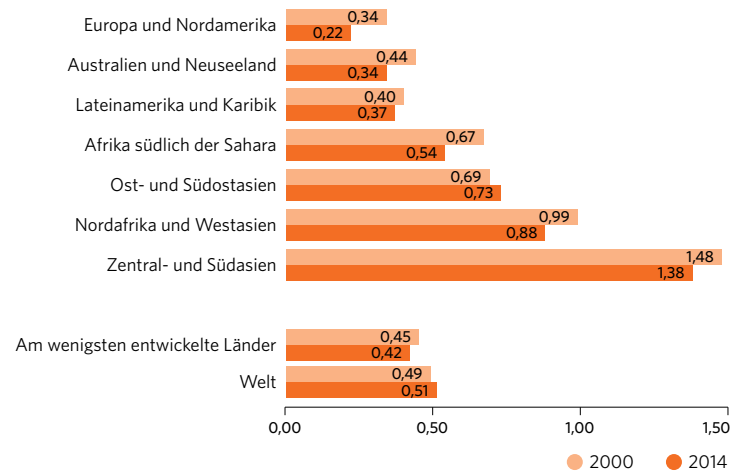
Trotz Fortschritten liegen die am wenigsten entwickelten Länder beim Wachstum der Verarbeitungsindustrie noch weit zurück

Der Fertigungssektor ist der Hauptmotor des Wirtschaftswachstums und bedient die weltweit steigende Güternachfrage. Die Produktionsleistung ist in den meisten Weltregionen gestiegen. Die Pro-Kopf-Wertschöpfung im Fertigungssektor wuchs zwischen 2005 und 2016 weltweit real um 22,6 Prozent. Trotz dieses Anstiegs hat die starke Konzentration der Fertigung auf einige Länder und Regionen eine großflächigere Industrialisierung behindert. Dadurch entstand ein erhebliches Ungleichgewicht mit hohen Unterschieden in der industriellen Produktivität zwischen reicheren und ärmeren Regionen. 2016 lag die Pro-Kopf-Wertschöpfung im Fertigungssektor in den am wenigsten entwickelten Ländern bei 100 Dollar pro Jahr (dennoch ein Realanstieg von 59 Prozent seit 2005), in Europa und Nordamerika hingegen bei 4.621 Dollar. Länder mit derzeit niedriger Pro-Kopf-Wertschöpfung im Fertigungssektor könnten von der kostenbedingten Produktionsverlagerung der Verarbeitungsindustrie aus Regionen mit höherem Einkommen profitieren.

In allen Regionen sinkt allgemein die Emissionsintensität im Fertigungssektor

Da Länder zunehmend auf weniger energieintensive Industrien, sauberere Brennstoffe und Technologien und stärkere Energieeffizienzaufgaben setzen, macht der Fertigungssektor stetige Fortschritte im Emissionsbereich. Auch strukturelle Veränderungen und Produktdiversifizierung im Fertigungssektor senkten das Emissionsniveau. Zwischen 2000 und 2014 sank in fast allen Regionen der Kohlendioxid (CO₂)-Ausstoß je Wertschöpfungseinheit im Fertigungssektor. In Europa und Nordamerika nahm die Emissionsintensität in diesem Zeitraum um 36 Prozent ab, und alle 10 in der Verarbeitungsindustrie führenden Länder verzeichneten einen Rückgang. Diese positiven Trends schlagen sich jedoch nicht in der weltweiten Emissionsintensität nieder, da ein beträchtlicher Anteil der weltweiten Wertschöpfung im Fertigungssektor in Länder mit schlechterer Emissionsbilanz verlagert wurde.

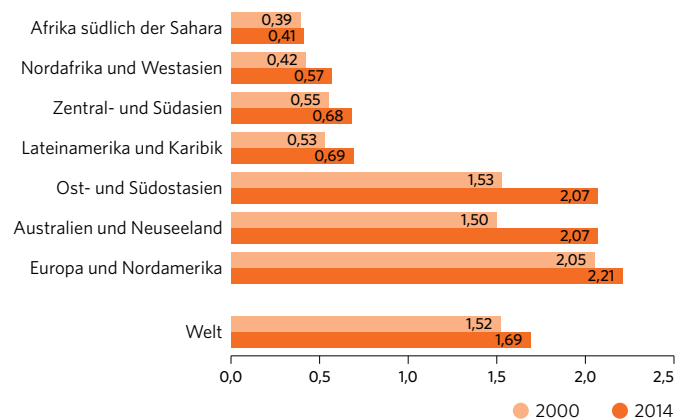
CO₂-Ausstoß je Wertschöpfungseinheit – 2000 und 2014 (in Kilogramm je konstanter US-Dollar von 2010)



Weltweit steigen die Investitionen in Forschung und Entwicklung rasch weiter, doch die großen regionalen Unterschiede halten an

2014 beliefen sich die globalen Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) auf 1,8 Billionen Dollar (Kaufkraftparität), gegenüber 733 Milliarden Dollar 2000. Dies entsprach einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 4,5 Prozent. Damit wurden 1,7 Prozent des globalen BIP in FuE investiert, jedoch mit enormen Unterschieden zwischen den Regionen: Der Durchschnitt in Europa und Nordamerika lag bei 2,2 Prozent des BIP, in Afrika südlich der Sahara bei nur 0,4 Prozent. Für Forschungspersonal ergibt sich ein ähnliches Bild, denn ein großer Teil der FuE-Ausgaben fließt in die Bezahlung von Wissenschaftlern, Technikern und Unterstützungspersonal. Weltweit kamen 2014 auf eine Million Einwohner fast 1.098 Wissenschaftler, wobei der niedrigste Wert mit 63 in den am wenigsten entwickelten Ländern und der höchste mit 3.500 in Europa und Nordamerika verzeichnet wurde.

Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Verhältnis zum BIP – 2000 und 2014 (in Prozent)

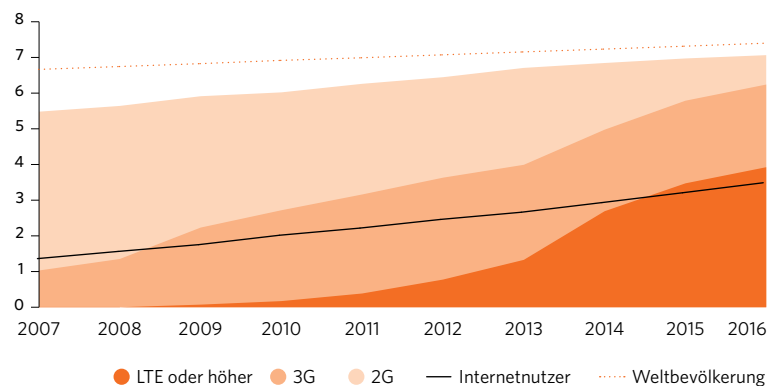


Anmerkung: Die Daten für Ozeanien* reichen zur Ermittlung eines regionalen Gesamtwerts nicht aus.

Fast alle Menschen werden von Mobilfunknetzen erfasst

Mit der unerwartet schnellen Ausbreitung von Mobilfunkdiensten erhielten Menschen in bisher nicht vernetzten Gebieten Anschluss an die globale Informationsgesellschaft. 2016 war Mobiltelefonie der zweiten Generation (2G) nahezu universell und erfasste 95 Prozent der Weltbevölkerung. Mobilfunknetze der dritten Generation (3G), die eine schnellere Verbindung zum Internet und damit zu Diensten und Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologie schaffen, erfassten 84 Prozent der Weltbevölkerung. In den am wenigsten entwickelten Ländern lebten etwa 85 Prozent der Menschen in Gebieten mit mobiler Netzabdeckung und 52 Prozent in Gebieten mit 3G-Signal.

Anzahl der von Mobilfunknetzen erfassten Menschen, nach Technologie – 2007-2016 (in Milliarden)



Anmerkung: LTE (Long-Term Evolution) ist ein Hochgeschwindigkeits-Standard für drahtlose Kommunikation, der höhere Geschwindigkeiten ermöglicht als 3G-Technologien, jedoch nicht die technischen Kriterien eines 4G-Mobilfunknetzes erfüllt.

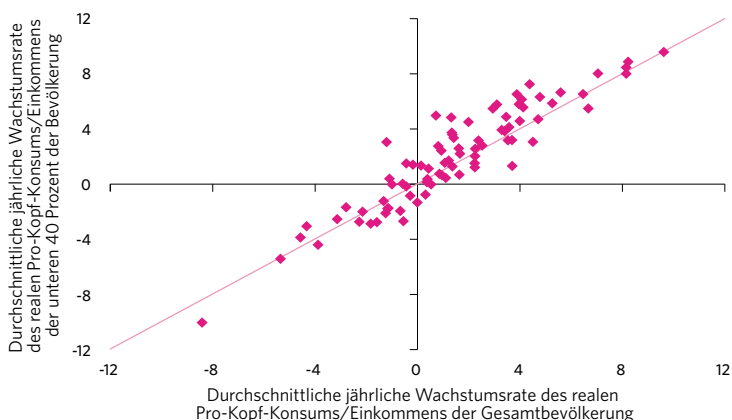


Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Die Fortschritte bei der Verringerung der Ungleichheit in und zwischen Ländern sind gemischt. Die Einkommensungleichheit ist in vielen Ländern mit anhaltendem Wirtschaftswachstum zurückgegangen, während sie in Ländern mit Negativwachstum gestiegen ist. Daneben müssen die Entwicklungsländer bei den internationalen Entscheidungsprozessen im Wirtschafts- und Finanzbereich verstärkt zu Wort kommen. Heimatüberweisungen internationaler Wanderarbeitnehmer können für Familien und Gemeinden in den Heimatländern lebenswichtig sein, doch wird ihr Nutzen weiter durch hohe Überweisungskosten geschmälert.



Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-Konsums/ Einkommens der unteren 40 Prozent der Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung – 2011-2015 (neueste verfügbare Daten) (in Prozent)

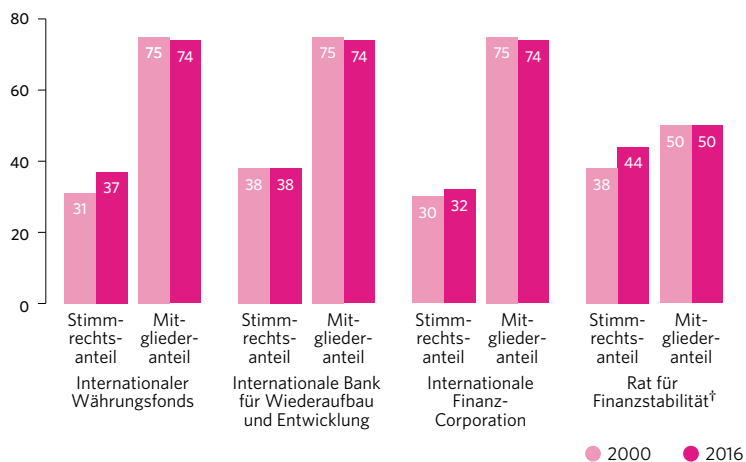


Anmerkung: Die Linie im Diagramm ist keine Trendlinie, sondern eine Referenzlinie, die zeigt, ob in einem Land das Wachstum für die unteren 40 Prozent höher oder niedriger war als für die Gesamtbevölkerung.

Anhaltendes Wirtschaftswachstum half die Einkommensungleichheit in vielen Ländern zu verringern

In 49 der 83 Länder, für die Daten vorliegen und die drei Viertel der Weltbevölkerung ausmachen, sind zwischen 2011 und 2015 Einkommen und/oder Konsum der unteren 40 Prozent der Bevölkerung schneller gestiegen als der nationale Durchschnitt. In den meisten Ländern, in denen Pro-Kopf-Einkommen/Konsum in diesem Zeitraum gestiegen sind, ging der Anstieg für die unteren 40 Prozent der Bevölkerung rascher vor sich. Im Gegensatz dazu schnitten in den meisten Ländern mit rückläufigem Pro-Kopf-Einkommen/Konsum die unteren 40 Prozent schlechter ab als die Gesamtbevölkerung. Dies legt nahe, dass die unteren 40 Prozent der Bevölkerung für wirtschaftliche Veränderungen besonders anfällig sind und dass insgesamt ein anhaltender Einkommenszuwachs notwendig ist, um Ungleichheit zu verringern und für geteilten Wohlstand zu sorgen.

Verhältnis der Stimmrechtsanteile der Entwicklungsländer zu ihren Mitgliederanteilen in ausgewählten internationalen Organisationen – 2000 und 2016 (in Prozent)



† Die Daten für den Rat für Finanzstabilität stammen aus den Jahren 2010 und 2016. Ausschließlich für die Zwecke dieser Analyse sind die Entwicklungsländer als Länder in Entwicklungsregionen gemäß der M49-Klassifizierung definiert.

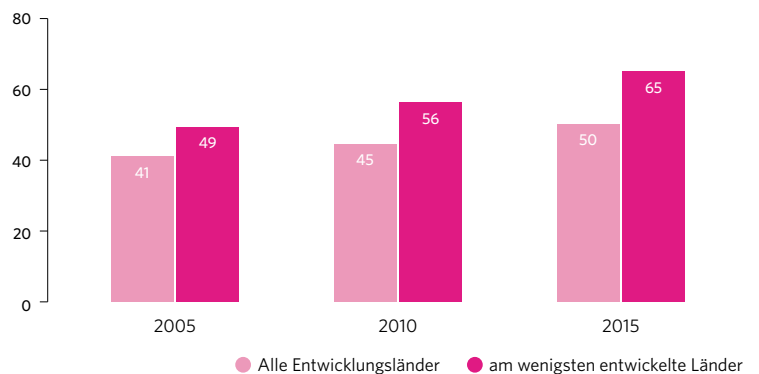
In einigen internationalen Organisationen haben Entwicklungsländer jetzt zwar mehr Stimmrechte, doch liegen diese noch immer weit unter ihrem Mitgliederanteil

In vielen internationalen Organisationen und Organen, darunter die Generalversammlung der Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation, hat jedes Mitglied eine Stimme, während der Entscheidungsmechanismus in anderen komplexer ist. Sowohl in der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung als auch in der Internationalen Finanz-Corporation (beide Teil der Weltbankgruppe) liegen die Stimmrechtsanteile der Entwicklungsländer nach wie vor weit unter ihrem Mitgliederanteil und sind in den vergangenen 16 Jahren kaum gestiegen. Andere Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (mit seiner kürzlichen Quotenreform) und der Rat für Finanzstabilität haben in diesem Zeitraum die Stimmrechtsanteile der Entwicklungsländer erhöht. Dennoch muss mehr getan werden, um die Mitsprache und Mitwirkung der Entwicklungsländer bei den internationalen wirtschaftlichen Entscheidungs- und Normsetzungsprozessen und im Rahmen der globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik zu erweitern und zu verstärken.

Im internationalen Handel erhalten Länder mit niedrigerem Einkommen weiter bevorzugte Zugangsbedingungen

Der zollfreie Zugang und die bevorzugten Zugangsbedingungen für Exporte aus den am wenigsten entwickelten und den Entwicklungsländern wurden erweitert. Von 2005 bis 2015 ist der weltweite Anteil der Zolltariflinien, bei denen aus Entwicklungsländern stammende Güter von Zöllen befreit sind, von 41 auf 50 Prozent gestiegen, und für Güter aus den am wenigsten entwickelten Ländern von 49 auf 65 Prozent. Dies zeigt die weiteren Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, Ländern mit niedrigerem Einkommen Vorzugsbehandlung einzuräumen.

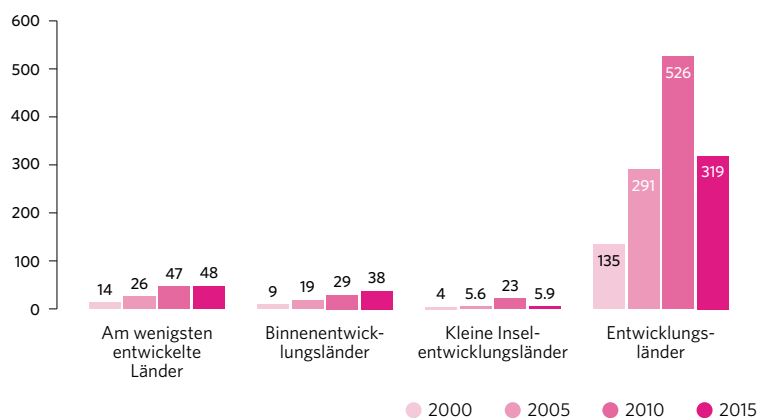
Anteil der Zolltariflinien, bei denen Exporte aus den am wenigsten entwickelten und den Entwicklungsländern von Zöllen befreit sind – 2005, 2010 und 2015 (in Prozent)



Die gesamten Mittelzuflüsse zugunsten der Entwicklungsländer schwanken von Jahr zu Jahr stark

Die gesamten Mittelzuflüsse für die Entwicklung umfassen die öffentliche Entwicklungshilfe, andere öffentliche Ströme, private Ströme und Nettzuschüsse nichtstaatlicher Organisationen. 2015 flossen weltweit insgesamt Entwicklungshilfemittel in Höhe von etwas mehr als 319 Milliarden Dollar zum Gegenwartswert in die Entwicklungsländer. Der Rückgang von 2015 war größtenteils auf eine drastische Abnahme der privaten Mittelzuflüsse zurückzuführen. Die am wenigsten entwickelten Länder und die Binnenentwicklungsländer erhielten 2015 mehr als 10 Prozent der gesamten Mittelzuflüsse für die Entwicklung, womit der konstante Anstieg der letzten 15 Jahre weiterging. Lateinamerika und die Karibik erhielten mit etwas mehr als 100 Milliarden Dollar den größten Anteil an den gesamten Mittelzuflüssen, während die Zuflüsse nach Ost- und Südostasien von etwa 80 Milliarden Dollar 2010 auf rund 50 Milliarden Dollar 2015 sanken.

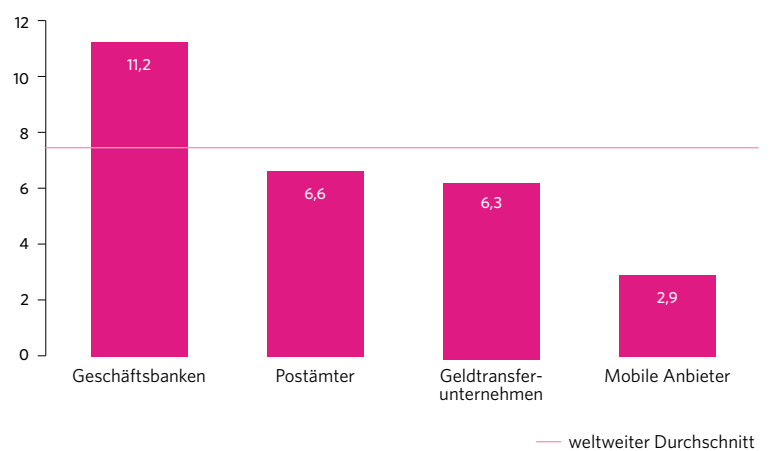
Gesamte Mittelzuflüsse (Nettoauszahlungen) für die Entwicklung – 2000, 2005, 2010 und 2015 (in Milliarden Dollar zum Gegenwartswert)



Heimatüberweisungen sind weiter relativ teuer, doch lässt Technologie die Kosten sinken

Der erhebliche Nutzen der Heimatüberweisungen internationaler Wanderarbeitnehmer wird durch die allgemein hohen Überweisungskosten etwas geschmälert. Im Durchschnitt erhoben Postfilialen und Geldtransferunternehmen eine Gebühr von mehr als 6 Prozent des Überweisungsbetrags, Geschäftsbanken 11 Prozent. Nach der Datenbank „Remittance Prices Worldwide“ der Weltbank liegen die durchschnittlichen weltweiten Überweisungskosten bei etwas über 7 Prozent. Sie sind zwar seit 2008 langsam gesunken, doch liegen sie für alle drei Überweisungsdienste erheblich über dem Zielwert von 3 Prozent. Bei neuen und verbesserten Technologien wie Wertkarten und mobilen Anbietern fallen geringere Überweisungsgebühren an (zwischen 2 und 4 Prozent). Diese Technologien sind jedoch noch nicht großflächig verfügbar und werden noch nicht in vielen Überweiskorridoren verwendet. Dennoch können sie die Kosten für Heimatüberweisungen in einige der ärmsten Länder mit den tendenziell höchsten Kosten senken helfen. Dies gilt besonders für Afrika südlich der Sahara, wo die Kosten im Schnitt 10 Prozent des überwiesenen Betrags verschlingen.

Durchschnittliche Gesamtkosten für Heimatüberweisungen nach Anbieter von Überweisungsdiensten – erstes Quartal 2017 (in Prozent des gesamten Überweisungsbetrags)

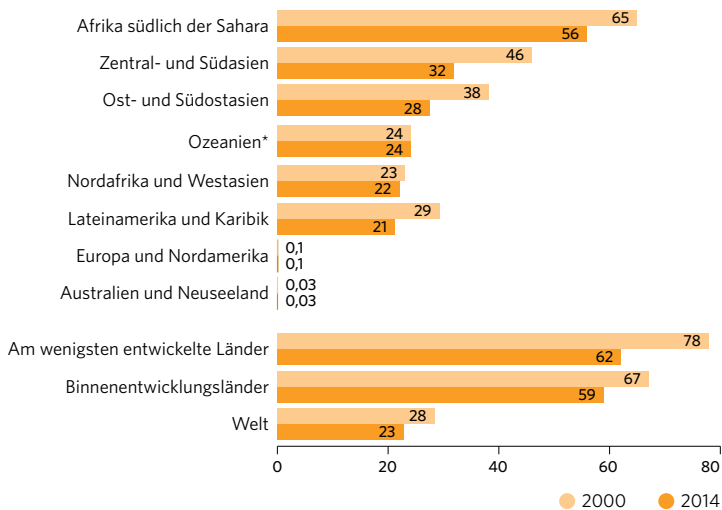


Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

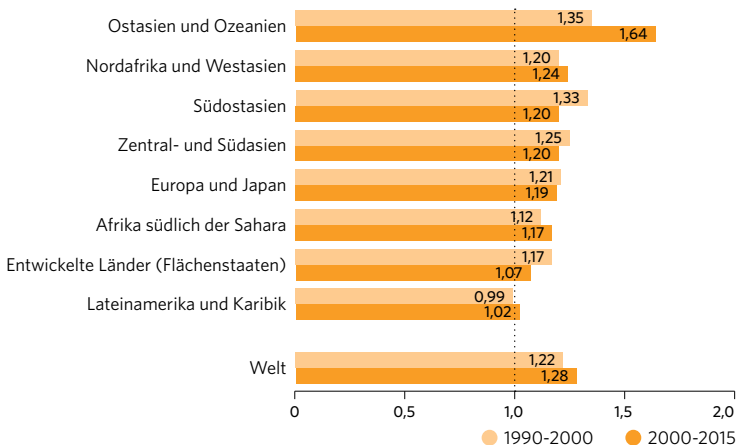
Städte wachsen schneller denn je. Um die Jahrtausendwende gab es erstmals mehr Stadtbewohner als Landbewohner, und 2015 lebten knapp 4 Milliarden Menschen oder 54 Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Diese Zahl wird bis 2030 wohl auf 5 Milliarden steigen. Die rasante Verstädterung bringt enorme Herausforderungen mit sich, darunter eine steigende Zahl von Slumbewohnern, höhere Luftverschmutzung, unzureichende Grundversorgung und Infrastruktur und die ungeplante Ausdehnung der Städte, die auch ihre Anfälligkeit für Katastrophen erhöhen. Durch solide Stadtplanung und -verwaltung können die städtischen Räume der Welt jedoch inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig werden und als dynamische Zentren für Innovationen und Unternehmertum dienen.



Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner – 2000 und 2014 (in Prozent)



Durchschnittliches Verhältnis des Flächenverbrauchs zum Wachstum der Bevölkerung – 1990-2000 und 2000-2015



Anmerkung: Diese Grafik kombiniert Regionalgruppen der Ziele für nachhaltige Entwicklung mit denen des UN-Habitat. „Europa und Japan“ umfasst europäische Länder und Japan; „Entwickelte Länder (Flächenstaaten)“ umfasst Australien, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten von Amerika. „Ostasien und Ozeanien“ schließt Japan, Australien und Neuseeland aus.

Der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner ist seit 2000 um 20 Prozent gesunken, doch ihre absolute Zahl steigt weiter

Menschen, die in Slums, informellen Siedlungen oder unzureichenden Unterkünften leben, sind dreifach benachteiligt: Sie sind oft räumlich, sozial und wirtschaftlich von den Chancen ausgeschlossen, die anderen Stadtbewohnern offenstehen. Über die Jahre haben Politik und Programme nationaler Regierungen und Kommunen, internationaler Entwicklungspartner und nichtstaatlicher und Gemeinwesenorganisationen zur Aufwertung von Slums geführt. Der weltweite Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner ist zwischen 2000 und 2014 von 28 auf 23 Prozent gesunken.

Trotz dieser Erfolge steigt die absolute Zahl der Slumbewohner weiter, was auf raschere Verstädterung, Bevölkerungswachstum und das Fehlen einer geeigneten Flächen- und Wohnraumpolitik zurückgeht. 2014 lebten ca. 880 Millionen Stadtbewohner in Slums, verglichen mit 792 Millionen 2000. Unangemessene Lebensbedingungen und fehlende Grundversorgung treffen Kinder und Jugendliche am härtesten und verringern ihre Aussichten auf Gesundheit und Bildung, was lebenslange Folgen für ihre kognitive und soziale Entwicklung haben kann. In Afrika südlich der Sahara sind Slums am weitesten verbreitet. Dort leben mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Stadtbewohner in Slumverhältnissen.

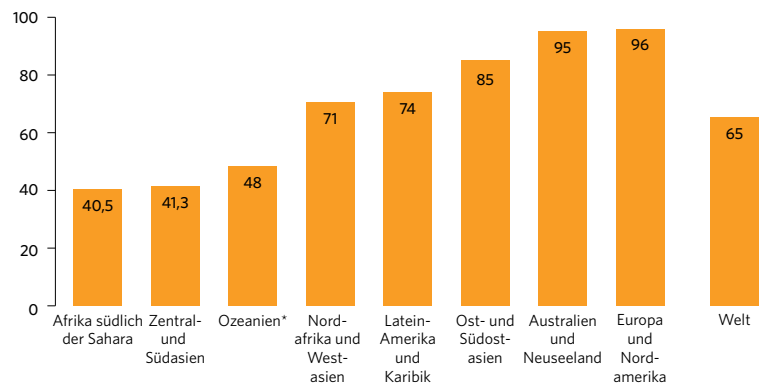
Das Flächenwachstum von Städten überholt ihr Bevölkerungswachstum

Ziehen mehr Menschen in städtische Gebiete, werden in der Regel die Stadtgrenzen erweitert, um den neuen Bewohnern Raum zu bieten. Wenn politische Entscheidungsträger und Planer den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsverlagerung und Stadtflächen verstehen, können sie dafür sorgen, dass die Städte wirtschaftlich produktiv und ökologisch nachhaltig bleiben. Zwischen 2000 und 2015 wuchs die Fläche von Städten rascher als ihre Bevölkerung, und das Verhältnis der Flächenverbrauchsrate zur Bevölkerungswachstumsrate war im Durchschnitt größer als Eins. Es stieg von 1,22 im Zeitraum 1990-2000 auf 1,28 im Zeitraum 2000-2015. Dies bedeutet, dass Städte während ihres Wachstums an Dichte verlieren, wobei ungeplante Ausdehnung die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung beeinträchtigt.

Weltweit gibt es nur für 65 Prozent der Stadtbewohner eine kommunale Abfallsammlung

Eine sachgerechte Abfallwirtschaft, die eine Verringerung des Abfallaufkommens, die Wiederverwendung, Wiederverwertung, Kompostierung, Verbrennung und Entsorgung in Deponien umfasst, ist ein Grundbaustein nachhaltiger Städte. Werden Festabfälle nicht gesammelt oder unsachgemäß behandelt, können sie Abflüsse verstopfen oder auf offenen Halden verrotten, was eine Vielzahl von Hygienemängeln zur Folge hat. Mit dem Wachstum der Städte und ihrer Bevölkerung nimmt auch das Abfallaufkommen zu; eine Quantifizierung ist jedoch weiter schwierig. Nach Daten aus Städten in 101 Ländern aus den Jahren 2009 bis 2013 erreicht die kommunale Abfallsammlung etwa 65 Prozent der Bevölkerung. Am schlechtesten war die Versorgung mit rund 40 Prozent in Afrika südlich der Sahara und in Zentral- und Südasiens. In vielen Städten dieser Regionen ist die „wilde“ Ablagerung nach wie vor gängig.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu kommunaler Abfallsammlung – 2009-2013 (in Prozent)

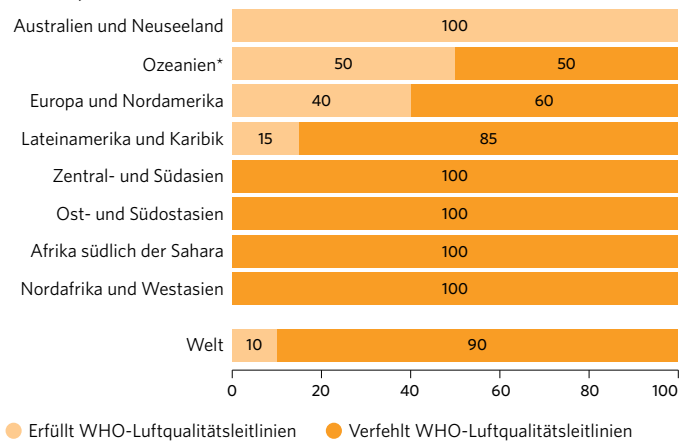


Anmerkung: Die Angaben in der Grafik beruhen auf Daten aus Städten in 101 Ländern.

In den meisten Städten der Welt stellt Luftverschmutzung ein unvermeidbares und erhebliches Gesundheitsrisiko dar

Überall auf der Welt bedroht Luftverschmutzung die Gesundheit der meisten Stadtbewohner. Laut Datenmodellen anhand von Satellitenschätzungen und Messungen auf Bodenhöhe in 3.000 Städten in 103 Ländern atmeten 2014 neun von zehn Stadtbewohnern keine saubere Luft. Sauber ist Luft nach dieser Definition dann, wenn sie unter dem in den jährlichen Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Luftqualität genannten Wert für Feinstaubpartikel (PM_{2,5}) von 10 Mikrogramm pro Kubikmeter bleibt. Zwischen den Regionen gibt es eklatante Unterschiede. So atmeten in Australien und Neuseeland beispielsweise 100 Prozent der Stadtbewohner saubere Luft, während es in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) 50 Prozent und in Europa und Nordamerika 40 Prozent waren. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara und den asiatischen Ländern erfüllte 2014 hingegen keines der städtischen Gebiete die weltweiten Leitlinien zur Luftqualität.

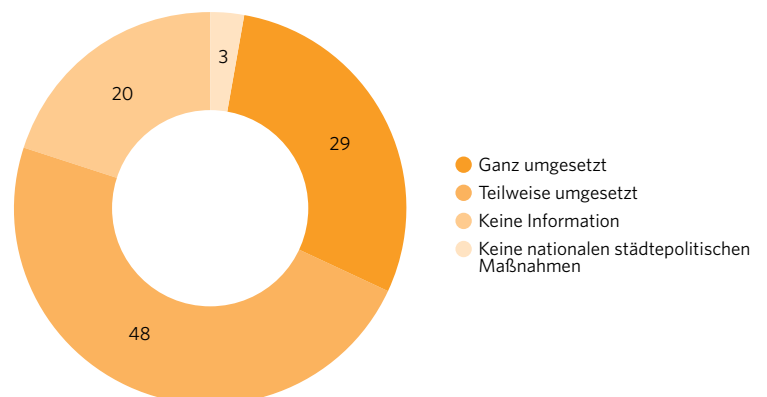
Anteil der Stadtbewohner, die in Gebieten leben, in denen der in den jährlichen WHO-Leitlinien für Luftqualität genannte Wert für Feinstaubpartikel mit einem Durchmesser von 2,5 Mikrometern oder weniger (PM_{2,5}) eingehalten wird – 2014 (in Prozent)



In mehr als 75 Prozent der Länder gibt es eine koordinierte Städteplanung

Durch nationale städtepolitische Maßnahmen wird der häufig planlose Prozess der Verstädterung strukturiert und organisiert. Daher wurde inzwischen erkannt, dass diese Maßnahmen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele entscheidend sind. Gemeinsam mit Beiträgen der regionalen und lokalen Ebene können nationale städtepolitische Maßnahmen oder ein regionaler Entwicklungsplan für eine Abstimmung der Anstrengungen zwischen allen Verwaltungsebenen sorgen und die besten Voraussetzungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung schaffen. Zugleich fördern diese Maßnahmen und Pläne stärkere Verbindungen zwischen städtischen, randstädtischen und ländlichen Gebieten, indem sie sektorale Maßnahmen miteinander verknüpfen, die die nationale, regionale und lokale Verwaltung betreffen. Im Mai 2017 hatten 149 Länder oder 77 Prozent städtepolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene ganz oder teilweise umgesetzt, die zumeist den in den Zielen für nachhaltige Entwicklung genannten Schwerpunktbereichen folgten.

Anteil der Länder, die nationale städtepolitische Maßnahmen umsetzen – 2017 (in Prozent)



Anmerkung: Die Angaben in der Grafik beruhen auf Daten aus 193 Ländern.



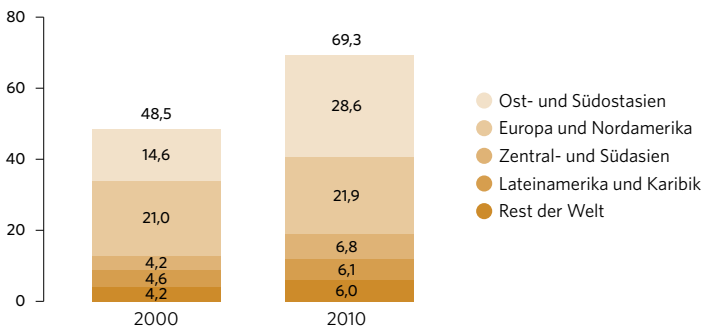


Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Konsum- und Produktionsmuster beeinflussen die Steuerung der Ressourcennutzung und deren soziale und ökologische Auswirkungen und dadurch wiederum die Nachhaltigkeit. Bei nachhaltiger Produktion wird mit geringerem Ressourceneinsatz eine wertgleiche Wirtschaftsleistung erzielt, und bei nachhaltigem Konsum sinkt die Notwendigkeit einer übermäßigen Ressourcengewinnung. In den ersten zehn Jahren dieses Jahrhunderts erhöhten sich jedoch weltweit sowohl der Material-Fußabdruck, also die Menge der zur Deckung der Konsumnachfrage geförderten Rohstoffe, als auch die Menge des in Produktionsprozessen eingesetzten Materials. Zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels bedarf es starker, in nationale und sektorale Pläne integrierter einzelstaatlicher Rahmen für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion sowie nachhaltiger Geschäftsprozesse und eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens. Schließlich erfordert die Erreichung des Ziels auch die Einhaltung der internationalen Normen betreffend gefährliche Chemikalien und Abfälle.

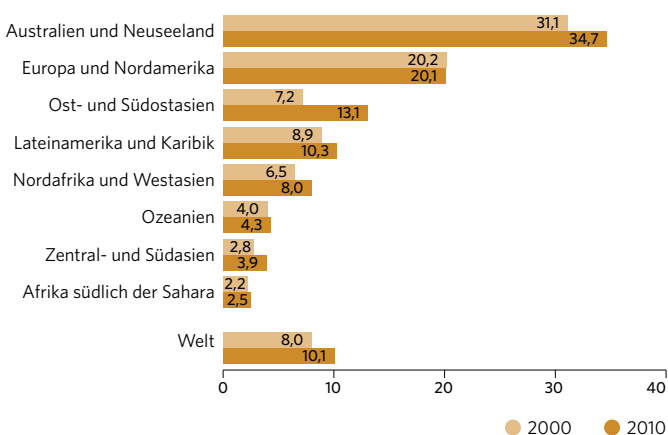


Material-Fußabdruck – 2000 und 2010 (in Milliarden Tonnen)



Anmerkung: „Rest der Welt“ umfasst die Regionen, deren Material-Fußabdruck jeweils weniger als 4 Milliarden Tonnen beträgt. Dazu gehören Nordafrika und Westasien, Afrika südlich der Sahara, Australien und Neuseeland sowie Ozeanien*. Aufgrund von Auf- oder Abrundung ergibt die Summe der Zahlen in den Grafiken nicht immer den Gesamtwert.

Material-Fußabdruck pro Kopf – 2000 und 2010 (Tonnen pro Kopf)



In den entwickelten Regionen ist der Material-Fußabdruck jedes Menschen deutlich größer als in den Entwicklungsregionen

Der Begriff „Material-Fußabdruck“ bezeichnet die Menge der weltweit abgebauten Rohstoffe, die zur Deckung der inländischen Endnachfrage eines Landes eingesetzt werden. Er zeigt, welches Volumen an Primärstoffen entlang der gesamten Versorgungskette im In- und Ausland benötigt wird, um den Konsumbedarf zu decken. Weltweit wuchs der Material-Fußabdruck zwischen 2000 und 2010 von 48,5 Milliarden Tonnen auf 69,3 Milliarden Tonnen. Der größte Anteil dieses Fußabdrucks entfiel auf zwei Regionen: Ost- und Südostasien (28,6 Milliarden Tonnen) und Europa und Nordamerika (21,9 Milliarden Tonnen).

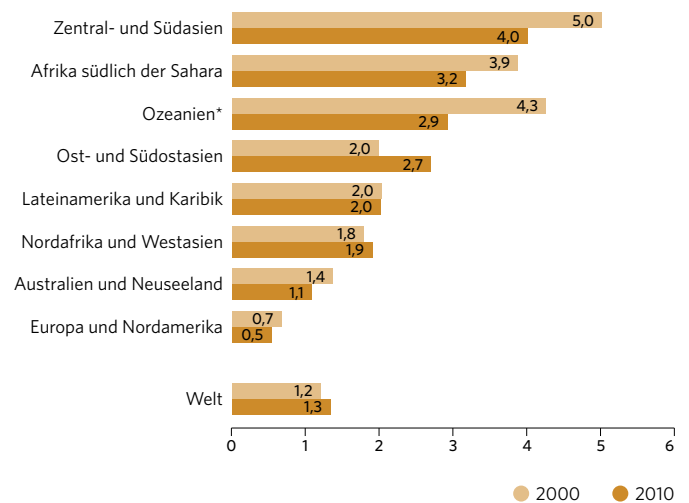
Auch der weltweite Material-Fußabdruck pro Kopf ist gewachsen, nämlich von 8 Tonnen im Jahr 2000 auf 10,1 Tonnen im Jahr 2010. Der Material-Fußabdruck pro Kopf wuchs in beinahe allen Regionen, das heißt, die Welt benötigt heute mehr Rohstoffe, um den Konsumbedarf eines Menschen zu decken.

2010 war der Material-Fußabdruck pro Kopf in Australien und Neuseeland mit 34,7 Tonnen am höchsten und in Afrika südlich der Sahara mit 2,5 Tonnen am niedrigsten. In den entwickelten Regionen liegt der Material-Fußabdruck pro Kopf weitaus höher als in den Entwicklungsregionen. Anders ausgedrückt dient ein Großteil der weltweit gewonnenen Rohstoffe der Befriedigung des Konsumbedarfs und der Konsumgewohnheiten der Menschen in den entwickelten Regionen.

Den meisten Regionen ist es gelungen, den Ressourceneinsatz je Produktionseinheit zu senken

Der Inlandsmaterialverbrauch (IMV) bezeichnet die Menge des innerhalb einer Volkswirtschaft in Produktionsprozessen eingesetzten Materials. Der IMV je BIP-Einheit bezeichnet die zur Herstellung einer Produktionseinheit benötigte Menge an Ressourcen. Der IMV je BIP-Einheit sank zwischen 2000 und 2010 in allen Regionen außer Ost- und Südostasien sowie Nordafrika und Westasien. In Ost- und Südostasien stieg der IMV je BIP-Einheit im selben Zeitraum von 2,0 auf 2,7 Kilogramm. Dies ist in erster Linie auf die weltweite Verlagerung der Verarbeitungsindustrie in diese Region und die darauf folgende rasante Industrialisierung zurückzuführen. Damit stieg der IMV je BIP-Einheit weltweit von 1,2 auf 1,3 Kilogramm. Auch der gesamte IMV stieg in diesem Zeitraum an, nämlich von 48,7 Milliarden Tonnen auf 71 Milliarden Tonnen. 42 Prozent aller 2010 verbrauchten Materialien entfielen auf Ost- und Südostasien.

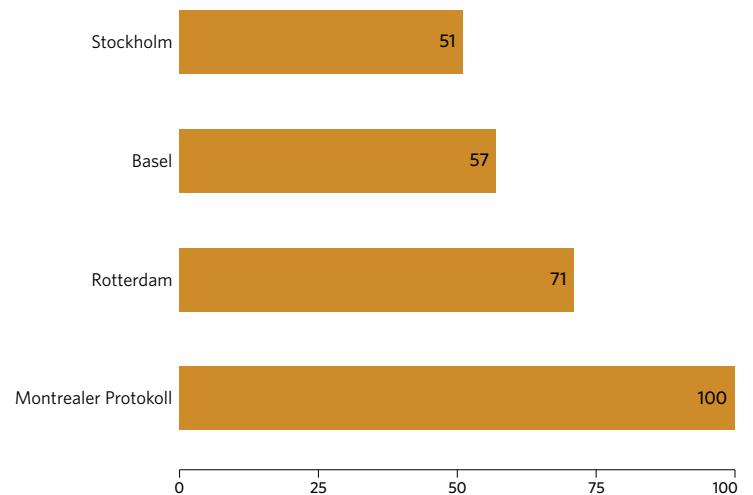
Inlandsmaterialverbrauch je BIP-Einheit – 2000 und 2010 (in Kilogramm je BIP-Einheit)



Viele Länder kommen ihren Berichtspflichten nach den wichtigsten globalen Umweltübereinkünften über Chemieabfälle und gefährliche Abfälle weiter nicht voll nach

Die Länder gehen weiter gegen Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung und die Gefährdung durch toxische Chemikalien vor und folgen dabei den Vorgaben verschiedener multilateraler Übereinkünfte. Dazu gehören das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung, das Rotterdamer Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel und das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe. Darüber hinaus tritt am 16. August 2017 das neue Übereinkommen von Minamata über Quecksilber in Kraft. Fast alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind Vertragspartei mindestens einer dieser Übereinkünfte; 157 sind Vertragspartei von drei. Nach den derzeitigen Verpflichtungen aus den Übereinkünften müssen die Länder regelmäßig Daten und Informationen über gefährliche Abfälle, persistente organische Schadstoffe und ozonabbauende Stoffe vorlegen. Zwischen 2010 und 2014 haben jedoch nur 51 Prozent der Vertragsparteien des Stockholmer Übereinkommens, 57 Prozent der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens und 71 Prozent der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens die verlangten Daten und Informationen bereitgestellt. Alle Vertragsparteien des Montrealer Protokolls kamen ihren Berichtspflichten nach.

Weltweite Übermittlungsrate[†] für das Montrealer Protokoll und die Übereinkommen von Rotterdam, Basel und Stockholm – 2010-2014 (in Prozent)



[†] Die Übermittlungsrate ist definiert als der Prozentsatz aller Verpflichtungen zur Übermittlung von Daten und Informationen nach dem jeweiligen Übereinkommen, den eine Vertragspartei erfüllt hat. Nach dem Stockholmer Übereinkommen sind alle vier Jahre nationale Berichte vorzulegen, nach dem Basler Übereinkommen jährlich. Nach dem Rotterdamer Übereinkommen besteht keine Verpflichtung zur Vorlage nationaler Berichte. Die Vertragsparteien sind jedoch verpflichtet, Entscheidungen betreffend die künftige Einfuhr der in das Übereinkommen aufgenommenen Chemikalien vorzulegen.

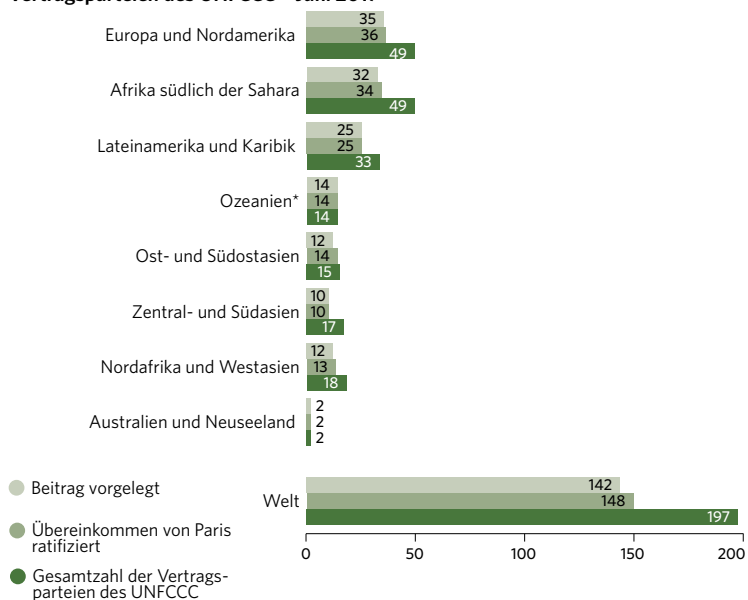


Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Der Klimawandel hat bereits heute auf der ganzen Welt tiefgreifende und besorgniserregende Auswirkungen. Die Erdtemperatur stieg 2016 weiter an und erreichte einen neuen Rekord von etwa 1,1° C über dem Wert der vorindustriellen Zeit. Die weltweit von Meereis bedeckte Fläche sank 2016 auf 4,14 Millionen Quadratkilometer, den zweitniedrigsten Wert überhaupt. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre erreichte 400 ppm (Teile je Million). In weiten Teilen der Welt herrschte im Zuge des El-Niño-Phänomens Dürre. Neben dem Ansteigen des Meeresspiegels und der Erdtemperatur häufen sich auch extreme Wetterereignisse, und natürliche Lebensräume wie Korallenriffe gehen zurück. Diese Veränderungen treffen Menschen in aller Welt, schädigen jedoch unverhältnismäßig stark die Ärmsten und Schwächsten. Es bedarf dringend konzertierter Maßnahmen, um den Klimawandel einzudämmen und die Widerstandskraft gegen weit verbreitete und ständig zunehmende klimabedingte Gefahren zu stärken.



Zahl der Vertragsparteien, die das Übereinkommen von Paris ratifiziert haben, Zahl der Vertragsparteien, die Beiträge vorgelegt haben, und Gesamtzahl der Vertragsparteien des UNFCCC – Juni 2017



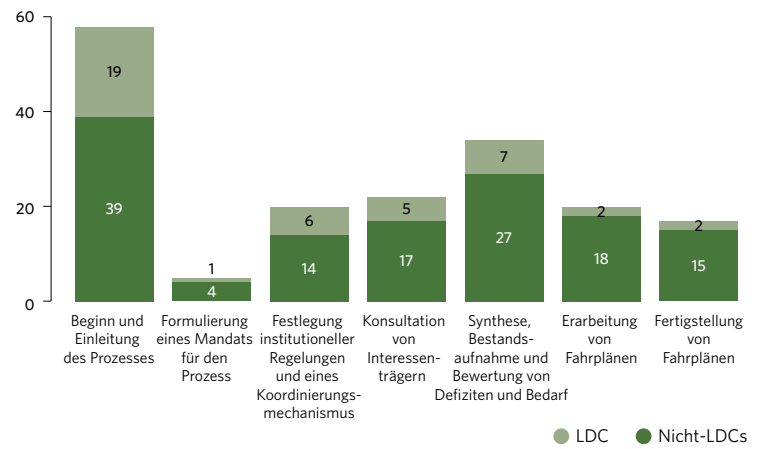
Die Entschlossenheit der Länder zu Klimamaßnahmen steigt, wie das rasche Inkrafttreten des Übereinkommens von Paris zeigte

Das wegweisende Übereinkommen von Paris eint die Nationen in einem stärkeren Vorgehen gegen den Klimawandel. Es soll den Anstieg der Erdtemperatur in diesem Jahrhundert deutlich unter 2° C über dem vorindustriellen Niveau und möglichst nahe an 1,5° C halten und die Widerstandskraft der Länder gegenüber den nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen stärken. Das Übereinkommen trat am 4. November 2016 in Kraft und steht für mehr Handlungsorientierung. Es verdeutlicht die Entschlossenheit der Nationen, Maßnahmen für das Klima und die nachhaltige Entwicklung zu ergreifen, indem sie die Ziele in durchführbare Strategien fassen und den globalen Finanzmittelfluss stärker in kohlenstoffarme, klimaresistente Bahnen lenken. Zum 7. Juni 2017 hatten 148 Vertragsparteien das Übereinkommen ratifiziert. Parallel zum Übereinkommen werden Initiativen entwickelt und umgesetzt, die durch mehr Finanzflüsse, Technologien und Kapazitätsaufbau die Entwicklungsländer und die anfälligsten Länder unterstützen sollen. Alle Vertragsparteien haben aufeinanderfolgende national festgelegte Beiträge zu erarbeiten, zu übermitteln und beizubehalten, in denen sie Ziele, Politiken und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels nennen. Die bisher eingereichten Beiträge lassen Verbindungen über alle Nachhaltigkeitsziele hinweg erkennen. Sie beschreiben Entwicklungskonzepte und -maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur Erhöhung der Klimaresilienz. Die Beiträge zeigen, dass die Regierungen Klimamaßnahmen in ihre Strategien für die sozioökonomische Entwicklung einbeziehen, da beide für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar sind. Zum 7. Juni 2017 hatten 142 Vertragsparteien (141 Länder und die Europäische Kommission) dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ihre ersten Beiträge übermittelt

Die Länder sind dabei, nationale Pläne zur Anpassung an den Klimawandel und zur Stärkung der Widerstandskraft zu erstellen und umzusetzen

Die nationalen Anpassungspläne (NAP) sollen den Entwicklungsländern helfen, ihren mittel- und langfristigen Anpassungsbedarf an den Klimawandel zu ermitteln und Strategien und Programme zur Deckung dieses Bedarfs zu erstellen und umzusetzen. Es handelt sich um einen kontinuierlichen, fortschreitenden, schrittweisen Prozess mit einem von den Ländern ausgehenden, geschlechtergerechten, partizipatorischen und vollständig transparenten Ansatz. Die Umsetzung hilft den Ländern, ihre Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels zu verringern, indem sie ihre Anpassungs- und Widerstandskraft erhöhen und die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsplanungsprozesse und -strategien einbinden. Zum 7. Juni 2017 hatten sieben Länder den ersten Schritt ihrer NAP abgeschlossen und vorgelegt; viele weitere Länder arbeiten daran. Der Grüne Klimafonds, der den am wenigsten entwickelten Ländern und anderen Entwicklungsländern raschere Hilfe bei der Erstellung und Umsetzung der NAP leisten soll, dürfte das Fortschrittsstempo steigern.

Zahl der Entwicklungsländer, die konkrete Maßnahmen ergriffen haben, um den Weg für die Erstellung und Umsetzung von NAP zu ebnen und Defizite zu beheben – 2017

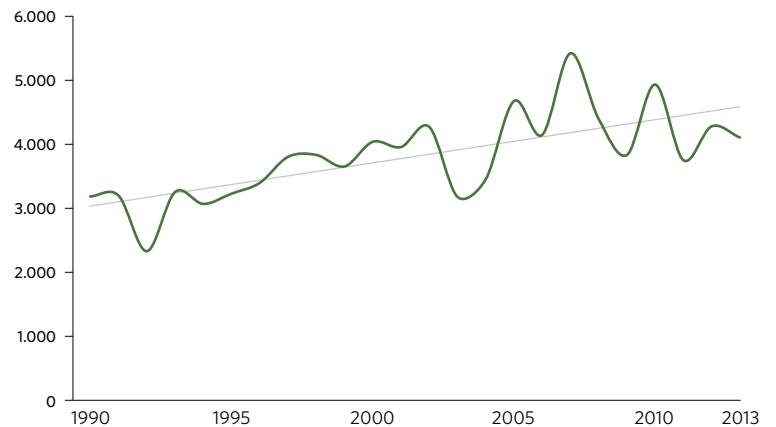


Anmerkung: Die sieben in der Grafik genannten Maßnahmen entsprechen den ersten Maßnahmen unter Element A des Prozesses zur Erstellung und Umsetzung von NAP. Darauf folgen vorbereitende Elemente (Element B), Umsetzungsstrategien (Element C) und Berichterstattung, Überwachung und Überprüfung (Element D). „Nicht-LDC“ sind Vertragsparteien, die Entwicklungsländer, jedoch keine am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sind.

Katastrophenvorsorge kann die steigende Zahl der Todesopfer bei kleineren Ereignissen senken

Von 1990 bis 2015 starben bei international gemeldeten Naturgefahren über 1,6 Millionen Menschen, und die Zahlen steigen. Da die meisten Opfer bei Katastrophen hoher Intensität sterben, sind in relativ kurzen Zeiträumen kaum Trends zu erkennen. Doch die Daten zu kleineren Katastrophen zeigen eine statistisch signifikante Zunahme der Sterblichkeit bei Ereignissen mit unter 100 Toten. Auch eine Studie, die das Bevölkerungswachstum berücksichtigte, ergab steigende Zahlen. Die Zahl der Todesopfer bei Katastrophen hängt nicht nur von der Gefahr selbst, sondern auch von einer Kombination anderer Faktoren ab, u. a. mangelhafte städtebauliche Planung, Umweltzerstörung, fehlende Katastrophenvorsorge, Armut und Ungleichheit. Diese Faktoren führen auch zu den meisten Todesfällen durch Naturgefahren und treffen einkommensschwache Haushalte und Gemeinschaften sowie Kleinunternehmen oft unverhältnismäßig stark. Die Daten zeigen, dass Investitionen in die Katastrophenvorsorge sinnvoll sind und Leben retten.

Gesamtzahl der Todesfälle durch Naturgefahren (geologische und hydrometeorologische Ereignisse) mit weniger als 100 Todesopfern – 1990-2013

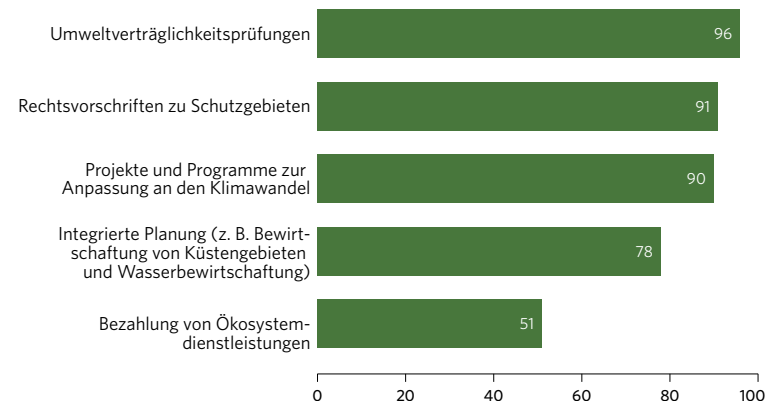


Anmerkung: Geologische Ereignisse sind z. B. Erdbeben, Rutschungen (trocken) und Vulkanaktivität. Hydrometeorologische Ereignisse sind z. B. Überschwemmungen, Stürme, Erdbeben, extreme Temperaturen, Dürren und Naturbrände.

Armut, Ungleichheit, Umweltzerstörung und schlechte Stadtplanung erhöhen Katastrophenrisiken

Die Minderung mit Naturgefahren verbundener Risiken erfordert einen umfassenden Ansatz, der neuen Risiken vorbeugt, die bestehenden senkt und die wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche und ökologische Resilienz stärkt. Im letzten Jahrzehnt haben die Länder die schlimmsten Katastrophenfolgen besser bewältigt, vor allem durch neue Institutionen und Politiken zur Katastrophenvorsorge sowie den Ausbau der Kapazitäten für Katastrophenvorsorge und -abwehr und Frühwarnung. Die Bekämpfung der Faktoren für Katastrophenrisiken – Armut, schlechte Stadtplanung und Landnutzung, unzureichendes Umwelt- und Ressourcenmanagement und Klimawandel – war hingegen nicht sehr erfolgreich. Daher setzen die Länder nun nationale und lokale Vorsorgestrategien um, die auch an diesen Faktoren ansetzen. Alle 96 Länder, die Daten einreichten, nutzten Umweltverträglichkeitsprüfungen zum Umgang mit diesen Faktoren. Doch nur 51 Länder nutzten die Bezahlung von Ökosystemdienstleistungen, die nachweislich eine bessere Flächenbewirtschaftung und den Schutz ökologischer Dienstleistungen fördert.

Zahl der Länder mit Mechanismen für die Verringerung der tieferen Risikofaktoren für Katastrophen – 2014-2015



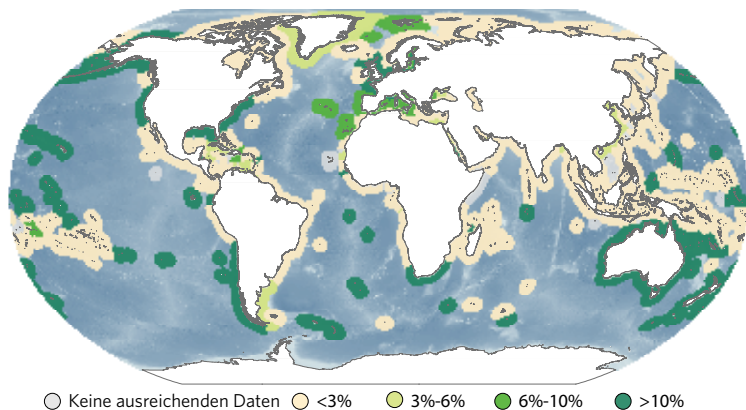
Anmerkung: Die Grafik beruht auf Daten aus 96 Ländern.

Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Ozeane bedecken fast drei Viertel der Erde und sind damit ihr größtes Ökosystem. Die hohe Zahl der Küstenbewohner aller Regionen sind für ihre Existenzsicherung und ihren Wohlstand auf das Meer angewiesen. Ozeane leisten außerdem unschätzbare Umweltdienste: Sie erzeugen die Hälfte des Sauerstoffs in unserer Atemluft, beherbergen eine große Vielfalt an Meeresressourcen und regulieren das Klima. Doch trotz der entscheidenden Bedeutung der Ozeane der Welt gerät ihr weiterer Schutz durch die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels (darunter die Ozeanversauerung), Überfischung und Meeresverschmutzung in Gefahr. Die kleinen Inselentwicklungsländer sind am stärksten bedroht. Da sich die Ozeane über Grenzen hinweg erstrecken, muss die Bewirtschaftung der Meeresressourcen Maßnahmen auf allen Ebenen (national, regional und global) umfassen, um die Bedrohungen zu mindern.



Anteil der nationalen Hoheitsbefugnissen unterliegenden Meeresgebiete (0-200 Seemeilen vor der Küste), die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2017 (in Prozent)



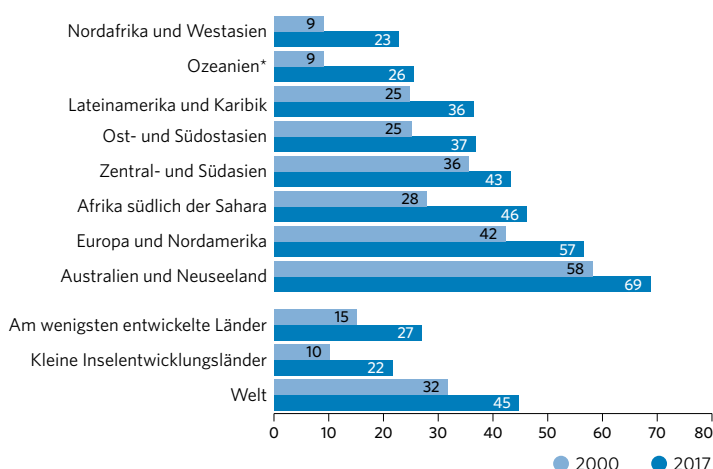
Anmerkung: Die Weltkarte dient rein darstellenden Zwecken und beinhaltet keine Stellungnahme zum Rechtsstatus von Ländern oder Hoheitsgebieten oder zum Verlauf ihrer Grenzen oder Grenzlinien.

Einige Länder sorgen weiter für eine erhebliche Ausweitung der Meeresschutzgebiete

Wirksam verwaltete und ausreichend mit Ressourcen ausgestattete Meeresschutzgebiete sind wichtige Mechanismen für die Bewahrung des Lebens im Meer. 2017 stehen 13,2 Prozent der nationalen Hoheitsbefugnissen unterliegenden Meeresumwelt (bis zu 200 Seemeilen vor der Küste) und 0,25 Prozent der Meeresumwelt außerhalb dieser Befugnisse sowie 5,3 Prozent der gesamten weltweiten Meeresraums unter Schutz. Gegenüber 2000, als nur 1,7 Prozent der weltweiten Meeresgebiete geschützt waren, ist dies ein erheblicher Zuwachs. Dieser ist auf die Schaffung neuer Meeresschutzgebiete, die Ausweitung der bestehenden Gebiete und die Beiträge mehrerer neuer großer Meeresschutzgebiete zurückzuführen. Der Zuwachs der letzten Jahre entstand hauptsächlich durch diese neuen großen Gebiete, so insbesondere vor den Küsten Australiens, Chiles, Neuseelands, Palaus und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Um den gewünschten Langzeitnutzen des Naturschutzes zu erreichen, müssen im Rahmen solcher Schutzgebiete für die biologische Vielfalt wichtige Orte erhalten werden. Dazu gehören z. B. die für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete. Der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind, ist zwischen 2000 und 2017 von 32 Prozent auf 45 Prozent und damit um mehr als 40 Prozent gestiegen. Der Anteil der als Schutzgebiete ausgewiesenen für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete ist in Australien und Neuseeland (69 Prozent) und in Europa und Nordamerika (57 Prozent) am höchsten. Am niedrigsten ist er in den kleinen Inselentwicklungsländern (22 Prozent) und in Nordafrika und Westasien (23 Prozent).

Durchschnittlicher unter Schutz stehender Anteil jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiets – 2000 und 2017 (in Prozent)

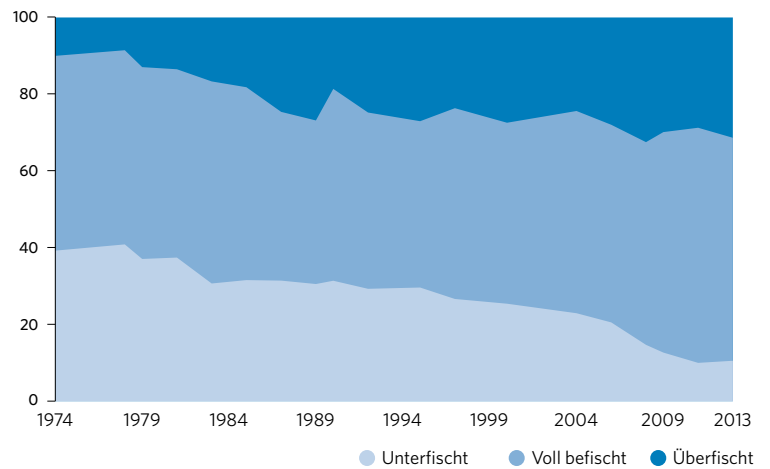


Anmerkung: Für die Zahlen für jede Region wurde der unter Schutz stehende Anteil jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiets ermittelt und sodann der Durchschnittswert für alle diese Gebiete innerhalb der Region gebildet.

Rund ein Drittel der weltweiten Fischbestände sind von Überfischung bedroht

Fischerei bietet Milliarden Menschen in aller Welt eine Nahrungs- und Existenzgrundlage. Sie ist jedoch für Umweltzerstörung, Klimawandel und Überfischung sehr anfällig. Bei nicht nachhaltiger Fischereibewirtschaftung und Überfischung der Bestände werden die Nahrungsmittelproduktion, das Funktionieren der Ökosysteme und die biologische Vielfalt beeinträchtigt. Der Anteil der weltweit überfischten Bestände die sich also auf einem biologisch nicht nachhaltigen Niveau befinden – stieg zwischen 1974 und 2013 von 10 auf 31 Prozent. Diese Entwicklung hat sich jedoch verlangsamt und scheint sich zwischen 2008 und 2013 stabilisiert zu haben. Von den 10 Arten, die 2013 in der marinen Fangfischerei die höchsten Erträge brachten, waren die meisten voll befischt, während einige Bestände als überfischt galten. So gilt beispielsweise der atlantische Kabeljau im Nordwestatlantik als überfischt, und 41 Prozent der wichtigsten Thunfisch-Arten finden sich ebenfalls in dieser Kategorie. Bei überfischten Beständen sind strenge Bewirtschaftungspläne notwendig, um ihre Bestandsdichte wieder auf ein volles und biologisch nachhaltiges Produktivitätsniveau zurückzuführen.

Anteil der Fischbestände innerhalb und außerhalb des Bereichs der biologischen Nachhaltigkeit – 1974-2013 (in Prozent)



Anmerkung: Für unterfischte und voll befischte Bestände ist die biologische Nachhaltigkeit gegeben, nicht jedoch für überfischte Bestände.

Die zunehmende Versauerung der Ozeane gefährdet die Meeresökosysteme weltweit

Die Ozeane nehmen bis zu 30 Prozent des jährlichen anthropogenen CO₂-Ausstoßes auf und helfen so den Anstieg der Treibhausgase zu mindern. Dieser Nutzen hat jedoch einen hohen ökologischen Preis: Das aufgenommene CO₂ verändert die Karbonat-Chemie der Gewässer; die Folgen sind ein erhöhter Säuregehalt des Meerwassers (niedrigerer pH-Wert) und eine geringere Aragonit-Sättigung. Diese veränderten Verhältnisse können die Schalen und Skelette vieler Meeresarten (wie etwa riffbildende Korallen und Schalenweichtiere, die Aragonit zur Bildung ihrer Schalen verwenden) erheblich schwächen. Diese Effekte bedrohen die Widerstandsfähigkeit der Meeresökosysteme, insbesondere der Korallen, und könnten das Nahrungsnetz der Meere gefährden.

Laut Studien auf offenem Meer und in Küstengebieten an verschiedenen Orten der Welt ist der Säuregehalt der Meere seit Beginn der industriellen Revolution um durchschnittlich 26 Prozent gestiegen (Abnahme des pH-Wertes um 0,1), und Meereslebewesen sind an allen

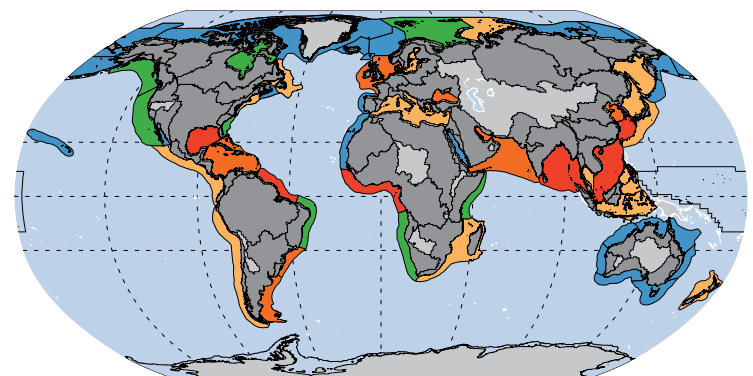
weltweit studierten Orten Bedingungen ausgesetzt, die außerhalb der vorherigen natürlichen Variabilität liegen. In einigen Regionen wurden die Veränderungen durch natürliche Prozesse wie Tiefenwasseraufstieg (oft von kaltem, CO₂- und nährstoffreichem Wasser aus der Tiefsee) verstärkt, wodurch jenseits biologisch relevanter Grenzwerte liegende Verhältnisse entstehen.

Schätzungen zufolge könnten die Ozeane mit steigender CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bis zum Jahr 2100 fast 150 Prozent saurer werden (Abnahme des pH-Wertes um bis zu 0,4). Die Menge des eingebrachten Kohlenstoffs ist zwar groß, doch die stärkere Belastung geht von dem rasanten Tempo der Ozeanversauerung aus, das so hoch ist wie seit der letzten Eiszeit nicht mehr. Es könnte Zehntausende Jahre dauern, bis der pH-Wert der Ozeane wieder den vor der Industrialisierung herrschenden Stand erreicht. Fehlt die Zeit, um die Folgen der Ozeanversauerung abzufedern, erhöhen Intensität und Schnelligkeit der Veränderung die Risiken für die Gesundheit der Ozeane.

Ohne konzertiertes Handeln steigt die Küsteneutrophierung bis 2050 in einem Fünftel der großen Meeresökosysteme

Global zeigt sich eine weitere Schädigung der Küstengewässer durch Verschmutzung und Eutrophierung (ein oft durch Abwässer vom Land verursachter Nährstoffüberschuss im Wasser, der zu dichtem Pflanzenwuchs und zum Absterben tierischen Lebens durch Sauerstoffmangel führt). Dieses Phänomen ist oft mit hohen Bevölkerungszahlen in Städten und intensiver Land- und Viehwirtschaft verbunden. 16 Prozent der 63 großen Meeresökosysteme, die im Rahmen des Programms zur Bewertung grenzüberschreitender Gewässer evaluiert wurden, fallen in die „hohe“ oder „höchste“ Risikokategorie für eine v. a. durch Abwässer und Landwirtschaft bedingte Küsteneutrophierung. Sie liegen zumeist vor den Küsten Westeuropas und Süd- und Ostasiens und im Golf von Mexiko. Die meisten großen Meeresökosysteme fallen noch in die „niedrigste“ oder „niedrige“ Risikokategorie. Bis 2050 wird die Küsteneutrophierung jedoch wohl in 21 Prozent dieser Systeme zunehmen. Um die Risiken zu senken, muss der Nährstoffeintrag durch Abwasserbehandlung und verbesserte Agrarmethoden verringert werden.

Zusammengefasster Indikator der von Nährstoffen ausgehenden Risiken für große Meeresökosysteme, hochgerechnet bis 2050



Anmerkung: Die Weltkarte dient rein darstellenden Zwecken und beinhaltet keine Stellungnahme zum Rechtsstatus von Ländern oder Hoheitsgebieten oder zum Verlauf ihrer Grenzen oder Grenzlinien.



Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Geschützte und wiederhergestellte Ökosysteme und ihre biologische Vielfalt können zur Abschwächung des Klimawandels beitragen und die Resilienz gegenüber erhöhtem Bevölkerungsdruck und häufigeren Katastrophen erhöhen. Gesunde Ökosysteme bieten auch allen Gemeinschaften vielfältigen Nutzen, z. B. saubere Luft, Wasser, Nahrung, Rohstoffe und Arzneimittel. Bisher kamen die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Landökosysteme und der Schutz der Biodiversität ungleichmäßig voran. Der Waldverlust hat sich verlangsamt, die nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Erhaltung für die Biodiversität wichtiger Gebiete schreiten voran. Doch der schnelle Biodiversitätsverlust und das Anhalten von Wilderei und illegalem Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen machen Sorge. Von 1998 bis 2013 sank auf etwa einem Fünftel der vegetationsbedeckten Fläche der Erde die Produktivität stetig. Boden- und Landverödung schaden der Sicherheit und Entwicklung überall.

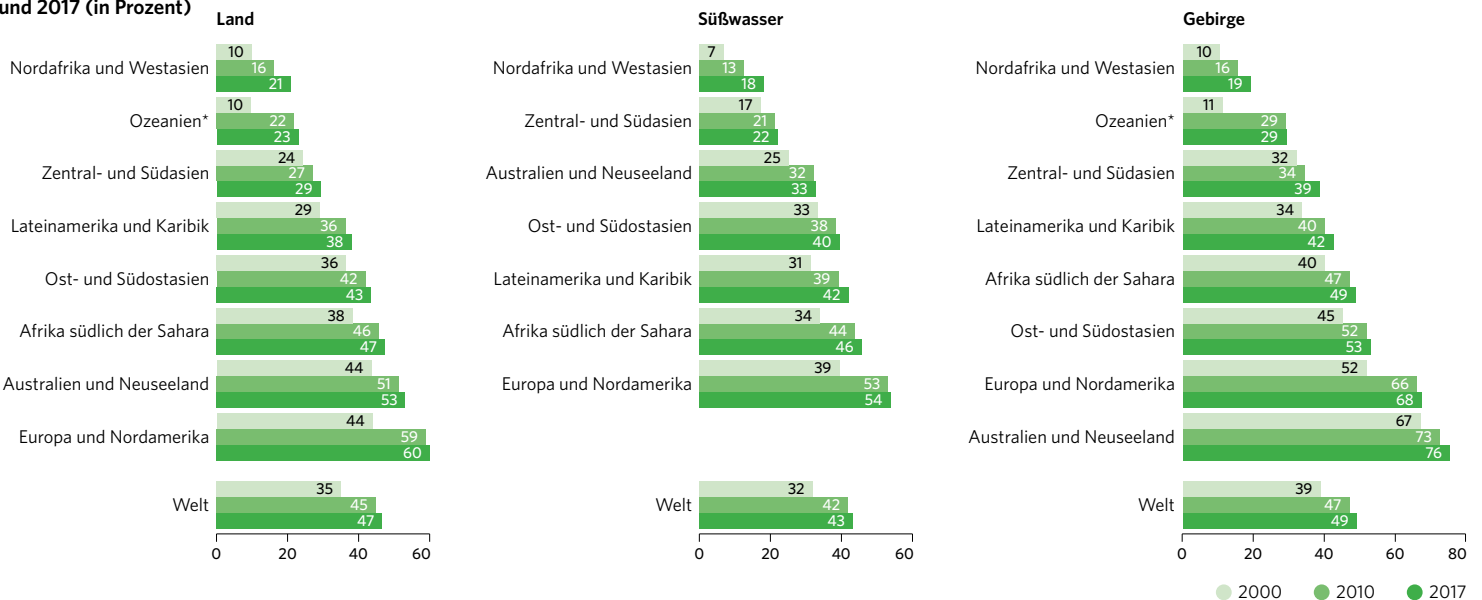


Für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete werden weiter unter Schutz gestellt, jedoch in den letzten Jahren langsamer

15 Prozent der Land- und Süßwasserökosysteme weltweit stehen unter Schutz. Bei wirksamer Bewirtschaftung und strategisch guter Lage können sie für eine nachhaltige Entwicklung entscheidend sein. Für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete – Orte, die bedeutend zur globalen Biodiversität beitragen – gilt es zu schützen, um die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Erhaltung der Biodiversität zu stärken. Bisher wurden weltweit über 15.000 solcher Gebiete identifiziert.

Zur Sicherung der langfristigen nachhaltigen Nutzung der Land-, Süßwasser- und Gebirgsressourcen müssen die für die Biodiversität dieser verschiedenen Ökosysteme besonders wichtigen Gebiete geschützt werden. Von 2000 bis 2017 stieg der unter Schutz stehende Anteil dieser Gebiete weltweit im Schnitt von 35 auf 47 Prozent (Land), von 32 auf 43 Prozent (Süßwasser) bzw. von 39 auf 49 Prozent (Gebirge). Dieser Trend ist zwar positiv, doch mit einer Steigerung von nur 1 bis 2 Prozent seit 2010 kamen unter den für die Biodiversität besonders wichtigen Gebieten nur recht wenige neue Schutzgebiete hinzu.

Durchschnittlicher Anteil der für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Land-, Binnensüßwasser- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2000, 2010 und 2017 (in Prozent)

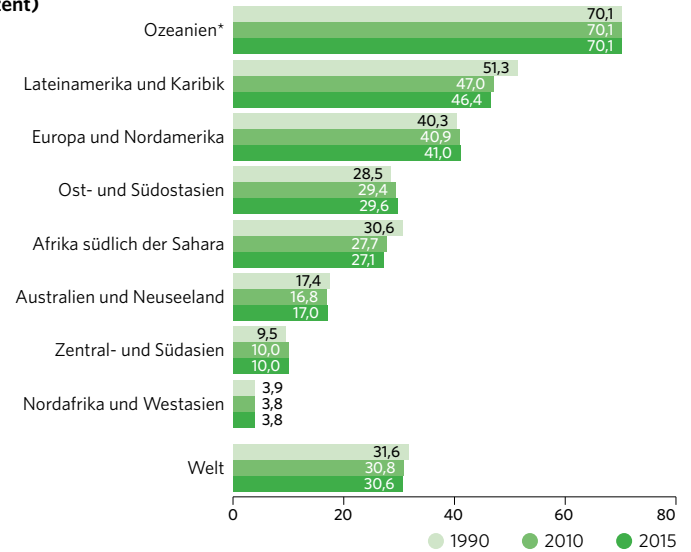


Anmerkung: Für die Zahlen für jede Region wurde der unter Schutz stehende Anteil jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiets ermittelt und sodann der Durchschnittswert für alle diese Gebiete innerhalb der Region gebildet.

Die weltweite Waldfläche nimmt weiter ab, doch der Verlust verlangsamt sich

Wälder schützen Wassereinzugsgebiete, mildern die Folgen von Naturkatastrophen, fördern die biologische Vielfalt und binden Kohlenstoff. Die weltweite Waldfläche nimmt zwar weiter ab, doch der Verlust hat sich verlangsamt. Von 2010 bis 2015 war der jährliche Nettowaldverlust weltweit nicht einmal halb so hoch wie in den 1990er Jahren. Mehr Wälder werden geschützt, und es gibt für mehr Gebiete langfristige Bewirtschaftungspläne und eine freiwillige Zertifizierung. Der Anteil der Waldflächen sank von 31,6 Prozent im Jahr 1990 auf 30,8 Prozent im Jahr 2010 und 30,6 Prozent im Jahr 2015. Der Waldverlust ist hauptsächlich der Entwaldung in Afrika südlich der Sahara und in Lateinamerika und der Karibik zuzuschreiben.

Anteil der Waldflächen an der gesamten Landfläche – 1999, 2010 und 2015 (in Prozent)

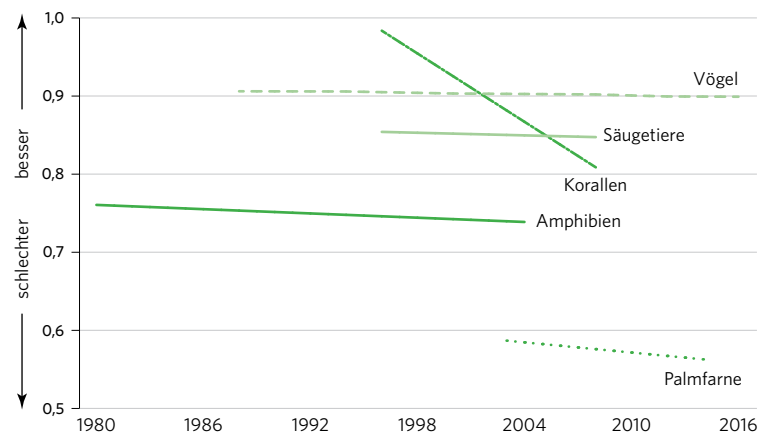


Korallen, Amphibien und Palmfarne sind zunehmend vom Aussterben bedroht

Dem Rote-Liste-Index zufolge geht der Biodiversitätsverlust erschreckend schnell voran. Der Index misst die Trends beim Aussterberisiko für verschiedene Arten. Aus den verfügbaren Daten geht hervor, dass drei Gruppen – Korallen, Amphibien und Palmfarne – aufgrund spezifischer und zunehmender Bedrohungen stark rückgängig sind. Die Korallenbleiche aufgrund des Klimawandels und lokaler Faktoren beeinträchtigt die Gesundheit der Korallenriffe weltweit. Riffe tragen weltweit die größte meeresbiologische Vielfalt, doch laufen sie Gefahr, bis 2050 ganz zu verschwinden. Bereits heute werden Riffe durch starke Schübe von Korallenbleiche, wie 2016 und 2017 am Großen Barriereriff, geschädigt.

Auch für Amphibien ist das Aussterberisiko hoch; 41 Prozent sind bereits bedroht. Viele Amphibienarten leben an nur einem Ort und sind durch den Verlust ihres Lebensraums und die Ausbreitung von Krankheiten, z. B. Chytridiomykose, stark gefährdet. Viele Palmfarne, eine alte Gruppe zapfenbildender Pflanzen, sind durch nicht nachhaltige Ausbeutung und die Zerstörung ihres Lebensraums ebenfalls bedroht.

Rote-Liste-Index zum Überleben von Arten – 1980-2016

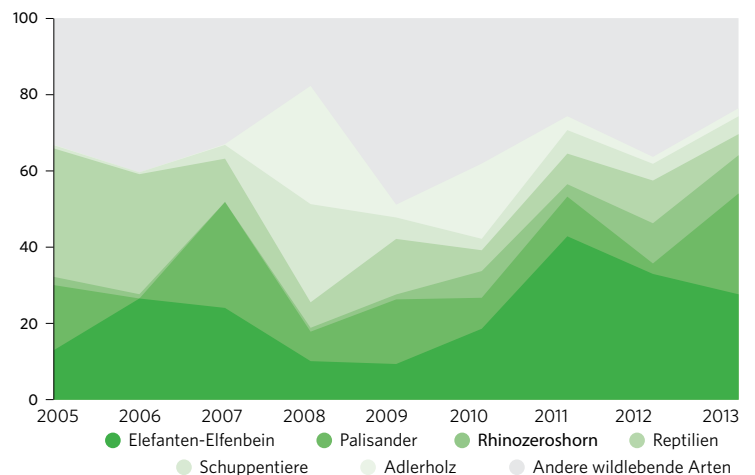


Anmerkung: Ein Wert von 1,0 im Rote-Liste-Index bedeutet, dass alle Arten als nicht gefährdet eingestuft werden, also in naher Zukunft nicht auszusterben drohen. Ein Wert von Null besagt, dass alle Arten ausgestorben sind.

Wilderei und illegaler Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen bedrohen das Überleben vieler Arten

Wilderei und illegaler Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen vereiteln nach wie vor Erhaltungsmaßnahmen, und Berichten zufolge werden fast 7.000 Tier- und Pflanzenarten in 120 Ländern illegal gehandelt. Solche Arten werden in der Regel durch mehrere Länder befördert und fern von ihrem Herkunftsort gefunden. Vorzeigarten wie Tiger, Elefanten und Nashörner sind, ebenso wie viele weniger bekannte Tier-, Pflanzen- und Meeresarten, in ihrem Überleben stark gefährdet. Gewilderte und illegal gehandelte wildlebende Arten tauchen auf vielen separaten und oft nicht verbundenen Märkten auf. Sie finden von der Möbel- bis zur Modeindustrie mit jeweils eigener Dynamik und nie gleichbleibenden Handelsmustern Verwendung. Die Nachfrage nach einem bestimmten Produkt kann rasch wachsen, bevor die internationale Gemeinschaft wirksam reagieren kann. 2013 machten Elefanten-Elfenbein, Palisander, Rhinozeroshörner und Reptilien 70 Prozent aller Beschlagnahmen im Bereich dieser Arten aus. Um gegen diese Dynamik vorzugehen, bedarf es eines eingehenden Verständnisses der Märkte, die aus wildlebenden Tieren oder Pflanzen gewonnene Materialien und Produkte verwenden, und einer stärkeren Regulierung dieser Sektoren.

Anteil bestimmter Arten wildlebender Tiere und Pflanzen an den gesamten Beschlagnahmen (Vergleichswert) – 2005-2013 (in Prozent)



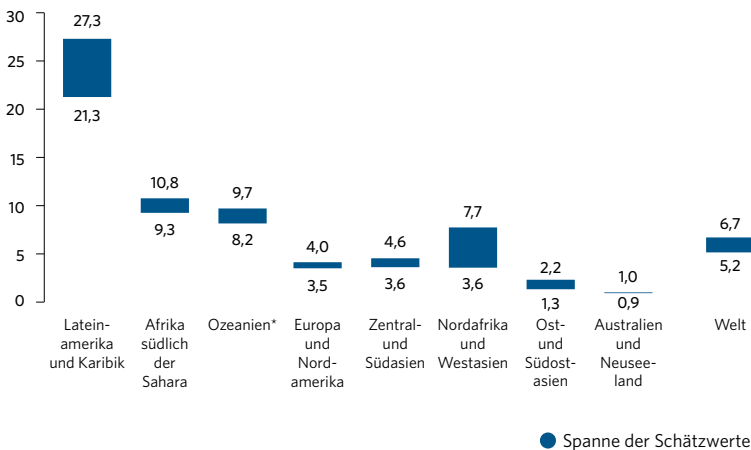
Anmerkung: Andere wildlebende Arten umfassen Korallen, Störe, Meeresschildkröten, Papageien, Großkatzen, Landschildkröten, Greifvögel und andere. Um Beschlagnahmen verschiedener Produkte aus wildlebenden Arten zusammenfassen zu können, bedarf es einer gemeinsamen Einheit, und Messgrößen wie Menge und Gewicht reichen nicht aus. Der hier verwendete „Vergleichswert“ beruht auf dem gemeldeten Importwert ähnlicher legaler Produkte auf einem Referenzmarkt und dient als Anhaltspunkt für den relativen Wert, nicht zur Bezifferung des absoluten Werts.

Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Fortschritte bei der Förderung von Frieden und Gerechtigkeit und beim Aufbau wirksamer, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen sind innerhalb und im Vergleich von Regionen weiter ungleichmäßig. Tötungsdelikte gehen langsam zurück, und weltweit haben mehr Bürger besseren Zugang zur Justiz. Allerdings gab es in den letzten Jahren mehr gewalttätige Konflikte, und einige hochintensive bewaffnete Konflikte fordern viele Opfer unter der Zivilbevölkerung und vertreiben Millionen von Menschen aus ihrer Heimat. Ungleichheit ist allgegenwärtig. Die Daten zeigen, dass in Ländern mit höherer Einkommensungleichheit mehr Gewalt herrscht. Opfer von Menschenhandel kommen eher aus ärmeren Ländern und Regionen, in denen auch eher Korruption herrscht. Dagegen werden Rechtsrahmen und -institutionen gesetzt, z. B. für den Informationszugang und die Förderung der Menschenrechte, doch krankt es teils an der Umsetzung.



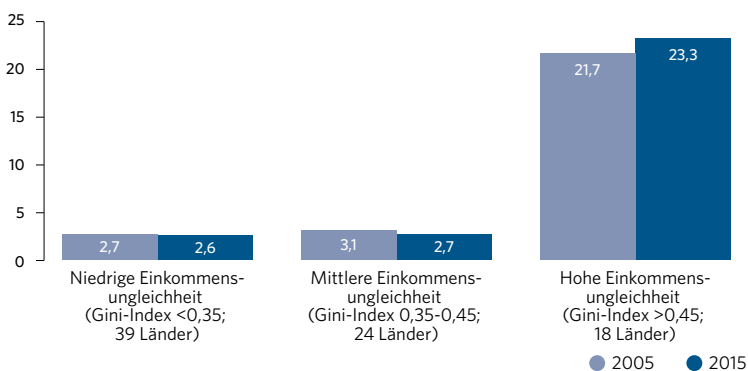
Zahl der Opfer vorsätzlicher Tötung je 100.000 Menschen – 2015 oder aktuellstes Jahr



Hinter der niedrigeren Tötungsrate des letzten Jahrzehnts verbergen sich große nationale und regionale Unterschiede

2015 lag die Zahl der Opfer vorsätzlicher Tötung weltweit zwischen 5,2 und 6,7 je 100.000 Menschen. Zwar gingen vorsätzliche Tötungen in den letzten zehn Jahren insgesamt zurück, doch ist das Risiko in manchen Ländern Lateinamerikas, Afrikas südlich der Sahara und Asiens gestiegen. Die Inzidenzrate vorsätzlicher Tötungen variiert regional weiter stark und war in Lateinamerika und der Karibik am weitest höchsten. Sie lag dort um das 17-Fache höher als in Ost- und Südostasien und um das 20-Fache über der Australiens und Neuseelands. Opfer von Tötungsdelikten sind mehrheitlich Männer. In den letzten Jahren wurden jährlich vier- bis fünfmal so viele Männer ermordet wie Frauen.

Zahl der Opfer vorsätzlicher Tötung je 100.000 Menschen nach Einkommensungleichheit (gemessen am Gini-Index des Landes) – 2005 und 2015



In Ländern mit hoher Einkommensungleichheit sind die Tötungsraten höher

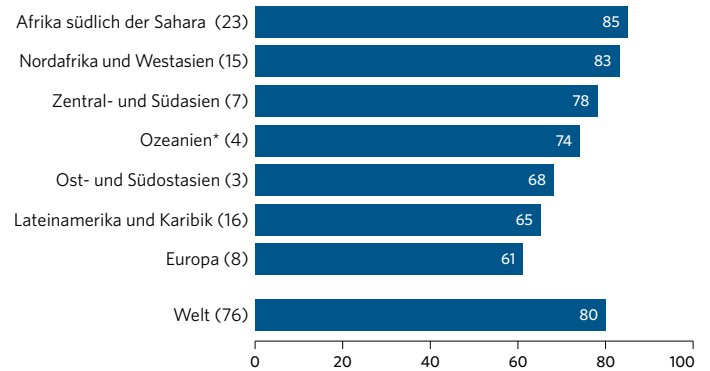
In Ländern mit höherer Einkommensungleichheit ist die Rate vorsätzlicher Tötungen in der Regel höher – ein länder- und regionenübergreifendes Phänomen. Seit 2005 ist die Tötungsrate in einigen Ländern mit hoher Einkommensungleichheit entgegen der allgemein rückläufigen Tendenz gestiegen. In diesen Ländern war die Tötungsrate 2015 zudem durchschnittlich neunmal höher als in Ländern mit einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung.

Anmerkung: Der Gini-Index misst, wie stark die Einkommensverteilung zwischen Personen oder Haushalten innerhalb einer Volkswirtschaft von absoluter Gleichheit (ein Wert von Null) abweicht. Absolute Ungleichheit hätte den Wert von Eins.

Gewalttätige Formen der Maßregelung von Kindern sind weit verbreitet

Gewalttätige Formen der Maßregelung, zu denen körperliche Züchtigung, verbale Einschüchterung und psychologische Aggression gehören, sind weit verbreitet. Verschiedene Formen dieser Maßregelung überschneiden sich oft und treten häufig gemeinsam auf, was die Kurz- wie Langzeitschäden noch verschlimmert. Solche Schäden können unmittelbare Folgen oder Langzeitschäden sein, die sich bis ins Erwachsenenalter ziehen. Trotz ihrer abträglichen und anhaltenden Folgen sind gewalttätige Formen der Maßregelung weit verbreitet. In den 76 Ländern, für die für 2005 bis 2016 Daten vorlagen, waren im Schnitt 80 Prozent der Kinder zwischen 1 und 14 Jahren regelmäßig psychologischer Aggression und/oder körperlicher Züchtigung ausgesetzt. Nur in sieben dieser Länder erlebten weniger als die Hälfte der Kinder zu Hause psychologische Aggression und/oder körperliche Züchtigung.

Anteil der Kinder zwischen 1 und 14 Jahren, die im vergangenen Monat einer Form von gewalttätiger Maßregelung (psychologische Aggression und/oder körperliche Züchtigung) ausgesetzt waren – 2005-2016 (in Prozent)

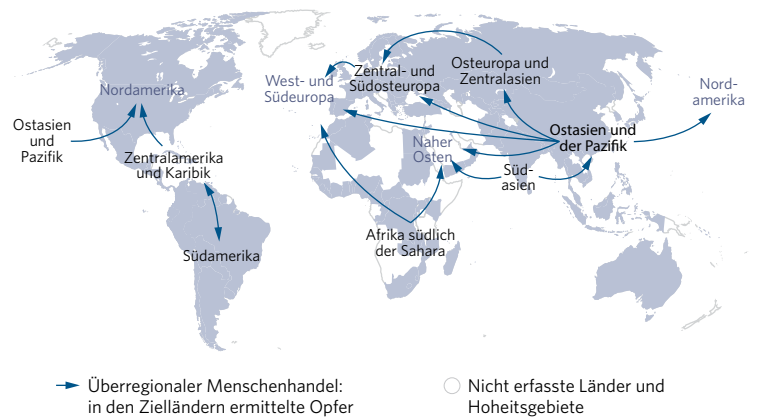


Anmerkung: Für 2005-2016 lagen Daten für 76 Länder oder 26 Prozent der Weltbevölkerung im Alter zwischen 1 und 14 Jahren vor. Die Zahl der Länder, für die Daten vorlagen, steht in Klammern.

Keine Region ist gegen den Menschenhandel gefeit

Zwischen 2012 und 2014 identifizierten Strafverfolgungsbeamte mehr als 570 verschiedene Menschenhandelswege, die kreuz und quer durch die ganze Welt verliefen. Zwar sind alle Regionen vom Menschenhandel betroffen, doch werden die Opfer grenzüberschreitend vielfach von Ländern mit niedrigerem in Länder mit höherem Einkommen verbracht. 2014 wurden weltweit mehr Frauen und Mädchen als Opfer des Menschenhandels identifiziert als Männer und Jungen, doch ging ihr Anteil von 84 Prozent 2004 langsam auf 71 Prozent 2014 zurück. Zwar sank auch der Anteil der Opfer des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, doch der zum Zweck der Zwangsarbeit stieg. Von allen 2014 ermittelten Opfern waren mehr als ein Viertel Kinder, und zwar 20 Prozent Mädchen und 8 Prozent Jungen. In Afrika südlich der Sahara, in Zentralamerika und der Karibik waren die Mehrzahl der ermittelten Opfer Kinder.

Hauptziele und wichtige Ausgangspunkte des überregionalen Menschenhandels – 2012-2014

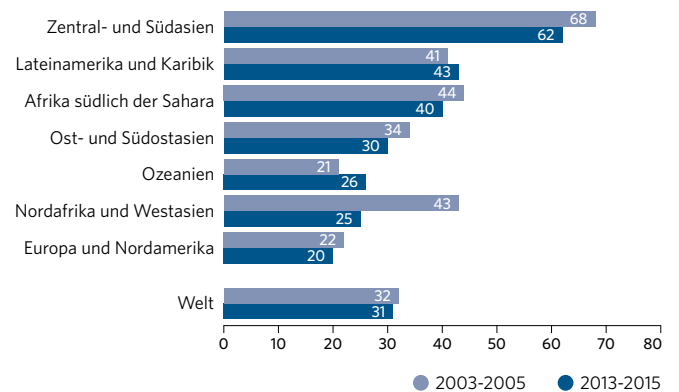


Anmerkung: Ein Pfeil repräsentiert den Weg, den 5 oder mehr Prozent aller in der Ziel-Subregion ermittelten Opfer genommen haben. Die Weltkarte dient rein darstellenden Zwecken und beinhaltet keine Stellungnahme zum Rechtsstatus von Ländern oder Hoheitsgebieten oder zum Verlauf ihrer Grenzen oder Grenzlinien.

Ein Drittel der Gefangenen weltweit wird ohne Urteil festgehalten

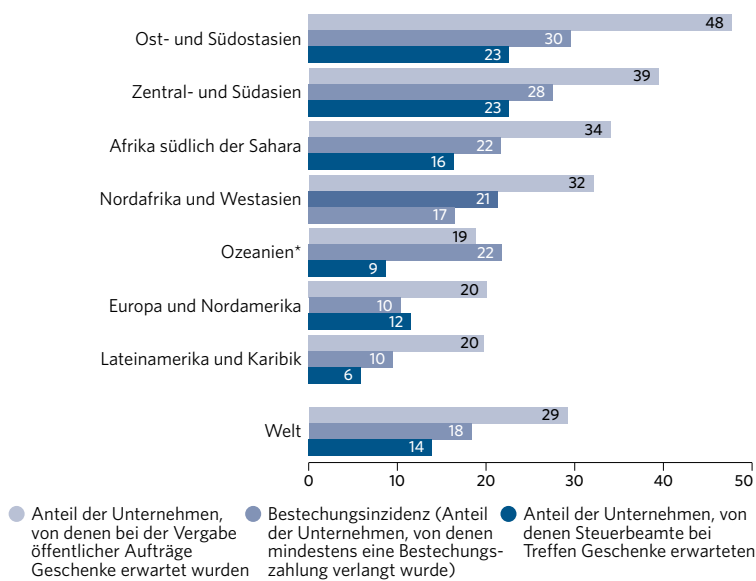
Die Untersuchungshaftquoten legen nahe, dass in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Zugang zur Justiz kaum Fortschritte erzielt wurden. Weltweit blieb der Anteil der Inhaftierten, die nicht vor Gericht gestellt oder wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, nahezu unverändert – er sank von 32 Prozent aller Gefangenen von 2003-2005 auf 31 Prozent von 2013-2015. Dies deutet darauf hin, dass Justizsysteme kaum besser in der Lage sind, Fälle wirksam zu bearbeiten und vor Gericht zu erledigen. In Nordafrika und Westasien, wo der Anteil der ohne Urteil Inhaftierten vor zehn Jahren am höchsten lag, waren die Fortschritte am größten. In Zentral- und Südasien hingegen war dieser Anteil mit 60 Prozent noch immer am höchsten.

Anteil der ohne Urteil Inhaftierten an den Gefangenen insgesamt – 2003-2005 und 2013-2015 (in Prozent)



Anmerkung: Ozeanien umfasst für diesen Indikator auch Australien und Neuseeland.

Anteil der Unternehmen, die Bestechungsgelder gezahlt hatten, oder von denen dies erwartet wurde – 2005-2016 (neueste verfügbare Daten) (in Prozent)

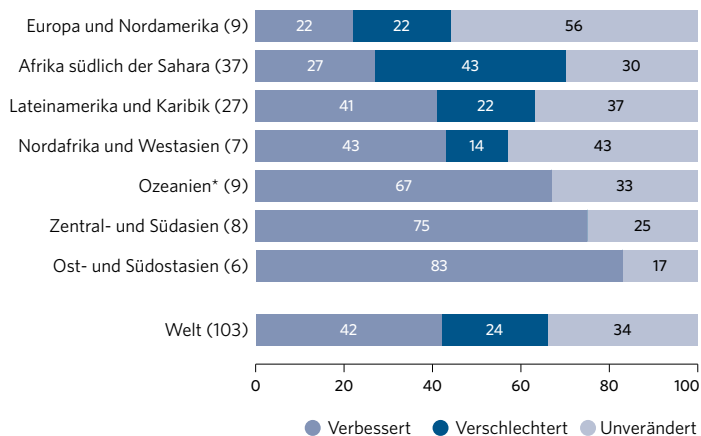


Anmerkung: Der regionale Durchschnitt wird anhand des einfachen Durchschnitts der Punktschätzung auf Landesebene errechnet.

Von Unternehmen in Ländern mit niedrigem Einkommen wird häufiger Bestechung verlangt als von denen in reicheren Ländern

Undurchsichtige, umständliche und ineffiziente Vorschriften und Verfahren bieten korrupten Amtsträgern einen Deckmantel für die Einforderung von Bestechung oder inoffiziellen Zahlungen. Nach Angaben für 2005-2016 waren mehr als 18 Prozent der Unternehmen weltweit mindestens einmal zu einer Bestechungszahlung aufgefordert worden. In Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen lag ihr Anteil bei 25 Prozent, in Ländern mit hohem Einkommen bei 4 Prozent. Bestechung erfolgt oft bei für Privatunternehmen geschäftsnotwendigen Transaktionen, z. B. bei der Entrichtung von Steuern, der Beschaffung einer Betriebs-, Einfuhr- oder Baugenehmigung oder der Einrichtung eines Strom- oder Wasseranschlusses. Aus den Daten geht hervor, dass Bestechung in allen Regionen oft bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auftritt, und fast 30 Prozent der Unternehmen gaben an, dass dies von ihnen erwartet worden sei. In der am stärksten betroffenen Region waren es fast 50 Prozent.

Veränderung der Verlässlichkeit der Haushaltspläne in Ländern mit mehr als einer Bewertung – verschiedene Jahre – 2005-2016 (in Prozent der Länder)

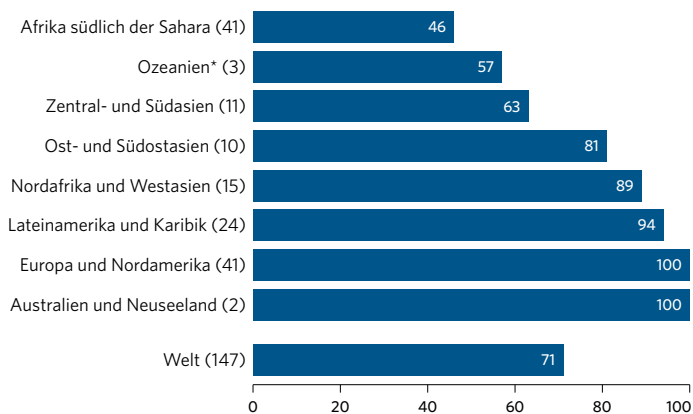


Anmerkung: Die Zahl der Länder, für die Daten vorlagen, steht in Klammern.

Mehr als 40 Prozent der bewerteten Länder steigerten die Verlässlichkeit ihres nationalen Haushaltsplans

Als solide Grundlage für die Entwicklung sollte der Haushaltsplan eines Staates umfassend, transparent und realistisch sein. Seit 2005 haben 147 Länder den Vollzug ihres Staatshaushalts mindestens einmal bewertet, 103 Länder mehrmals. In fast zwei Dritteln der Länder mit mindestens einer abgeschlossenen Bewertung lagen die Ausgaben innerhalb von 10 Prozent des ursprünglichen Haushaltsvoranschlags und bei mehr als einem Drittel innerhalb von 5 Prozent. Für die 103 Länder, die mehrere Bewertungen abgeschlossen hatten, stieg in einigen Regionen im Zeitverlauf die Verlässlichkeit der Haushaltsplanung, so für etwa 80 Prozent der Länder in Ost- und Südostasien. In Afrika südlich der Sahara sind realistische Haushaltspläne besonders schwer umzusetzen. Dort verfehlten mehr als drei Viertel der Länder ihren Haushaltsplan um mehr als 5 Prozent, und die Verlässlichkeit ihrer Schätzungen des Haushaltsvollzugs ging in etwa 40 Prozent der Länder zurück.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren, deren Geburt registriert wurde – 2010-2016 (in Prozent)



Anmerkung: Für 2010-2016 lagen Daten für 147 Länder oder 80 Prozent der Weltbevölkerung im Alter unter 5 Jahren vor. Die Zahl der Länder, für die Daten vorlagen, steht in Klammern.

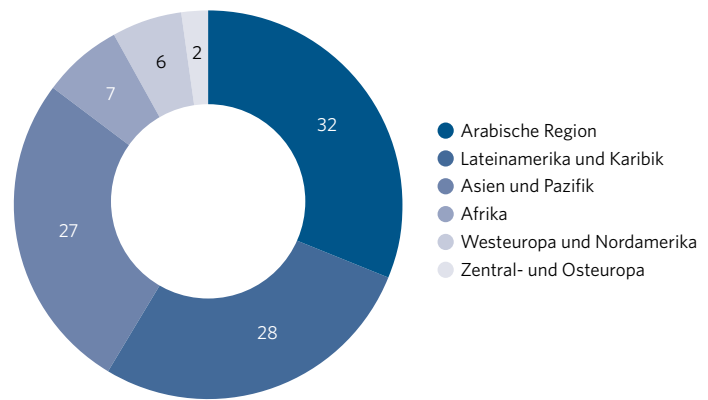
Geburtenregistrierung ist in manchen Regionen nach wie vor gering

Geburtenregistrierung ist ein erster Schritt zur Sicherung individueller Rechte und des Zugangs eines jeden Menschen zur Justiz und zu Sozialdiensten. Zwar haben manche Regionen die universelle Geburtenregistrierung ganz oder beinahe erreicht, doch liegt der Weltdurchschnitt bei nur 71 Prozent. Dies geht aus den für den Zeitraum 2010-2016 verfügbaren Daten für 147 Länder mit 80 Prozent der Weltbevölkerung im Alter unter 5 Jahren hervor. In Afrika südlich der Sahara wurden die Geburten von nicht einmal der Hälfte (46 Prozent) aller Kinder unter 5 Jahren erfasst, in Zentral- und Südasien und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) von weniger als zwei Dritteln.

Fast ein Drittel der 102 im Jahr 2016 getöteten Journalisten arbeiteten in den arabischen Staaten

2016 kamen 102 Journalisten beim Versuch, ihren Beruf auszuüben, ums Leben. Dies ist ein Rückgang gegenüber den 2015 getöteten 115 Journalisten, jedoch ein Anstieg gegenüber 2014 und 2013, als 98 bzw. 90 Journalisten ums Leben kamen. Die meisten Todesfälle (32) ereigneten sich 2016 in der Region der arabischen Staaten, die Schauplatz mehrerer bewaffneter Konflikte waren. Aus früheren Berichten geht hervor, dass in weniger als einem Zehntel der Fälle, bei denen zwischen 2006 und 2015 Journalisten getötet wurden, ein Schuldspruch erging. Für die Fälle von 2016 liegt noch keine Statistik vor.

Zahl der 2016 getöteten Journalisten

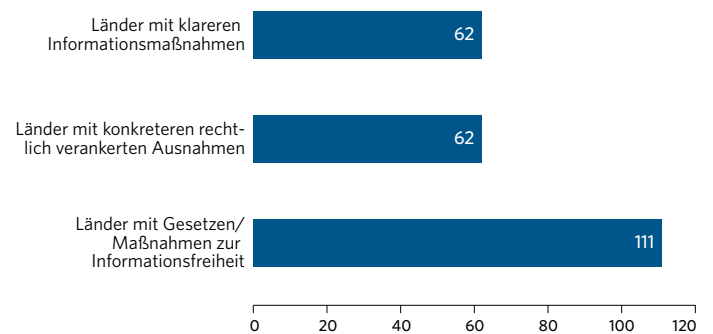


Anmerkung: Die Regionalgruppen sind die von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur verwendeten.

Weitere Länder haben Gesetze zur Informationsfreiheit erlassen, doch ist die Umsetzung zäh

111 Länder haben Gesetze und Maßnahmen zur Informationsfreiheit erlassen, und mindestens 15 Länder haben in den letzten vier Jahren entsprechende Gesetze erlassen. Nach Einschätzung von Experten ist die Umsetzung jedoch weiter problematisch. Von den 109 Ländern mit Umsetzungsdaten hatten 2016 nur 62 eindeutige Rechtsvorschriften für Ausnahmen von dem Recht auf Zugang zu Informationen. Auch hatten nur 62 Länder ausreichend Informationsmaterial vorgesehen, unter anderem für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Damit ist sich in rund 40 Prozent der Länder, die Gesetze zur Informationsfreiheit erlassen haben, die Öffentlichkeit dieser möglicherweise gar nicht bewusst.

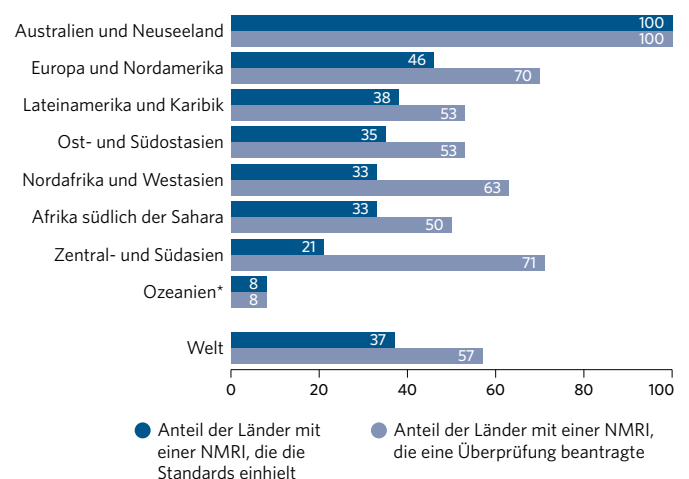
Zahl der Länder mit Gesetzen/Maßnahmen zur Informationsfreiheit sowie Umsetzungsgrad – 2016



Es muss stärker dafür gesorgt werden, dass Menschenrechtsinstitutionen internationale Standards einhalten

Unabhängige nationale Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) ermutigen Staaten, ihre Menschenrechtsverpflichtungen einzuhalten, Menschen vor Gewalt zu schützen und dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Ende 2016 waren die NMRI in 57 Prozent der Länder von anderen NMRI auf die Einhaltung international vereinbarter Standards, der Pariser Grundsätze, hin überprüft worden. 37 Prozent der Länder hatten diese Standards eingehalten. Die Einhaltung war mit 100 Prozent in Australien und Neuseeland am höchsten und lag in Europa und Nordamerika mit 46 Prozent über dem weltweiten Durchschnitt. Seit 2000, als die Einhaltung in nur 21 Prozent der Länder überprüft und für 16 Prozent der NMRI bestätigt worden war, sind die globalen Werte für alle Regionen erheblich gestiegen. Die in manchen Regionen niedrige Einhaltungsquote zeigt jedoch, dass es weiteren Kapazitätsaufbaus und mehr internationaler Zusammenarbeit bedarf.

Anteil der Länder, deren NMRI einen Antrag auf Überprüfung der Einhaltung der internationalen Standards gestellt hat, und Anteil der NMRI, denen die Einhaltung bescheinigt wurde – Ende 2016 (in Prozent)

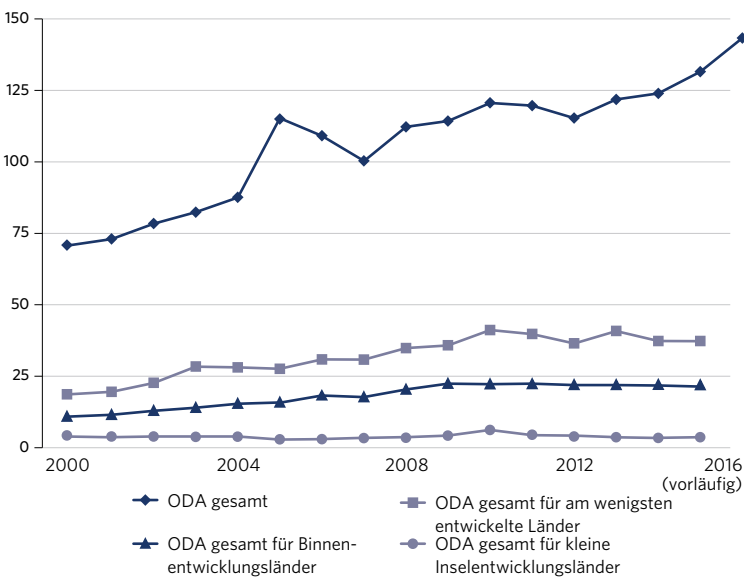


Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele erfordert ein stärkeres Bekenntnis zu Partnerschaft und Zusammenarbeit sowie Politikkohärenz, ein der nachhaltigen Entwicklung förderliches Umfeld auf allen Ebenen und durch alle Akteure und eine neu belebte Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung. Hierfür haben die VN-Mitgliedstaaten folgende bedeutende Bereiche benannt: Mobilisierung von Ressourcen, Technologie, Kapazitätsaufbau, Handel, Politik- und institutionelle Kohärenz, Multi-Akteur-Partnerschaften und Daten, Überwachung und Rechenschaft. Die Erfüllung der Zielvorgaben für die Umsetzungsmittel ist für die Verwirklichung der Agenda für nachhaltige Entwicklung ebenso entscheidend wie die volle Umsetzung der Aktionsagenda von Addis Abeba. Die Erfolge in diesen Bereichen reichen jedoch nicht aus.



Öffentliche Netto-Entwicklungshilfe (ODA) aus OECD/DAC-Ländern (in Milliarden konstanter US-Dollar von 2015)

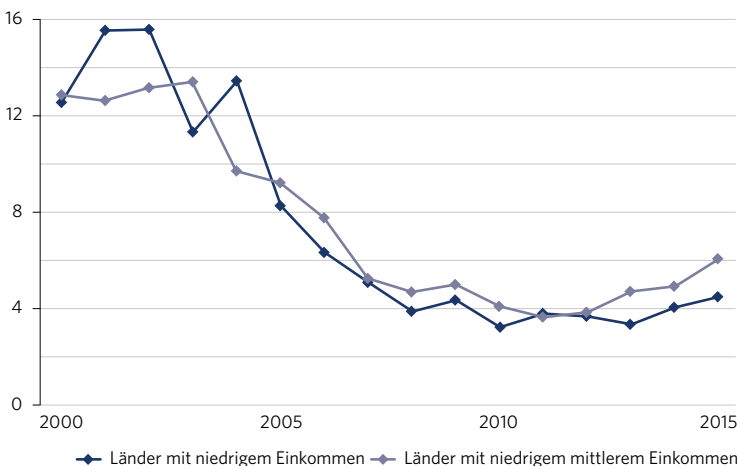


Öffentliche Entwicklungshilfe erreicht einen neuen Höchststand, stockt aber für die ärmsten Länder

2016 steigerten die Länder des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) ihre öffentliche Netto-Entwicklungshilfe real um 8,9% auf einen neuen Höchststand von 142,6 Mrd. Dollar. Der Anteil dieser Hilfe am Bruttonationaleinkommen (BNE) der Mitgliedstaaten stieg von 0,3% 2015 auf 0,32%. Mit mehr Flüchtlingshilfe in den Geberländern stieg der Gesamtbetrag. Auch ohne diesen Anteil stieg die Hilfe um 7,1%. 2016 erreichten Deutschland sowie Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich die VN-Zielvorgabe von 0,7% des BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe.

Dennoch sank 2016 die bilaterale Entwicklungshilfe für am wenigsten entwickelte Länder gegenüber 2015 um real 3,9%. Die Hilfe für Afrika sank um 0,5%, da einige DAC-Mitglieder entgegen ihrer Zusage frühere Rückgänge der Mittel für die ärmsten Länder nicht ausglich. Die öffentliche Entwicklungshilfe für die Aufnahme von Flüchtlingen in Geberländern stieg gegenüber 2015 um real 27,5% auf 15,4 Mrd. Dollar. Der DAC überarbeitet die Regeln für die Meldung der öffentlichen Entwicklungshilfe, damit Entwicklungsmittel nicht zur Deckung der Kosten für Flüchtlinge in den Geberländern abgezweigt werden.

Anteil des Schuldendienstes an den gesamten Güter- und Dienstleistungsexporten – 2000-2015 (in Prozent)



Die Schuldendienstlast der Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen steigt wieder

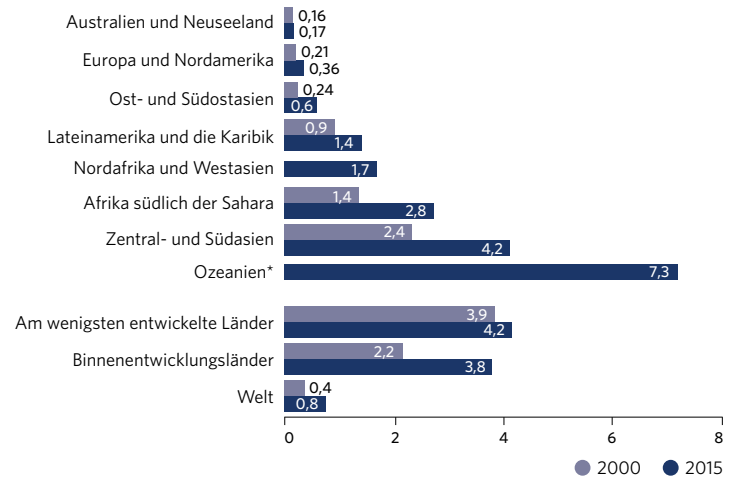
In den zehn Jahren seit 2000 ging der Anteil des Schuldendienstes an den Erlösen aus Güter- und Dienstleistungsexporten für Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen deutlich zurück. Zu dieser Verbesserung trugen höhere Exporteinnahmen, besseres Schuldenmanagement und attraktive Darlehensbedingungen auf den internationalen Märkten bei. Länder, die im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder förderwürdig sind, wurden auch durch Entschuldung entlastet: 36 von 39 Ländern erhielten von öffentlichen Gläubigern Schuldenerleichterungen von rund 136 Milliarden Dollar.

Der Schuldendienst war jedoch in den letzten Jahren steigend. In den Ländern mit niedrigem mittlerem Einkommen war er zwischen 2000 und 2011 von 12,9 auf 3,6 Prozent gefallen, bevor er 2015 leicht auf 6,1 Prozent anstieg. In Ländern mit niedrigem Einkommen erreichte der Schuldendienst 2010 mit 3,2 Prozent einen Tiefststand, stieg in den Folgejahren wieder an und erreichte 2015 4,5 Prozent.

2016 gingen die Heimatüberweisungen in Entwicklungsländer im zweiten Jahr in Folge zurück

Heimatüberweisungen internationaler Migranten in Form von persönlichen Überweisungen und Beschäftigungsentgelten haben tiefgreifende Effekte auf einzelne Familien, Gemeinden und Länder. 2016 lag der Gesamtbetrag internationaler Heimatüberweisungen bei 575 Milliarden Dollar, wovon nach neuesten Schätzungen 75 Prozent (429 Milliarden Dollar) in Entwicklungsländer flossen. Überweisungen in diese Länder gingen jedoch 2016 im zweiten Jahr in Folge zurück und sanken gegenüber 2015 um 2,4 Prozent. Niedrige Ölpreise und schwaches Wirtschaftswachstum in den Ländern des Golf-Kooperationsrats und in der Russischen Föderation drosselten Überweisungsströme nach Zentral- und Südasien, während das schwache Wachstum in Europa die Ströme nach Nordafrika und Afrika südlich der Sahara schmälerte. In den letzten 15 Jahren ist der Anteil von Heimatüberweisungen an den Ländereinnahmen erheblich gestiegen und lag für die am wenigsten entwickelten Länder 2015 bei über 4 Prozent des BIP.

Anteil der Heimatüberweisungen (in US-Dollar) am gesamten BIP – 2000 und 2015 (in Prozent)

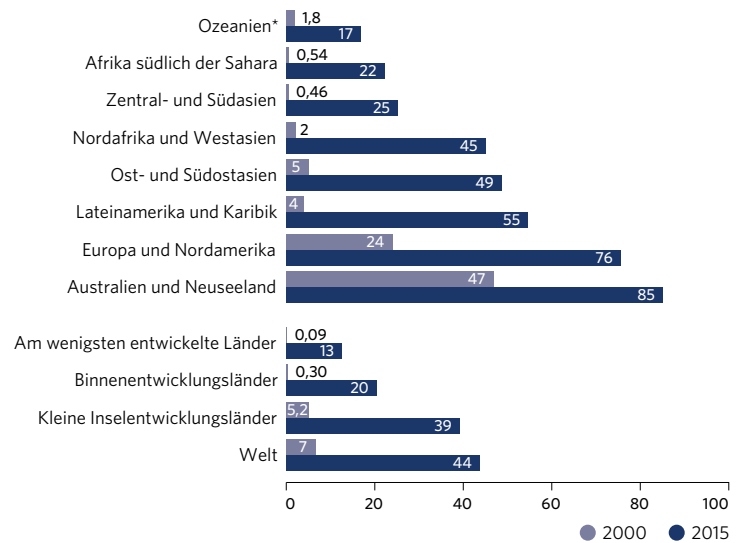


Anmerkung: Für Nordafrika, Westasien und Ozeanien* lagen für 2000 keine Daten vor.

In weiten Teilen der Entwicklungsländer sind Internetdienste weiter unzugänglich

Festnetz-Breitbanddienste sind in Entwicklungsländern weiter meist unerschwinglich oder nicht vorhanden. 2016 hatten 30 Prozent der Menschen in den entwickelten Ländern, aber nur 8,2 Prozent in den Entwicklungsregionen und 0,8 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern einen solchen Anschluss. In den entwickelten Regionen sind rund 80 Prozent der Bevölkerung online, in Entwicklungsregionen 40 Prozent und in den am wenigsten entwickelten Ländern 15 Prozent. Obwohl sich die Internetnutzung in den am wenigsten entwickelten Ländern in den letzten fünf Jahren verdreifachte, liegt der Nutzeranteil heute auf dem Stand der entwickelten Länder von 1998. Hinter dem Durchschnittswert für die am wenigsten entwickelten Länder verbergen sich jedoch große Unterschiede, und einzelne Länder schnitten viel besser ab. 2016 lag weltweit die Internetnutzungsrate bei Frauen um 12 Prozent niedriger als bei Männern, in den am wenigsten entwickelten Ländern sogar um 31 Prozent, und das Geschlechtergefälle nimmt in diesen Ländern wie auch weltweit seit einigen Jahren zu.

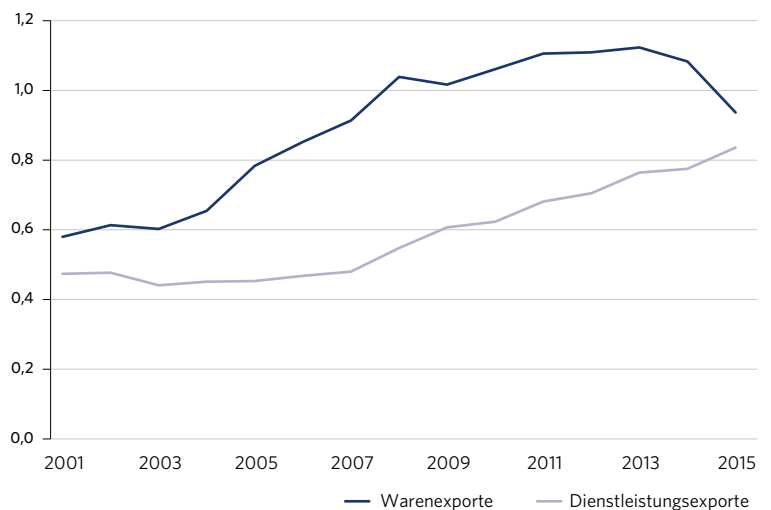
Internetnutzer – 2000 und 2015 (in Prozent)

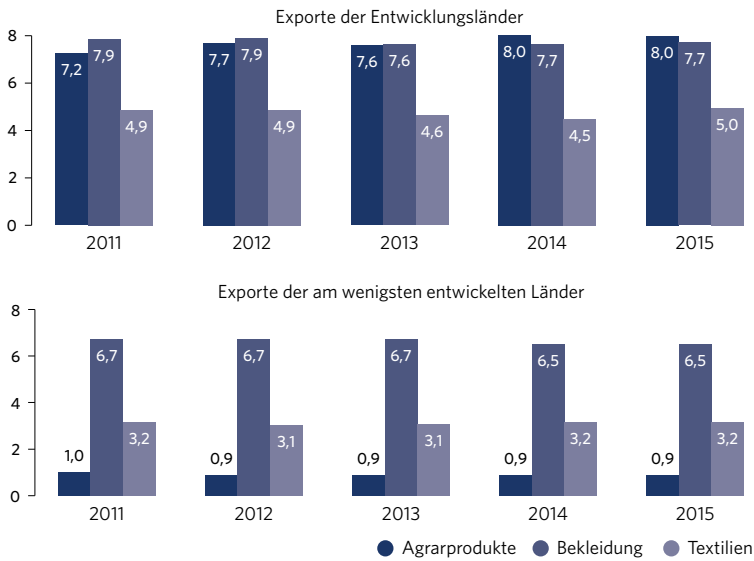


Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder am Weltexport sinkt im Warenhandel, steigt jedoch für Dienstleistungen

In den letzten 15 Jahren wuchs der Anteil der Entwicklungsregionen am internationalen Handel und stieg bei den Gesamtexporten von Gütern von 31 Prozent 2001 auf 45 Prozent 2015. Zudem verzeichneten diese Regionen insgesamt gegenüber dem Rest der Welt weiter einen Handelsüberschuss. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den Gesamtexporten von Gütern sank jedoch zwischen 2011 und 2015 von 1,1 auf 0,9 Prozent. Dies geht hauptsächlich auf sinkende Rohstoffpreise zurück, denn viele der am wenigsten entwickelten Länder führen vorwiegend Grundstoffe wie Minerale, Erze und Brennstoffe aus. Der Anteil dieser Länder an den Gesamtexporten von Dienstleistungen stieg in diesem Zeitraum jedoch von 0,5 auf 0,8 Prozent.

Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Waren- und Dienstleistungsexporten – 2001-2015 (in Prozent)

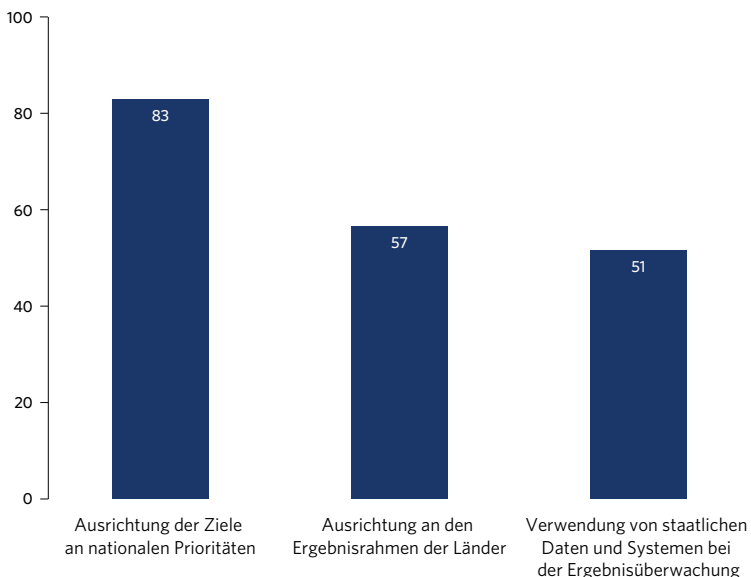




Die von entwickelten Ländern auf wichtige Exporte der Entwicklungs- und am wenigsten entwickelten Länder erhobenen Durchschnittszölle blieben stabil

Die von entwickelten Ländern auf Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern erhobenen Durchschnittszölle waren zwischen 2011 und 2015 sehr stabil. 2015 betragen sie 0,9 Prozent für Agrarprodukte, 6,5 Prozent für Bekleidung und 3,2 Prozent für Textilien. Für Einfuhren aus Entwicklungsländern lagen diese Zölle mit 8,0 Prozent für Agrarprodukte, 7,7 Prozent für Bekleidung und 5,0 Prozent für Textilien 2015 zwar höher, blieben aber in den letzten Jahren ebenfalls fast unverändert. Der leichte Anstieg der Zölle auf Einfuhren aus Entwicklungsländern geht vor allem darauf zurück, dass China und Thailand aus dem Allgemeinen Präferenzsystem der Europäischen Union, das im Januar 2015 in Kraft trat, ausgeschlossen sind. Diese Veränderung wirkt sich am stärksten auf den Textilsektor aus.

Ausmaß der Verwendung ländergesteuerter Ergebnisrahmen und Planungsinstrumente durch die Bereitsteller von Entwicklungszusammenarbeit – 2015 (in Prozent)

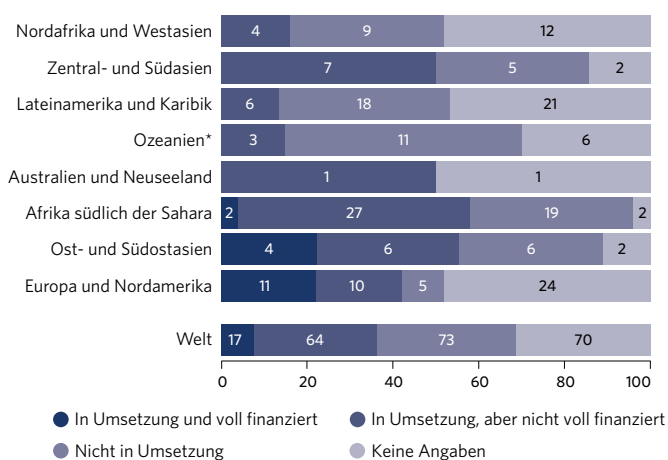


Die Überwachung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit und die Achtung des politischen Handlungsspielraums von Ländern kommen weiter voran

2016 nahmen 125 Länder eine ländergesteuerte Überwachung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit vor und zeigten sich so stärker zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und zu Multi-Akteur-Partnerschaften entschlossen. 54 dieser Länder kamen dabei insgesamt voran, z. B. bei der Erfassung der Entwicklungszusammenarbeit bei der parlamentarischen Aufsicht vorgelegten nationalen Haushaltsplänen und der Verfolgung der für Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen veranschlagten Mittel.

Für die Ermittlung neu zu unterstützender Maßnahmen verwendeten die Geberländer 2016 in 83 Prozent der Fälle die Ergebnisrahmen der jeweiligen Länder. 57 Prozent der Ergebnisindikatoren in diesen Maßnahmen stammten aus ländergesteuerten Ergebnisrahmen, und für etwa die Hälfte (51 Prozent) wurden zur Ergebnisverfolgung Daten aus nationalen Überwachungssystemen verwendet. Inwieweit Entwicklungspartner ländergesteuerte Ergebnisrahmen verwenden, zeigt, wie viel Achtung sie dem politischen Spielraum eines Landes und seiner Führung bei der Bestimmung seines eigenen Weges zur nachhaltigen Entwicklung entgegenbringen.

Anzahl und Anteil der Länder, die einen voll finanzierten nationalen statistischen Plan haben und umsetzen – 2016 (in Prozent)



Nur 17 Länder, zumeist in Europa und Nordamerika, haben einen voll finanzierten nationalen statistischen Plan

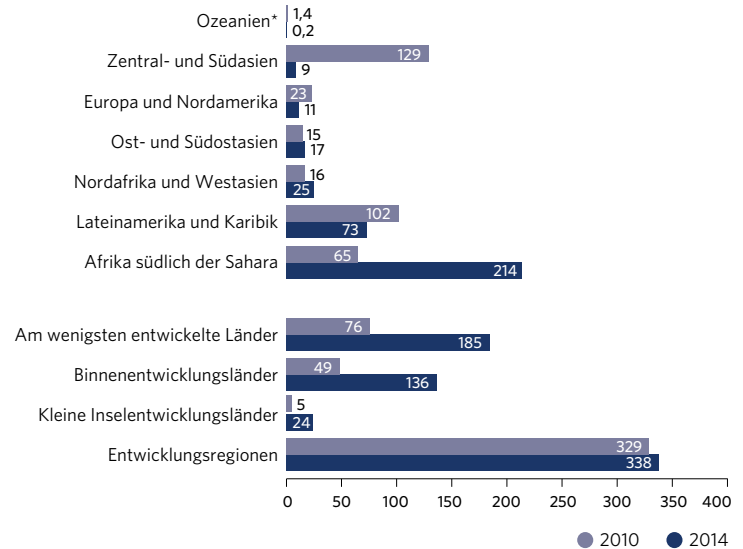
Mehr als die Hälfte der Länder oder Gebiete, für die Angaben vorlagen (81 von 154), setzten 2016 nationale statistische Pläne um. 11 der 17 Länder mit voll finanzierten Plänen liegen in Europa und Nordamerika. Solche Pläne enthalten die Strategie eines Landes zum Aufbau statistischer Kapazitäten in seinem gesamten nationalen Statistiksistem. Durch die Konzeption, Umsetzung und Überwachung dieser strategischen Vision können die Länder der wachsenden Nachfrage nach hochwertigen, aktuellen, aufgeschlüsselten und zugänglichen Daten besser gerecht werden.

In nur 37 der 83 Länder oder Gebiete mit relevanten Angaben entsprachen die Rechtsvorschriften im Bereich Statistik allen 10 Grundprinzipien der amtlichen Statistik. Damit bei der Erstellung amtlicher Statistiken die Grundprinzipien und andere professionelle und wissenschaftliche Standards eingehalten werden, müssen solide und politisch unterstützte Rechtsvorschriften im Bereich Statistik vorliegen.

Der Statistikbereich wird weiter selten aus öffentlicher Entwicklungshilfe unterstützt

2014 erhielten Entwicklungsländer 338 Millionen Dollar an finanzieller Unterstützung für Statistikzwecke. Dies ist gegenüber 2010 zwar ein Anstieg um fast 2,9 Prozent, doch nur ein Anteil von 0,18 Prozent an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe. Hauptnutznießer waren 2014 Länder in Afrika südlich der Sahara (214 Millionen Dollar), gefolgt von Ländern in Lateinamerika und der Karibik (73 Millionen Dollar). Weitere Anstrengungen und finanzielle Unterstützung sind nötig, um sicherzustellen, dass Entwicklungsländer über die Kapazitäten zur besseren Überwachung der Fortschritte bei ihren nationalen politischen Zielen und internationalen Initiativen verfügen. Um den mit den Nachhaltigkeitszielen verbundenen Datenbedarf decken zu können, benötigen die Entwicklungsländer jedes Jahr ca. 1 Milliarde Dollar an Inlands- und Geberunterstützung für den Statistikbereich.

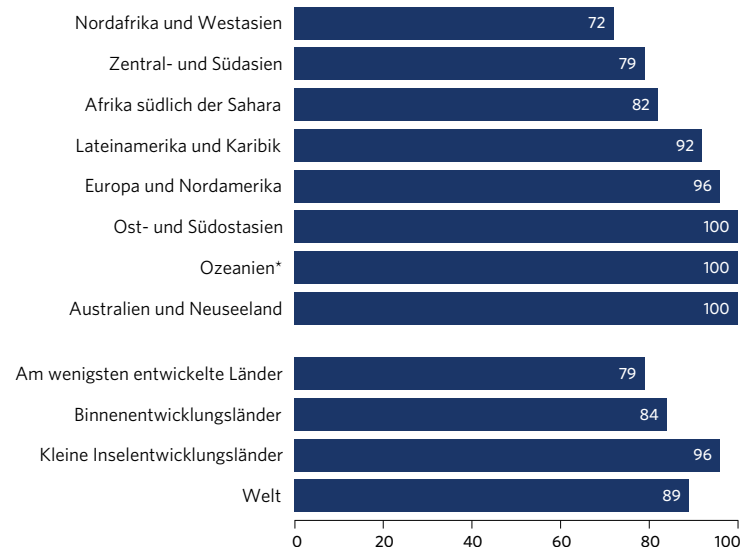
Gesamte für den Aufbau von Statistikkapazitäten in Entwicklungsregionen bestimmte öffentliche Entwicklungshilfe – 2010 und 2014 (in Millionen US-Dollar)



Volks- und Wohnungszählungen sind weiter eine wichtige Datenquelle, doch 25 Länder führten 2007-2016 keine Zählung durch

Volks- und Wohnungszählungen sind eine Hauptquelle aufgeschlüsselter Daten, die für die Formulierung, Umsetzung und Überwachung von Entwicklungspolitik und -programmen benötigt werden. Zwischen 2007 und 2016 führten 89 Prozent der Länder oder Gebiete weltweit mindestens eine Volks- und Wohnungszählung durch, 25 Länder hingegen keine. Dies war auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen, darunter finanzielle Zwänge, technische Schwierigkeiten bei der Vorbereitung, Naturkatastrophen und politische und soziale Instabilität. Neun dieser Länder oder Gebiete lagen in Afrika südlich der Sahara und sieben in Nordafrika und Westasien.

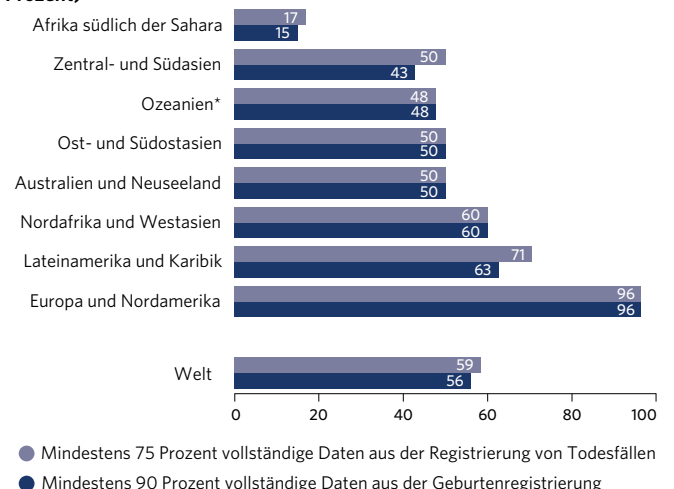
Anteil der Länder, die zwischen 2007 und 2016 mindestens eine Volks- und Wohnungszählung durchführten (aktuellstes Jahr) (in Prozent)



Eine vollständige Registrierung von Geburten und Todesfällen ist bei weitem nicht universell, vor allem nicht in Afrika südlich der Sahara

Für den Zeitraum 2010-2015 hatten 138 der 246 Länder oder Gebiete der Welt (56 Prozent) zu mindestens 90 Prozent vollständige Daten aus der Geburtenregistrierung. In Afrika südlich der Sahara war dies nur für 8 von 53 Ländern der Fall. Wird ein Kind nicht bei Geburt registriert, könnte ihm das Recht auf eine offizielle Identität verwehrt werden, und seine Wahrscheinlichkeit, diskriminiert zu werden und keinen Zugang zu Grundversorgung zu haben, steigt. Für denselben Zeitraum verfügten 144 Länder oder Gebiete (59 Prozent) über zu mindestens 75 Prozent vollständige Daten aus der Registrierung von Todesfällen. In Afrika südlich der Sahara waren es nur 9 von 53 Ländern. Daten aus der Registrierung von Todesfällen sind für viele Gesundheitsindikatoren und die Politikplanung entscheidend. Selbst in Ländern mit funktionierenden Systemen für die Zivilregistrierung waren eine umfassende Registrierung von Geburten und Todesfällen und vollständige Personenstandsstatistiken weiter problematisch.

Zahl der Länder, deren Daten aus der Registrierung von Todesfällen zu mindestens 75 Prozent komplett sind und Zahl der Länder, deren Daten aus der Registrierung von Geburten zu mindestens 90 Prozent komplett sind – 2010-2015 (aktuellstes Jahr) (in Prozent)



Hinweise für den Leser

Rahmen globaler Indikatoren zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Juni 2017) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Für sie liegen genügend Daten vor, um einen regionalen und globalen Überblick zu geben. Der Rahmen globaler Indikatoren¹ wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und im März 2017 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen und im Juni 2017 vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen

angenommen. Die Indikatoren dienen zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene. Mit der Auswahl der Indikatoren in diesem Bericht soll keine Gewichtung der Zielvorgaben vorgenommen werden, da alle Ziele und Zielvorgaben gleich wichtig sind und mit den geeigneten Indikatoren angegangen werden müssen.

Die Zusammensetzung der Regionen und Subregionen in diesem Bericht baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden.²

Datenquellen und Grundlagen dieser Analyse

Die Werte für die meisten Indikatoren in diesem Bericht stellen regionale und/oder subregionale Aggregate dar. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist. Ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von internationalen Stellen aufgrund ihres jeweiligen Mandats und ihrer speziellen Sachkompetenz aus nationalen Statistiken zusammengestellt werden. Die in das internationale Statistiken einfließenden nationalen Daten werden häufig zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Gemäß dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen sind die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten

Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorzunehmen. Die VN-Statistikabteilung führt eine Datenbank zu diesem Bericht mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, zu finden unter <http://unstats.un.org/sdgs>.

Zwar erleichtern die vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region erheblich von den Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends, als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung in vielen Teilen der Welt.

Verbesserung der Datenqualität und -verfügbarkeit

Hochwertige Daten sind Voraussetzung dafür, dass Regierungen, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und die Allgemeinheit fundierte Entscheidungen treffen und eine genaue Überprüfung der Umsetzung der Agenda 2030 sicherstellen können. Für die Fortschrittsverfolgung bei den Nachhaltigkeitszielen müssen einzigartige Mengen von Daten und statistischen Angaben auf subnationaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene erhoben, verarbeitet, analysiert und verbreitet werden – die, die aus offiziellen Statistiken stammen, ebenso wie die aus neuen und innovativen Datenquellen.

Viele nationale Statistiken stehen in dieser Hinsicht vor ernststen Problemen, was dazu führt, dass präzise und aktuelle Informationen über bestimmte Aspekte des Lebens von Menschen unbekannt sind, zahlreiche Gruppen und Personen „unsichtbar“ bleiben und viele Entwicklungsprobleme noch immer unzureichend verstanden werden. In Resolution 70/1 (Ziffer 57) erkannten die Mitgliedstaaten die entscheidende Rolle einer besseren Datenerhebung und eines verstärkten Kapazitätsaufbaus an und verpflichteten sich, dem Defizit im Bereich der Datenerhebung abzuweichen.

Wo möglich, soll sich die globale Überwachung auf vergleichbare und standardisierte nationale Daten stützen, die über bewährte

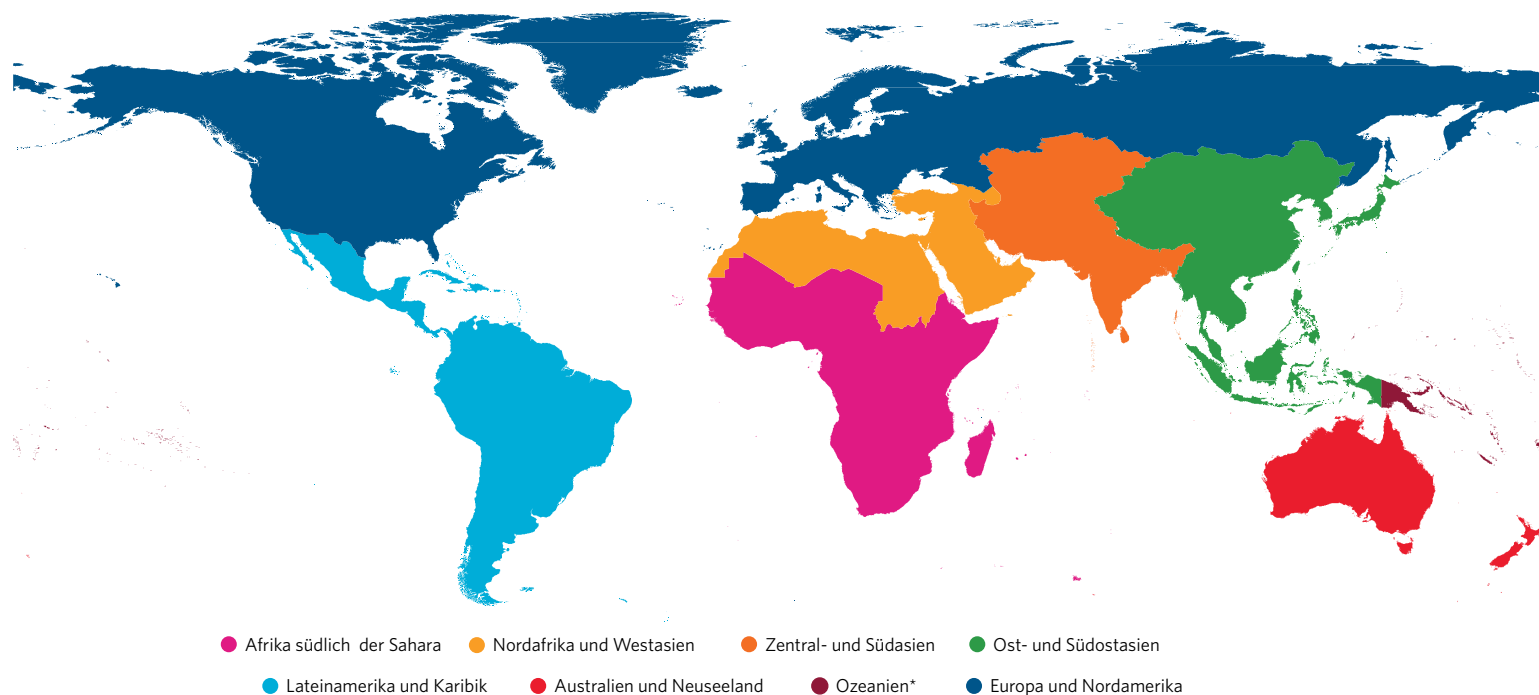
Mechanismen der Berichterstattung aus den Ländern in das internationale Statistiken einfließen. Diese Mechanismen können durch die Stärkung der Koordinierungsfunktion nationaler Statistikämter und/oder anderer nationaler Institutionen verbessert werden. Um Datenlücken zu schließen und die internationale Vergleichbarkeit zu verbessern, müssen die Länder internationale vereinbarte Standards einführen, und die internationale Statistikgemeinschaft muss eng mit Entwicklungspartnern und anderen Interessenträgern zusammenarbeiten, um die nationalen Statistikkapazitäten zu stärken und die Berichtsmechanismen zu verbessern. Den internationalen und regionalen Organisationen und den regionalen Mechanismen kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Damit diese globalen Initiativen erfolgreich sind, müssen Kapazitäten aufgebaut und Ressourcen mobilisiert werden. Zusätzlich sind neue Datenquellen und Technologien für die Datenerhebung und die Integration verschiedener Datenquellen zu erkunden, auch im Rahmen von Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den Hochschulen. Besonders wichtig für die Erstellung zahlreicher Indikatoren ist die Integration von Geoinformationen und -statistiken.

¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich in Anhang III des Berichts der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung (E/CN.3/2017/2) (Einzelheiten siehe <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list>).

² Die Zusammensetzung dieser Subregionen geht aus dem nächsten Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

Regionale Gruppen



Anmerkungen:

- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
- Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die nach den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)³ der VN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden zur Erleichterung der Präsentation zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im VN-System keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analysezwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁴

Zusätzlich enthalten Text und Schaubilder nach Möglichkeit auch Daten für die am wenigsten entwickelten Länder,

Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer; Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups>.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

³ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49>.

⁴ Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt	© Weltbank/Dominic Chavez
Seite 16	© Weltbank/Mohamad Al-Arief
Seite 18	© UN Photo/Albert González Farran
Seite 20	© UN Photo/Eskinder Debebe
Seite 24	© Weltbank/Dominic Chavez
Seite 26	© Weltbank/Mousa Sabury/Rumi Consultancy
Seite 30	© UN Photo/Albert González Farran
Seite 32	© UN Photo/Sophia Paris
Seite 34	© Weltbank/Graham Crouch
Seite 36	© Weltbank/Gerardo Pesantez
Seite 38	© Weltbank/Mohamed Azakir
Seite 40	© UN Photo/Kibae Park
Seite 42	© UN Photo/B. Wolff
Seite 44	© UN Photo/UNICEF/Marco Dormino
Seite 46	© UN Photo/Martine Perret
Seite 48	© UN Photo/Kibae Park
Seite 50	© UN Photo/Helena Mulkerns
Seite 54	© UN Photo/Emmanuel Hungrecker

Karte: Die Karte auf Seite 46 stammt vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen/Weltüberwachungszentrum für Naturschutz (Januar 2017). Die Karte auf Seite 47 stammt aus dem Programm zur Bewertung grenzüberschreitender Gewässer (Globale Umweltfazilität/Umweltprogramm der Vereinten Nationen/Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission-UNESCO). Die Karte auf Seite 51 stammt aus dem *Global Report on Trafficking in Persons 2016* (Weltbericht über den Menschenhandel) des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung.

Symbole: Die Symbole auf den Seiten 3 bis 11, 14 und 15 stammen von thenounproject.com unter einer NounPro-Lizenz.

Gestaltung: Gruppe Grafikdesign/Hauptabteilung Presse und Information der Vereinten Nationen (DPI)

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Satz und Lektorat: Sektion Manuskriptvorbereitung und Korrekturlesen der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement (DGACM)

Redaktion: Lois Jensen

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York

Copyright © 2017 Vereinte Nationen

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:
United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

Email: publications@un.org; Website: <http://www.un.org/publications>

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen mit Beiträgen zahlreicher internationaler und regionaler Organisationen gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt wurde, um die Fortschritte bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung jährlich zu bewerten. Die internationalen und regionalen Organisationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikern einzelner Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

ABTEILUNG MEERESANGELEGENHEITEN UND SEERECHT DER VEREINTEN NATIONEN
ALLIANZ DER KLEINEN INSELSTAATEN
AMT DES HOHEN KOMMISSARS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHENRECHTE
AMT DES HOHEN FLÜCHTLINGSKOMMISSARS DER VEREINTEN NATIONEN
ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK
BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE VERRINGERUNG DES KATASTROPHENRISIKOS
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DROGEN- UND VERBRECHENSBEKÄMPFUNG
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN FÜR RECHTSSTAATLICHKEIT UND SICHERHEITSINSTITUTIONEN
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN DES SONDERBEAUFTRAGTEN DES GENERALSEKRETÄRS FÜR GEWALT GEGEN KINDER
BÜRO DES GESANDTEN DES GENERALSEKRETÄRS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE JUGEND
BÜRO DES HOHEN BEAUFTRAGTEN DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN
LÄNDER, BINNENENTWICKLUNGSLÄNDER UND KLEINEN INSELENTWICKLUNGSLÄNDER
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FRIEDENSKONSOLIDIERUNG
DIENST DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ANTIMINENPROGRAMME
EINHEIT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR GLEICHSTELLUNG UND ERMÄCHTIGUNG DER FRAUEN / UN-FRAUEN
ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN
ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN
GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS
HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN
HAUPTABTEILUNG WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ANGELEGENHEITEN DER VEREINTEN NATIONEN
INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION
INTERNATIONALE ENERGIE-AGENTUR
INTERNATIONALE ORGANISATION FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN
INTERNATIONALE STRATEGIE ZUR KATASTROPHENVORSORGE DER VEREINTEN NATIONEN
INTERNATIONALE FERNMELDEUNION
INTERNATIONALE UNION FÜR DIE ERHALTUNG DER NATUR
INTERNATIONALE ZIVILLUFTFAHRT-ORGANISATION
INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS
INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM
INTERPARLAMENTARISCHE UNION
KAPITALENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN
KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN
NACHHALTIGE ENERGIE FÜR ALLE
ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR
ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG
ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG
PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN
RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN
SEKRETARIAT DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIelfALT
STATISTISCHE PARTNERSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IM 21. JAHRHUNDERT / PARIS21
ÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ZUR BEKÄMPFUNG DER WÜSTENBILDUNG
UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN
UN-ENERGIE
UN-OZEANE
UN-WASSER
WELTBANKGRUPPE
WELTGESUNDHEITSORGANISATION
WELTHANDELSORGANISATION
WELTORGANISATION FÜR TOURISMUS
WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA
WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA
WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der VN-Statistikabteilung für die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.



» Vor zwei Jahren verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Welt die ambitionierte Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, in deren Mittelpunkt siebzehn Ziele für nachhaltige Entwicklung stehen. Die Agenda ist unser gemeinsamer Plan, wie wir die Welt im Lauf von fünfzehn Jahren transformieren und – was besonders wichtig ist – allen Menschen zu einem Leben in Würde verhelfen werden.«

— VN-GENERALSEKRETÄR *ANTÓNIO GUTERRES*